



**VON DER EURO-
ZUR EUROPA-KRISE?**
EIN FORSCHUNGSPROJEKT
DER BONNER AKADEMIE

BA | PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

**VON DER EURO-
ZUR EUROPA-KRISE?**
EIN FORSCHUNGSPROJEKT
DER BONNER AKADEMIE

Inhalt

VORWORT

VON DR. KLAUS ENGEL

SEITE 5

EUROPA IN DER KRISE

VON BODO HOMBACH

SEITE 6

MEINUNGEN DER DEUTSCHEN ZU EUROPA

VON PROF. MANFRED GÜLLNER

SEITE 8

VERANSTALTUNGEN DER BONNER AKADEMIE IM RAHMEN DES FORSCHUNGSPROJEKTS

EUROPAS DEMOKRATIE IM WANDEL - WOHIN GEHT EUROPA? (5. NOVEMBER 2012)

SEITE 16

EUROPA IN DER KRISE: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT - VOM DEUTSCHEN SONDERWEG ZUM
EUROPÄISCHEN LEITMODELL? (25. FEBRUAR 2013)

SEITE 20

EUROPA OHNE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT? (11. JUNI 2013)

SEITE 22

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER EURO-KRISE. VORREITER ODER BREMSER DER INTEGRATION?
(5. JULI 2013)

SEITE 26

DIE EUROKRISE - EINE GEFAHR FÜR DAS EUROPÄISCHE PROJEKT? (28. NOVEMBER 2013)

SEITE 28

EXPERTENINTERVIEWS

EINFÜHRUNG: KRISEN SIND IMMER AUSLÖSER VON FORTSCHRITT

SEITE 32

ELMAR BROK

SEITE 38

DR. H.C. WOLFGANG CLEMENT

SEITE 41

SIGMAR GABRIEL

SEITE 44

DR. JÜRGEN GROßMANN

SEITE 48

PROF. MANFRED GÜLLNER

SEITE 51

WERNER HOYER

SEITE 54

DR. MARKUS KERBER

SEITE 57

PROF. DR. JÜRGEN KLUGE

SEITE 60

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

SEITE 63

DR. HELMUT LINSSEN

SEITE 66

PHILIPP MIßFELDER

SEITE 69

KLAUS-PETER MÜLLER

SEITE 72

DR. JOACHIM PAUL

SEITE 75

MONIKA PIEL

SEITE 78

DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

SEITE 81

MICHAEL SCHMIDT

SEITE 84

MARTIN SCHULZ

SEITE 87

GABOR STEINGART

SEITE 90

DR. WILLI STEUL

SEITE 93

MICHAEL VASSILIADIS

SEITE 96

DR. NORBERT WALTER-BORJANS

SEITE 99

Vorwort



Dr. Klaus Engel ist Vorstandsvorsitzender der Evonik Industries AG und Kuratoriumsvorsitzender der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik

Liebe Leserinnen und Leser,

vor 65 Jahren, als der erste „Europakongress“ unter der Schirmherrschaft von Winston Churchill in Den Haag zusammenkam, konnten die Teilnehmer von dem, was wir heute „unser Europa“ nennen, bestenfalls träumen. Damals, drei Jahre nach Kriegsende, galt die Idee eines politisch, wirtschaftlich und sozial geeinten Europas noch als kühn. Heute ist sie Realität, und droht gerade aus der Mode zu kommen.

Wo immer heute von Griechenland oder Portugal, Italien oder Rumänien die Rede ist, geht es um Schulden, Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Europa wird zum Synonym für Krise und für eine wachsende Kluft zwischen Nord und Süd.

Diese Empfindung geht zulasten der Zuversicht, die wir dringend brauchen. Wo stünden wir, als Deutsche, als Franzosen oder als Spanier heute ohne unser Europa? Wo stünden wir ohne unseren Binnenmarkt, unsere Freizügigkeit und unseren Euro?

Was wir jetzt dringend brauchen, sind Stabilität und Planungssicherheit, rechtlich, politisch und ökonomisch. Denn nur auf diesem Fundament kann die Industrie als Motor unseres Wohlstands weiter investieren und erfolgreich arbeiten.

Wir brauchen auch, und das ist aus meiner Sicht ein zentraler Punkt, eine gerechte Verteilung der Chancen und der Lasten, die im Zuge der Krisenbewältigung in den kommenden Jahren auf uns zukommen. Denn die Menschen werden ihren eigenen Beitrag nur dann aus Überzeugung leisten, wenn auch die Nachbarn einen fairen Anteil tragen. Und das gilt auch für Banken, Versicherungen und Unternehmen.

Was wir dagegen nicht mehr brauchen, ist eine Diskussion über die Notwendigkeit eines grenzenlosen Europa. Denn das wird heute, vor allem von den jungen Menschen, längst mit Selbstverständlichkeit gelebt. Für uns in Nordrhein-Westfalen sind die Niederlande, Belgien oder Frankreich schon lange kein richtiges Ausland mehr, und für viele sogar näher dran als etwa Brandenburg oder Bayern.

Aus eigenem Erleben kann ich berichten: Die Deutschen sind aus tiefer Überzeugung für ein geeintes Europa. Sie wollen in Frankreich studieren, in Italien promovieren und in Schweden arbeiten. Sie wollen offene Grenzen, offene Märkte und Solidarität. Und sie lieben den Frieden.

Als unser Europa nach dem Krieg über die EGKS seinen Anfang nahm, gingen Wirtschaft und Politik voran – und die Menschen folgten. Heute sind es die Menschen, die Europa im täglichen Leben voran bringen. Und mit wachsender Ungeduld darauf warten, dass die Politik endlich folgt und die Probleme löst.

Zu einer weiteren politischen und rechtlichen Annäherung in Europa gibt es daher keine Alternative. Ich wünsche mir daher, dass unsere Regierung nun endlich zupackt und vorangeht: entschlossen, solidarisch und mit gutem Beispiel.

Ihr 

Europa in der Krise

TEXT VON / BODO HOMBACH / BAPP PRÄSIDENT

Erstaunliche Nachrichten: In Kiew gehen gerade Zehntausende auf die Straße und demonstrieren für die Assoziierung der Ukraine mit der EU. Sind die von allen guten Geistern verlassen, oder können wir Alt-Europäer wiederentdecken, was wir unachtsam verschüttet haben? – Eines erscheint klar: Europa steht wieder auf der Agenda. Inmitten schlechter „vibrations“ wie Spardiktat, Zerfallserscheinungen und populistischer Fliehkräfte taucht hinter Drohkulissen wie Finanz-, Schulden-, Wirtschafts- und Währungskrise das Europa auf, von dem die Gründerväter geträumt haben.

Das Friedensprojekt „Europa“ wurde über die Wirtschaft und den gemeinsamen Markt eingestielt. Das war klug und hatte gute Gründe. Erbfeindschaften überwindet man am ehesten durch gemeinsamen Profit. Ist es darin nun versackt? Was ist, wenn der Profit mal schwächelt? Ist Europa nur noch Euro-Zone?

Kein Zweifel: Die Währungskrise (die Teilnehmer unserer forsa-Umfrage nennen die Krise beharrlich Bankenkrise) ist für die „WG Europa“ ein enormer Stressfaktor. Er mindert den Kuschelfaktor der größten Erfolgsphase und längsten Friedenszeit des Konti-

nents. Aber bringt die Krise Staaten und Menschen nur auseinander? Rücken sie nicht auch näher zusammen? Auf jeden Fall belebt sie die tieferen Motive und beseitigt Illusionen. Das kann nicht schaden.

Europa war und ist ein Kontinent der Gegensätze. Man kann über Europa sagen, was man will. Es stimmt immer. Irgendwie und irgendwo. Also lohnt es, Kompass, Sextant und Lotblei dabei zu haben und sie eifrig zu benutzen. Das hat BAPP mit seinem Forschungsprojekt getan, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Messdaten erscheinen widersprüchlich: Es gibt einen wachsenden Widerstand gegen die Regelungswut der Brüsseler Bürokraten. Die Lebenswirklichkeit der Leute ist oft meilenweit entfernt vom Vereinheitlichungswahn der Schreibtischtäter. – Andererseits sind die EU-Bürger in großer Mehrheit vom Sinn der Einigung überzeugt. 76 Prozent befürworten sogar (Nennungen ohne Vorgaben!) – man stelle sich vor! – eine gemeinsame Verteidigung. Für Silberrücken in nationalen Regierungen eine unrealistische Vision! Wer wollte da auf seine Armee verzichten! Die Leute sind da sehr viel weiter. Sie spüren, dass eine Armee, die rings-

um von Freunden umgeben ist, auch eine gemeinsame sein kann. – Laufen viele Trennungslinien vielleicht gar nicht zwischen den Mitgliedstaaten, sondern innerhalb der nationalen Gesellschaften? – Bewegungen sind oft stärker als Parteien und Kabinette. Sie mobilisieren aus dem Bewusstsein fälliger Notwendigkeit heraus enorme Menschengruppen, während Funktionäre der politischen Kaste am Wegrand Papierfähnchen schwenken und nicht mehr richtig wissen, was eigentlich gespielt wird.

Niemand, der seine Sinne beisammen hat, wünscht sich zurück in das Europa der Schießscharten und Schützengräben. Auch populistische Trends können das nicht konterkarieren. Sie schäumen zwar auf – leider dann und wann auch aus gegebenem Anlass, können Schaden stiften, scheitern aber letztlich an ihrer Eindimensionalität. Sie sind immer nur beschränkt zuständig.

Die Leute sind wechselwählerisch geworden. Sie sind multi-tasking. Sie tun das eine und lassen nicht das andere.

Die meisten Probleme Europas sind hausgemacht. Die Südstaaten wissen – bei ehrlicher Gewissenserfor-



Bodo Hombach ist Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik.

schung - sehr wohl, was sie haben schleifenlassen. Das Stabilitätskonzept ist sehr wohl verstanden worden. Auch Frankreich will ins richtige Ziel, hat aber auf's falsche Pferd gesetzt. Kein Deutscher misstraut aber „den“ Franzosen, wie es für unsere Großväter üblich war. In einem Familienverband sind hausgemachte Probleme gleichzeitig häusliche Probleme. Da knallen dann schon mal die Türen, aber niemand zieht aus.

Mir erscheint Europa als eine Art Sinfonieorchester. Wenn jeder sein eigenes Instrument spielt, ist alles in Ordnung, und wir hören schöne Musik. Schlimm wird es nur, wenn jeder ein eigenes Stück spielen will.

Der Begriff „Krise“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet ursprünglich „Meinung“, „Entscheidung“, „Höhe- und Wendepunkt“. Das sind eigentlich positive Konnotationen. Wolfgang Schäuble ist überzeugt „Europa bewegt sich am stärksten in Krisen voran.“ BAPP führte 21 Interviews mit deutschen Politikern, Wissenschaftlern, Unternehmern, Gewerkschaftern und Medien-Vertretern. Alle sahen in der Krise die Chancen. Diese werden sichtbar, so kann man sie leichter nutzen.

Die Interviewten bekennen sich eindeutig zum „Projekt Europa“ in kul-

tureller Vielfalt, benennen aber auch ungeschönt die offenen Probleme. Erfreulich viele davon sind quantifizierbar. Man könnte sie rasch und pragmatisch lösen. Andere brauchen den guten Willen der Partner. Es verzieht sich der Nebel, gangbare Wege tauchen auf. Wieder andere wären durch strukturelle Verbesserung der Instrumente lösbar, zweifellos ein schwieriges Feld. – Erstaunlich oft verschärfen sich die Friktionen durch eine miserable Kommunikation. Nichts gegen Elefanten – das sind prächtige Tiere, aber im Porzellanladen sind sie deplatziert. Herr Barroso hat das vorgemacht, als er den Exporterfolg der Deutschen in einer Weise thematisierte, die diese nur missverstehen konnten.

Ich bin überzeugt: Nicht das Europa der Nationen, sondern das der Regionen wird Grundmuster der inneren Einigung. Die Menschen brauchen und wollen ein gutes Wohngefühl in vertrauter Umgebung. Dann gehen sie mit Neugier und Faszination auf andere zu. Einen Schritt wagt nur derjenige, der sicheren Grund unter den Füßen hat.

Manfred Güllner von Forsa sieht in der friedlichen Nachbarschaft das zentrale Qualitätskriterium für das Binnen-

wachstum der Union. Das bestätigen alle Umfragen. In zehn Jahren“, so Wolfgang Clement, „werden wir mehr Europa haben, allerdings auf den Feldern, auf die es ankommt.“ – Politiker haben also die Wahl zwischen der Rolle des jugendlichen Liebhabers oder des komischen Alten.

Ist das die richtige Diagnose oder Pfeifen im Wald? Appell oder Interpretation? – Wir werden sehen. Vielleicht macht uns die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament schon wieder klüger, und sei es, dass sie uns weitere Illusionen nimmt.

1 Meinungen der Deutschen zu Europa

TEXT VON / MANFRED GÜLLNER



1. Assoziationen zu Europa*)

Das Bild der Deutschen von Europa wird zur Zeit von der Euro-Krise bzw. der Diskussion über die Zukunft des EURO als europäische Währung überlagert.

Viele Deutsche verbinden aber trotz der Krise mit Europa noch immer positive Assoziationen wie „offene Grenzen“, die Gemeinschaft an sich und deren friedentiftende Wirkung.

An Konflikte innerhalb der EU bzw. die Brüsseler Bürokratie denken derzeit spontan nur relativ wenige Bürger.

*) Die hier dargestellten Ergebnisse beruhen auf einer Untersuchung, die forsa im Auftrag von BAPP Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH durchgeführt hat.



Prof. Manfred Güllner ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa.

2. Einstellungen zu Europa, zum europäischen Einigungsprozess und zum EURO

Die Deutschen interessieren sich für europäische Politik im selben Maße wie für lokal- oder bundespolitische Entscheidungen in Deutschland.

Trotz der Euro-Krise ist die generelle Europafreundlichkeit der Deutschen nicht beeinträchtigt. So halten es über 80 Prozent für richtig, dass sich Deutschland immer für die Einigung Europas eingesetzt hat, nur 14 Prozent sind anderer Meinung.

Eine Mehrheit von 52 Prozent glaubt auch, dass Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union und sein Engagement für Europa mehr Vorteile als Nachteile gehabt hat.

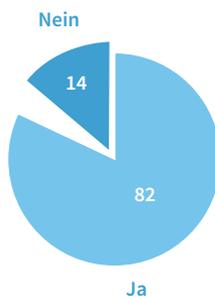
Und selbst die Entscheidung für den an sich nach wie vor nicht sonderlich beliebten EURO als einheitlicher Währung halten 58 Prozent der Befragten auch aus heutiger Sicht für richtig. 39

Prozent finden vor dem Hintergrund der Euro-Krise, der EURO hätte nicht eingeführt werden sollen.

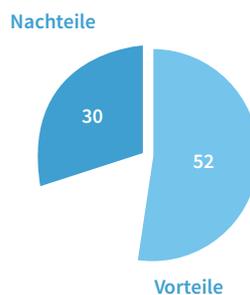
Dass die Entscheidung für den EURO auch aus heutiger Sicht richtig war, meinen überdurchschnittlich häufig die unter 30-Jährigen sowie die Anhänger der Union und der SPD.

Europa-Freundlichkeit der Deutschen

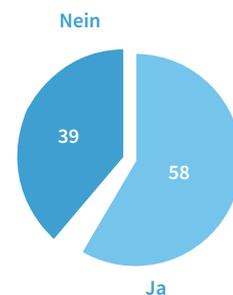
Auch aus heutiger Sicht ist es richtig, dass sich Deutschland immer für die Einigung Europas eingesetzt hat.



Deutschland hat durch sein Engagement für Europa und die Mitgliedschaft in der EU alles in allem mehr Vorteile/ mehr Nachteile



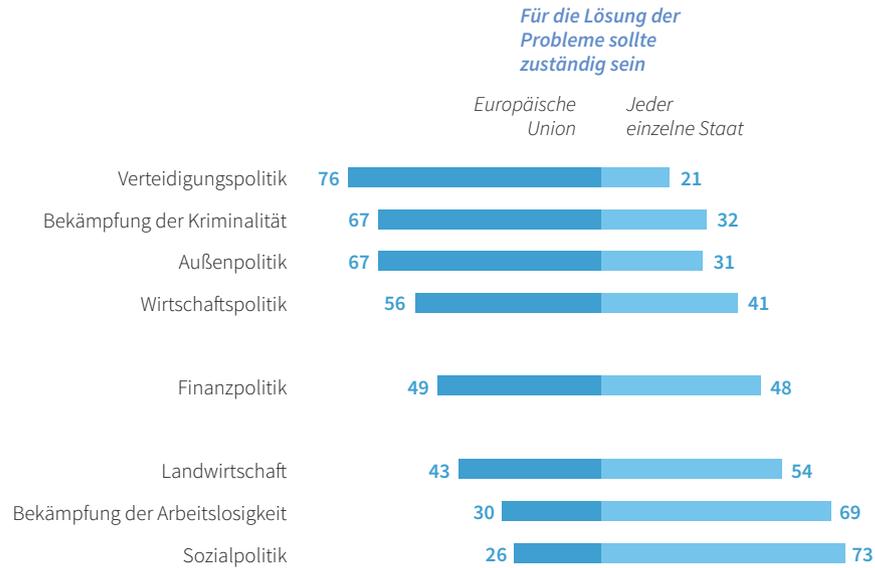
Die Entscheidung für den Euro als einheitliche Währung war auch aus heutiger Sicht richtig.



Die nach wie vor große Akzeptanz des europäischen Einigungsprozesses zeigt sich auch daran, dass nach Meinung der Mehrheit der Deutschen die Europäische Union mehr Zuständigkeiten als heute für die Verteidigungspolitik (das meinen 76 Prozent) für die Kriminalitätsbekämpfung (67 %), für die Außenpolitik (67 %) sowie die Wirtschaftspolitik (56 %) erhalten sollte. Lediglich bei der Agrarpolitik, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der Sozialpolitik sollte die Zuständigkeit nach Ansicht von 54, 69 bzw. 73 Prozent der Befragten eher bei jedem einzelnen Staat liegen.

In Sachen Finanzpolitik meint die eine Hälfte der Bundesbürger, dies sei eine gemeinsame europäische Aufgabe, während die andere Hälfte die finanzpolitischen Entscheidungen lieber den einzelnen Staaten überlassen möchte.

Zuständigkeiten in der EU



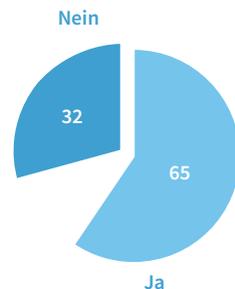
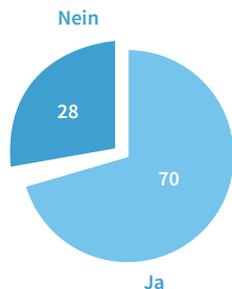
Den EURO hält eine große Mehrheit von 70 Prozent aller Bundesbürger trotz der gegenwärtigen Krise für das Zusammenwachsen Europas für erforderlich und nützlich.

Allerdings gefährdet die Krise des EURO nach Meinung von 65 Prozent der Deutschen den Zusammenhalt in der Europäischen Union.

Der europäische Einigungsprozess und die Euro-Krise

Für das Zusammenwachsen Europas ist der Euro wichtig und erforderlich.

Die Euro-Krise gefährdet den Zusammenhalt der Europäischen Union.



3. Meinungen zur Euro-Krise

Verantwortlich für die Euro-Krise machen die Bundesbürger in erster Linie die hohe Verschuldung einiger Länder (79 %) bzw., dass einige Länder wie Griechenland über ihre Verhältnisse gelebt haben (75 %), und die undurchsichtigen Geschäfte der Banken (79 %) sowie die internationalen Finanzmärkte (61 %). Ähnlich viele Bürger (66 %) glauben zudem auch, dass die gegenwärtige Euro-Krise eine Folge der Bankenkrise von 2008/2009 sei.

Trotz aller weit verbreiteten generellen Kritik an den politischen Akteuren: Sie werden nur von 46 Prozent für die Euro-Krise verantwortlich gemacht. Und dass die ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten die Krise verursacht haben, meinen nur 25 Prozent.

Ursachen der Euro-Krise

Für die Euro-Krise ist in starkem Maße verantwortlich ...



Bei der direkten Nachfrage, ob die gegenwärtige Eurokrise auch ohne die Bankenkrise von 2008/2009 gekommen wäre, sieht ebenfalls eine Mehrheit der Bundesbürger (51 %) einen klaren Zusammenhang zwischen der Krise von 2008/2009 und der jetzigen Krise der europäischen Währung. Nur eine Minderheit von 43 Prozent ist der Meinung, die jetzige Krise wäre auch ohne die vorherige Bankenkrise entstanden.

Als Spätfolge der Bankenkrise von 2008 sehen vor allem die älteren Bürger sowie die Anhänger der Linkspartei die jetzige Euro-Krise.

Die Euro-Krise - Eine Folge der Bankenkrise

Die Euro-Krise wäre auch ohne die Bankenkrise von 2008/2009 gekommen.



Bei der Einschätzung, ob die Banken- und Finanzkrise von 2008/2009 überwunden ist, geht nur eine kleine Minderheit von 13 Prozent davon aus, dass die damalige Krise heute endgültig überstanden ist. Die große Mehrheit (83 %) geht davon aus, dass die Krise noch weiter schwelt.

Diese Einschätzung unterscheidet sich in den einzelnen Bevölkerungsgruppen nur unwesentlich.

Wer ist nach Einschätzung der Bundesbürger von der Euro-Krise betroffen? Das sind nach Meinung von 81 Prozent aller Bundesbürger vor allem die „normalen Bürger“. 52 Prozent sehen die einzelnen Staaten der EU als Hauptbetroffene. Deutlich weniger Bürger sehen die Unternehmen generell bzw. die deutschen Unternehmen (39 bzw. 29 %) als Hauptbetroffene der gegenwärtigen Krise.

4. Meinungen zu den Banken

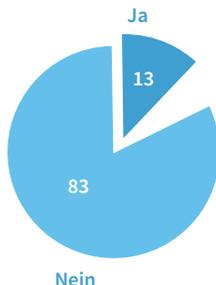
Zu den Banken haben derzeit nur noch sehr wenige Bürger in Deutschland (18 %) großes Vertrauen. Besonders gering ist das Vertrauen zu den Banken bei den Arbeitern und Selbständigen sowie den Anhängern der Grünen und der Linkspartei.

Nur wenige Bürger (17 %) glauben auch, dass die Banken nach der Krise von 2008/2009 ihre Geschäftspolitik geändert haben. Die große Mehrheit von 75 Prozent aber meint, die Banken hätten nach der damaligen Krise so weitergemacht wie schon immer.

Der negativen Einschätzung der Banken und ihrer Geschäftspolitik entsprechend sowie angesichts der Gefährdung, die vom Geschäftsgebaren der Banken ausgehen könnte, hält die übergroße Mehrheit der Bürger (86 %) eine stärkere Kontrolle der Banken als heute für erforderlich.

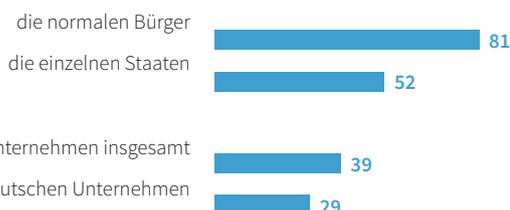
Überwindung der Banken- und Finanzkrise?

Die Banken- und Finanzkrise von 2008/2009 ist überwunden.

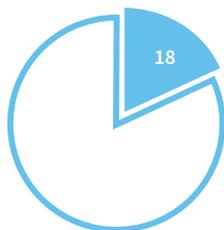


Betroffene der Euro-Krise

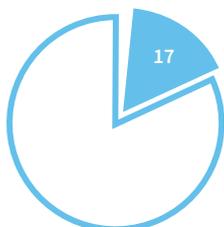
Die Folgen der Euro-Krise treffen in besonderem Maße



Den Banken bringen großes Vertrauen entgegen...



Die Banken haben sich in ihrer Geschäftspolitik nach der Banken-Krise 2008/2009 geändert.



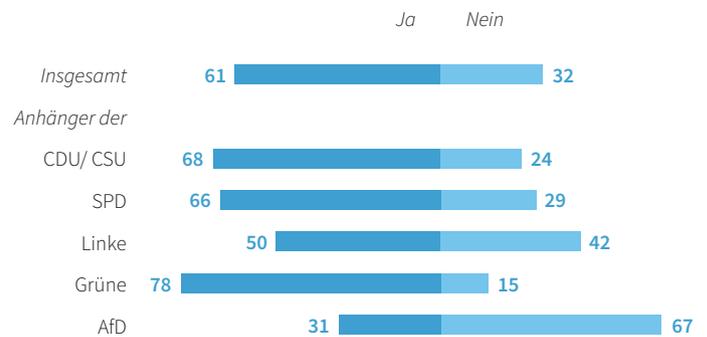
5. Finanzhilfen für in Not geratene Länder

Die Mehrheit der Bundesbürger hat sich während des Verlaufs der bisherigen Euro-Krise immer dafür ausgesprochen, dass sich Deutschland den Ländern gegenüber, die in Not geraten sind, solidarisch verhalten sollte.

Trotz der anhaltenden Krise mit ihrem Gefährdungspotentialen ist die Mehrheit aller Bundesbürger (61 %) auch weiterhin der Meinung, dass Deutschland anderen europäischen Ländern, die finanziell in Not geraten sind, helfen sollte. Dass Deutschland keine weitere finanzielle Hilfe mehr leisten sollte, meinen 32 Prozent der Befragten.

Gegen weitere finanzielle Hilfen für in Not geratene europäische Länder sprechen sich häufiger als im Durchschnitt aller Befragten Arbeiter und Anhänger der Linkspartei aus. Von den Anhängern der eurokritischen Partei Alternative für Deutschland sind sogar zwei Drittel (67 %) gegen weitere Finanzhilfen.

Deutschland sollte anderen europäischen Ländern, die finanziell in Not geraten sind, auch weiterhin helfen.



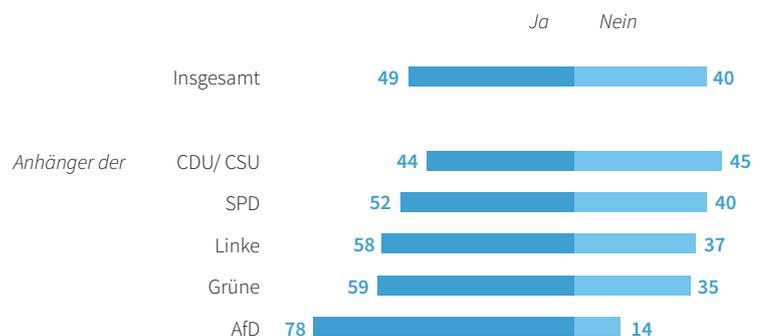
6. Eurokritische Parteien im europäischen Parlament?

Im Vorfeld der Europawahl im Mai 2014 wird darüber spekuliert, wie stark die eurokritischen Parteien bei dieser Wahl werden könnten. Die Bundesbürger sind sich bei der Beurteilung dieser Frage uneinig: 49 Prozent glauben, dass die eurokritischen Parteien in Europa nach der nächsten Europa-Wahl stärker als heute im europäischen Parlament vertreten sein werden; 40 Prozent glauben das nicht.

Dass die eurokritischen Parteien in Europa nach der Europa-Wahl stärker als heute im europäischen Parlament vertreten sein werden, glauben insbesondere Selbständige sowie die Anhänger der Linkspartei und der Grünen. Und von den Anhängern der AfD glauben gar mehr als drei Viertel (78%), dass „ihre“ und andere eurokritische Parteien stärker im Europaparlament vertreten sein werden.

Meinungen zu eurokritischen Parteien in Europa

Es glauben, dass die eurokritischen Parteien in Europa nach der nächsten Europa-Wahl stärker als heute im europäischen Parlament vertreten sein werden



VERANSTALTUNGEN



2

EUROPAS DEMOKRATIE IM WANDEL 5. NOVEMBER 2012 SEITE 16
MIT S. GABRIEL UND H.-D. GENSCHER

EUROPA IN DER KRISE 25. FEBRUAR 2013 SEITE 20
MIT M. VASSILIADIS

**EUROPA OHNE EUROPÄISCHE
ÖFFENTLICHKEIT** 11. JUNI 2013 SEITE 22
MIT E. STOIBER

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER KRISE 5. JULI 2013 SEITE 26
MIT F.-W. STEINMEIER

**DIE EUROKRISE - EINE GEFAHR FÜR
DAS EUROPÄISCHE PROJEKT** 28. NOVEMBER 2013 SEITE 28



EUROPAS DEMOKRATIE IM WANDEL – WOHIN GEHT EUROPA?

MIT / SIGMAR GABRIEL / HANS-DIETRICH GENSCHER / 05. NOVEMBER 2012

Welche Wege führen aus der Euro-Krise und wie kann das Vertrauen in Europa wieder gestärkt werden? Die Auswirkungen der Finanz- und Schuldenkrise, die Zukunft Europas und mögliche Lösungsansätze für einen Ausweg aus der Euro-Krise erörterte am 5. November 2012 eine Expertenrunde der Bonner Akademie. Sigmar Gabriel, SPD-Bundesvorsitzender, hielt einen Vortrag zum Thema; danach diskutierte er mit Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a.D. und Professor Dr. Jürgen Fohrmann, Rektor der Universität Bonn unter der Leitung von Andreas Tyrock, Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers.

Bodo Hombach: Projekt Europa als größtes Erfolgserlebnis unserer Geschichte

„Europa ist das größte Erfolgserlebnis unserer Geschichte“, eröffnete Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, die Veranstaltung. Ein Rauscherlebnis sei Europa zwar nie gewesen, aber das höchste Ziel hätte man erreicht: Frieden. Die aktuelle Krise erfordere charakterstarke Entscheidungsträger, die sich nicht nur um die „technischen Mängel“ bemühen würden. Identitätsstiftende Maßnahmen müssten endlich in den Vordergrund gerückt werden.



Bodo Hombach, Hans-Dietrich Genscher, Sigmar Gabriel



Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, Sigmar Gabriel, Hans-Dietrich Genscher, Andreas Tyrock

Professor Dr. Jürgen Fohrmann: Für die Jugend ist ein gemeinsames Europa selbstverständlich

„Für die Jugendlichen ist Europa eine Selbstverständlichkeit“, knüpfte Professor Dr. Jürgen Fohrmann an die Worte Hombachs an. So können sie heute ganz selbstverständlich alle Länder Europas bereisen, dafür müsse nicht mehr gekämpft werden. Professor Fohrmann untermauerte allerdings Hombachs These, nach der das Bewusstsein „zu einer europäischen Familie zu gehören“ immer noch sehr schwach ausgeprägt sei. Dass Europa in der aktuellen Krise vielerorts als zerstörerischer und nicht als verbindender Faktor wahrgenommen würde, sei höchst bedenklich.

Sigmar Gabriel: „Fatalismusüberschuss“ gefährdet Weiterentwicklung Europas

Sigmar Gabriel zufolge könne ein „Fatalismusüberschuss“ die demokratische Weiterentwicklung Europas gefährden. Deshalb müsse die EU auch dort verteidigt werden, wo sie unpopulär sei. „Helmut Kohl hätte sich über einen so unfreundlichen Umgang mit Griechenland geärgert“, so der SPD-Vorsitzende. Um Europa an allen Rändern abzusichern, dürfe keine reine Reduktion der Euro-Krise auf das Märkte-Problem stattfinden. Stattdessen solle sich die Politik auf eine Stärkung der Solidarität und Gemeinschaft fokussieren. Nur so könne ein Ausweg aus der Euro-Krise gefunden werden.

Hans-Dietrich Genscher: EU-Kultur nicht durch Neid-Gefühle zerstören

Nach Hans-Dietrich Genscher liegt die Weltfinanzkrise nicht in Europa als solches, sondern in den europäischen Einzelstaaten begründet. In der jetzigen Krise müsse Europa zusammenhalten: „Wieso freuen sich die europäischen Bürger nicht darüber, dass sie bei den Olympischen Spielen mehr Goldmedaillen geholt haben, als die USA und China zusammen?“ fragte der erfahrene Außenpolitiker in die Runde. Entscheidend sei, gemeinsam als Europäer aufzutreten und nicht zuzulassen, dass die wundervolle EU-Kultur durch Neid-Gefühle zerstört werde. Jede Nation habe es verdient, mit Respekt behandelt zu werden.





„Da gehts lang“: Hans-Dietrich Genscher

EUROPA IN DER KRISE: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – VOM DEUTSCHEN SONDERWEG ZUM EUROPÄISCHEN LEITMODELL?

MIT / MICHAEL VASSILIADIS / 25. FEBRUAR 2013

Über 100 Teilnehmer kamen am 25. Februar 2013 in die Bonner Akademie, um einer Expertendiskussion mit dem Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie und Energie, Michael Vassiliadis, zu folgen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob die Soziale Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild als Leitmodell für das Europa in der Krise gelten könne. Neben dem Hauptredner Michael Vassiliadis diskutierten Prof. Dr. Tilman Mayer vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sowie der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Laurenz Mülheims von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Zunächst sprach Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, einleitende Worte und wies auf schwerwiegende Turbulenzen auf dem europäischen Kontinent hin, welche aufgrund divergierender Ziele zwischen den Mitgliedsstaaten in der aktuellen Krise erkennbar seien. Jedoch warnte Hombach vor Schwarzmalerei: „Die Krise kann im Zusammenbruch enden, sie kann aber auch eine Voraussetzung für Entwicklungsschübe sein.“ Daher müsse die Demokratie nun noch stärker als Chance begriffen werden, Lösungen in der aktuellen Krise zu ermöglichen.

Michael Vassiliadis: Konzentration auf gemeinsame Architektur der europäischen Länder

Die Politik richte den Blick zu sehr auf Tendenzen der Renationalisierung, findet Michael Vassiliadis. Gerade in Krisenzeiten sei es jedoch notwendig, die gemeinsamen Stärken der europäischen Länder zu betonen, die sich vor allem durch die europäische Geschichte definieren würden. Bei aller Unterschiedlichkeit der Länder in Europa seien Anknüpfungspunkte in einer „ausgleichenden, demokratischen und auf soziale Demokratie ausgerichteten Architektur“ erkennbar. Auch die Architektur der Zukunft sollte den Prämissen des Ausgleichs und der Zielsetzung der Solidarität folgen und diese gleichzeitig mit wirtschaftlicher Dynamik verbinden.

Deutschland komme in diesem Prozess eine besondere Rolle zu, Europa zu einem inspirierenden Projekt zu gestalten, so Vassiliadis. Die entscheidenden Ansatzpunkte einer nachhaltigen Politik für Deutschland und Europa seien jedoch versäumt worden. Statt einer verzerrenden Konzentration auf die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Wettbewerbs, müssten die traditionellen Stärken in die Konzeption einer Strategie für die Zukunft gelegt werden.

Prof. Dr. Tilman Mayer: Erinnerung an die Kernidee der Sozialen Marktwirtschaft wecken

Die europäische Ebene könne durchaus von dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft lernen, bekräftigte Prof. Dr. Tilman Mayer. Auch auf europäischer Ebene sei eine Verbindung von wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ordnung entstanden. Jedoch fügte er kritisch hinzu: Das Konzept der Solidarität dürfe nicht im Sinne einer bedingungslosen Umverteilung verstanden werden, da dies den Grundannahmen des Solidaritäts- und Subsidiaritätsgedankens widerspräche. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft sollte Solidarität an den Reformwillen einzelner Länder gebunden sein.

Prof. Dr. Laurenz Mülheims: Gesetzmäßigkeit des demokratiekonformen Marktes stärken

Prof. Dr. Laurenz Mülheims richtete den Blick eingangs auf die Schwächen des Systems der Sozialen Marktwirtschaft, welche er in der gehobenen Stellung des Primats der Ökonomie über den der Politik und Gesellschaft identifizierte. Die Ökonomisierung der Krise sei der falsche Weg, stattdessen müsse der Fokus auf ein politisches Europa mit stärkeren Visionen gelegt werden, meint Prof. Mülheims.

Die Verwendung der Begrifflichkeit marktkonforme Demokratie verkenne die Zielsetzung eines notwendigen demokratiekonformen Marktes. Deutschland müsse aufhören, Europa seine Maxime zu diktieren. Vielmehr sei es notwendig, den „diversity-Gedanken“ stärker in den Vordergrund zu rücken. Prof. Mülheims äußerte Sympathien für den Vorstoß Großbritanniens, aus der EU auszutreten: Dies hätte gezeigt, dass Europa noch in der Lage sei, sich „gedanklich zu lösen von einem Weg, der in die Irre führt“, so Prof. Mülheims.

Michael Vassiliadis: Elemente der Sozialen Marktwirtschaft adaptieren

Im Anschluss folgte eine lebhafteste Diskussion, in die sich die Gäste der Veranstaltung mit kritischen Nachfragen wiederholt einbrachten. Am Ende der Diskussionsrunde fasste Michael Vassiliadis seine wichtigsten Thesen noch einmal zusammen und bekräftigte seinen Standpunkt zur notwendigen Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Europa. Der Versuch „Wachstum und Wirtschaftsimpulse der Marktwirtschaft mit einer gerechten Verteilungslogik zu kombinieren“, sei letztendlich das besondere an der Architektur der Sozialen Marktwirtschaft, so Vassiliadis. „Die Tradition, die wir Soziale Marktwirtschaft nennen, sei nicht portierbar.“ Jedoch sollten die darin liegenden Elemente der Wachstums- und Wirtschaftsgeschichte mit Zukunftsperspektiven für die breite Masse der Bevölkerung kombiniert werden, um somit einen entscheidenden Ansatz für einen politischen und gesellschaftlichen Zukunftsentwurfs Europas zu liefern.



Bodo Hombach, Michael Vassiliadis

Prof. Dr. Tilman Mayer

Prof. Dr. Laurenz Mülheims

Bodo Hombach

EUROPA OHNE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT?

MIT / EDMUND STOIBER / 11. JUNI 2013

Zu einer Podiumsdiskussion unter dem Thema „Europa ohne europäische Öffentlichkeit?“ mit Dr. Edmund Stoiber, Bayerischer Ministerpräsident a.D., konnte die Bonner Akademie am 11. Juni 2013, über 200 Gäste begrüßen. Im Fokus der Veranstaltung stand die Frage, wie man den Bürgern der Europäischen Union - trotz der im Zusammenhang mit der Finanz- und Schuldenkrise momentan größtenteils negativ ausgerichteten Berichterstattung - die positiven Seiten und die bisherigen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses wieder stärker vermitteln kann.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, berichtete Edmund Stoiber von seinen Erfahrungen als Vorsitzender der EU-Expertengruppe zum Bürokratieabbau und lieferte dadurch einen interessanten Einblick in den Brüsseler EU-Alltag. Anschließend entstand eine lebhafte und kontroverse Diskussion, an der sich das Publikum zum Ende hin mit Fragen beteiligen konnte. Neben dem Hauptredner Dr. Edmund Stoiber diskutierten Dr.-Ing. e.h. Wolfgang Clement, Bundesminister a.D., und Monika Piel, ehemalige Intendantin des Westdeutschen Rundfunks (WDR). Die Moderation übernahm Andreas Tyrock, Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers.



Monika Piel



Dr. h.c. Wolfgang Clement

Laut Edmund Stoiber ist das Image von Europa schlecht, obwohl die EU ein einmaliges Gebilde in der Welt darstellt. Obwohl die europäische Gesetzgebung unser Leben in großem Maße prägen, „finden die Prozesse unter Ausschluss der europäischen Öffentlichkeit statt“, bemängelte Stoiber. Die Bürger der Europäischen Union könnten kaum an der europäischen Gestaltung teilnehmen.

„Es wird Zeit, dass dieses Europa der Eliten sich zum Europa der Bürgerweite entwickelt“ fordert er. Hier stehen für Stoiber die Behörden in der Pflicht, die den Diskurs öffentlich und transparent in allen Mitgliedsländern führen müssen. „Die EU-Kommission muss verstärkt an den Debatten in den einzelnen Ländern teilnehmen.“ In der Pflicht sieht Stoiber aber auch die Medien, die stärker über die Belange Europas berichten müssen. Gemäß der wachsenden Bedeutung Europas entwickelt sich der öffentliche Dialog zu schleppend, betonte Stoiber. Besonders im Punkt Berichterstattung sollten die Medien ihren Fokus um eine europäische Perspektive erweitern.

Die EU als Instrument habe die Orientierung verloren und müsse sich neu besinnen, forderte Wolfgang Clement, Bundeswirtschaftsminister a.D. „Die wichtigste Aufgabe ist es zu verhindern, dass sich die EU in etwas verwandelt, was nicht geplant war.“ Ein weiteres Problem sei die Rechtssetzungsmaschinerie des Gebildes. Die europäischen Medien kritisiert Clement; sie würden zu länderfixiert agieren. Clement wünsche sich eine europäische Öffentlichkeit, die durch gemeinsame Medien unterstützt wird. „Wir brauchen europäische Fernsehsender und Zeitungen.“

An den Erfolg eines europäischen Fernsehsenders glaubt Monika Piel nicht, da die unterschiedlichen Interessen und Identitäten innerhalb der Mitgliedsländer so ein Vorhaben erschweren würden und zu einem Ausschluss einiger Bevölkerungsbeiriche führen könne.

Laut Piel dürfen die Medien die lokale und nationale Berichterstattung nicht für eine rein europäische aufgeben. Ein ausgewogenes Maß müsse zwischen den drei Bereichen bestehen. Piel ist davon überzeugt, dass eine „gemeinschaftliche, öffentliche Wahrnehmung vorhanden ist“ und die überwiegende Anzahl der Deutschen wisse, dass Deutschland von Europa profitiere.

Um die erarbeiteten Erfolge wie Demokratie und Meinungsfreiheit weiterhin zu gewähren, benötige es nach Stoiber die Integration der Bürger durch eine öffentliche Teilhabe. Deutschland muss sich bewusst sein, „der Heimatmarkt ist nicht der deutsche, sondern der europäische“. Obwohl es viele Probleme innerhalb einiger Mitgliedsstaaten gebe, darf denen jetzt nicht „die Tür vor der Nase zugeschlagen werden“, betonte Stoiber, der abschließen festhielt: „Europa muss weg vom Geruch von nicht breit diskutierten Entscheidungen“.



Dr. Edmund Stoiber





Dr. Edmund Stoiber
Ministerpräsident a.D.
der EU-
Gruppe zum
Abbau



Monika Piel
Ehemalige Intendantin
des WDR

„Europa ohne europäische
Öffentlichkeit?“
Dr. Edmund Stoiber



Dr. Wolfgang Clement



Andreas Tyrock, Dr. Edmund Stoiber und Monika Piel

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER EURO-KRISE. VORREITER ODER BREMSER DER INTEGRATION?

MIT / FRANK-WALTER STEINMEIER / 05. JULI 2013

Unter dem Thema „Deutschlands Rolle in der Euro-Krise. Vorreiter oder Bremser der Integration?“ konnte die Bonner Akademie am 5. Juli 2013 über 120 Gäste zu einer Diskussionsrunde begrüßen. Als Gäste konnte Dr. Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Michael Junker, Managing Director der Accenture Deutschland GmbH, und PD Dr. Marcus Höreth, Politikwissenschaftler an der TU Kaiserslautern, begrüßt werden. Sie diskutierten darüber, wie es um die gemeinsame Währung Europas bestellt ist und welche Rolle der Euro für Deutschland politisch und wirtschaftlich spielt. Moderiert wurde die Veranstaltung von Michael Krons, Journalist beim Fernsehsender Phoenix.

Frank-Walter Steinmeier warnte in seiner eröffnenden Rede davor, dass die andauernde Finanz- und Staatsschuldenkrise zu einem Legitimationsverlust der Europäischen Union in den Mitgliedstaaten führen könne. Aufgrund der exportorientierten Wirtschaft befände sich Deutschland in einer doppelseitigen Abhängigkeit von den EU-Nachbarstaaten, da trotz der Krise noch immer 60 Prozent aller Güter in die Europäische Union exportiert werden. Wenn die junge Generation die EU nicht als Teil der Lösung sondern als Problem und Hindernis begreife, werde ein europäischer Legitimationsverlust einsetzen. Europa dürfe deshalb nicht seiner derzeitigen Eigendynamiken erliegen.





Dr. Frank-Walter Steinmeier

In der anschließenden Podiumsdiskussion prophezeite Prof. Dr. Michael Junker ein Ende des Währungssystems innerhalb der nächsten 15 Jahre. In der Vergangenheit habe es in europäischen Staaten alle 30 bis 50 Jahre Währungszusammenbrüche und Staatsbankrotte gegeben. Zudem habe keine Regierung je eine haushaltspolitische Konsolidierung konsequent durchgeführt. „Bundestagswahlen werden von den Menschen entschieden, die keine Steuern zahlen“, so Junker. Daraus folgerte er, nationale Regierungen hätten die Haushaltsverschuldung aus wahlpolitischen Gründen erhöht.

PD. Dr. Marcus Höreth merkte an, dass die großen Parteien dem Wähler kaum alternative Lösungsansätze bezüglich der Euro-Krise aufzeigen würden. Steinmeier entgegnete diesem Argument: „Um unterscheidbar zu sein, können wir keinen wissenschaftlich falschen Weg einschlagen“ und

begründete damit die grundsätzliche Zustimmung der Sozialdemokraten zum außenpolitischen Handeln der schwarz-gelben Bundesregierung in Europa-Fragen.

Marcus Höreth sprach sich dafür aus, den europäischen Währungsverbund auch politisch zu institutionalisieren. Michael Junker forderte, (Bildungs-) Investitionen – und nicht den Konsum – zu erhöhen, um ökologisch und ökonomisch nachhaltig zu wirtschaften. Frank-Walter Steinmeier plädierte dafür, „die Zukunft als offen zu begreifen“ und nicht von einer „Alternativlosigkeit der Politik“ auszugehen. Trotz der anhaltenden Krise nähme die EU weltweit eine Vorbildfunktion für wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit ein.



PD Dr. Marcus Höreth



Prof. Dr. Michael Junker

DIE EUROKRISE – EINE GEFAHR FÜR DAS EUROPÄISCHE PROJEKT?

28. NOVEMBER 2013

Die Bonner Akademie begrüßte zu einer Diskussionsrunde zum Thema „Die Eurokrise – eine Gefahr für das europäische Projekt“ am 28. November 2013 rund 120 Gäste im Bonner Uni-versitätsforum. Dr. Alfred Gusenbauer, Bundeskanzler der Republik Österreich a.D., Prof. Dr. Matthias Herdegen, Universität Bonn, Prof. Dr. Michael Junker, Managing Director der Accenture Deutschland GmbH, sowie Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister a.D. und Ministerpräsident a.D., debattierten, ob sich die europäische Finanz- und Schuldenkrise gegenwärtig zu einer Krise der Europäischen Union entwickelt. Die Veranstaltung begann mit einer Einführung durch Rüdiger Oppers, Bevollmächtigter des Vorstands von Evonik Industries, die Moderation übernahm Rolf-Dieter Krause, Leiter des ARD-Studios Brüssel.

Nach einem kurzen Film, der mediale Reaktionen von Politikern und Journalisten über Europa bündelte, forderte Rüdiger Oppers in seiner Begrüßungsrede, dass „die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft nicht an den Landesgrenzen Halt machen“ dürfe. Um internationale Projekte wie den Umwelt- und Klimaschutz voranzubringen und die Rolle der europäischen Staaten in Zeiten der Globalisierung zu stärken, sei eine gesamteuropäische Kooperation in vielen Bereichen notwendig.

Bodo Hombach: „Die EU ist wie eine unvollendete Veranstaltung mit unbekanntem Ziel“

Daraufhin hielt Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, einen Kurzvortrag und fasste seine Ansichten zum gegenwärtigen Zustand Europas zusammen. So wirke die EU gegenwärtig „wie eine unvollendete Veranstaltung mit unbekanntem Ziel“. Zusammen mit Rolf-Dieter Krause stellte Bodo Hombach eine Studie vor, die im Rahmen eines BAPP-Forschungsprojekts entstand. Die qualitativen Interviews und vom Meinungsforschungsinstitut forsa durchgeführten Umfragen machten deutlich, dass die Befragten nicht die „Europäische Idee“ sondern die gegenwärtige politische Praxis kritisierten. Weil den Bürgern das Vertrauen in zentrale EU-Institutionen fehle, gehöre laut Rolf-Dieter Krause die „Neuaufteilung zwischen regionaler Identität und europäischen Aufgaben auf die Tagesordnung“. Aus seinen persönlichen Erfahrungen als Korrespondent in Brüssel berichtete Krause, dass eine europäische Verständigung nicht stattfände und in allen Nationen noch immer massive Vorurteile gegenüber den anderen EU-Mitgliedsstaaten bestünden.

Dr. Alfred Gusenbauer „Der Kern der Integrationsidee liegt heute im Euro“

Seine anschließende Impulsrede eröffnete Dr. Alfred Gusenbauer mit der These, dass die gemeinsame europäische Währung als „Teilantwort auf die Globalisierung“ geschaffen worden sei. Zudem übte Dr. Gusenbauer Kritik an der nicht-existenten gemeinsamen EU-Außenpolitik:



Rolf-Dieter Krause



Rüdiger Oppers

„Es darf einen nicht wundern, wenn niemand eine europäische Außenpolitik wahrnimmt.“ Spätestens seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise würden die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat und nicht die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament europapolitische Richtungsentscheidungen treffen. Der Euro sei nur dann zu retten, wenn die Staaten schnellstmöglich eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik schaffen.

Dr. Jürgen Rüttgers: „Mehr Macht dem Europäischen Parlament“

In der darauf folgenden Podiumsdiskussion widersprach Dr. Jürgen Rüttgers den Ausführungen Gusenbauers in mehreren Punkten. Laut Dr. Rüttgers sei die EU gegenwärtig von Desintegrationstendenzen statt von weiteren Integrationsschritten geprägt. Die europäischen Organe – nicht die Staats- und Regierungschefs – müssten an demokratischer Legitimation gewinnen. Deshalb forderte Dr. Rüttgers „mehr Macht dem Europäischen Parlament“, das jedoch „Angst vor dem größerem politischen Einfluss“ habe.



Dr. Jürgen Rüttgers



Prof. Dr. Michael Junker



Prof. Dr. Matthias Herdegen



Prof. Dr. Volker Kronenberg



Dr. Alfred Gusenbauer



Bodo Hombach

Prof. Dr. Matthias Herdegen verstand Europa vor allem als demokratisch legitimierte Rechts-gemeinschaft. Er kritisierte, dass die Staats- und Regierungschefs besonders in Zeiten der Eurokrise gelegentlich außerhalb des rechtlichen Rah-mens gehandelt haben und geltende Verträge gebrochen worden sind.

Prof. Dr. Michael Junker begrenzte die EU definitorisch auf eine Europäische Wirtschaftsge-meinschaft, weil politische und kulturelle Institutionen nur rudimentär existierten. Trotz der Krise bringe Europa auf mehreren Ebenen „in erster Linie Vorteile“. Für die Euro-Rettung, der Prof. Junker sehr pessimistisch entgegenseht, müsse erstens die Staatsverschuldung massiv gesenkt, zweitens die interne Wirtschaftsleistung und Nachfrage erhöht und drittens ein fairer Wettbewerb beim Handel über die europäischen Grenzen geschaffen werden. Dieser Aussage pflichtete Dr. Gusenbauer bei: „Der Euro funktioniert nur dann, wenn es auf unterschiedlichen Ebenen zu weiterer Kooperation kommt.“

Prof. Dr. Volker Kronenberg, Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie, fasste die Diskussion anschließend zusammen und wies hinsichtlich der Zukunft Europas auf den am Vortag beschlossenen Koalitionsvertrag hin, in dem das europäische Einigungswerk wörtlich als „die wichtigste Aufgabe Deutschlands“ bezeichnet wird.





DIE BAPP BEFRAGTE 21 EXPERTEN ZU EUROPA EINFÜHRUNG

3

„Krisen sind immer Auslöser von Fortschritt“

Ja, Europa steckt in Schwierigkeiten.

„In Zusammenhang mit der Währungsunion sind große Fehler gemacht worden, die jetzt auf Europa insgesamt überschwapen“, sagt Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank. Willi Steul, Intendant des Deutschlandradios, sieht es genau so: „Ganz klar bringt die Eurokrise die Menschen in Europa auseinander. Jetzt tritt die Fehleinschätzung zu Tage, es gäbe so etwas wie eine europäische Identität.“ Im Kern, findet Jürgen Großmann, Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung, „leidet Europa an einer Sinnkrise. Wir kurieren an Symptomen herum, im Vordergrund stehen meist nationale Interessen, statt Europa einen übergeordneten Sinn zu geben.“

Ja, es muss dringend etwas geschehen.

„Die Krise kann Europa gefährden, wenn wir sie nicht nutzen, einen höheren Integrationsgrad zu erreichen“, befürchtet der Europaabgeordnete Elmar Brok (CDU). „Wenn sich nicht alle Parteien mit gutem Willen an einen Tisch setzen, kann diese Krise das Projekt Europa ernsthaft gefährden“, meint auch Klaus-Peter Müller, Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank.

Aber nein! Europa ist nicht verloren!

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist überzeugt: „Europa bewegt sich am stärksten in Krisen voran. So haben wir durch die aktu-

elle Eurokrise erreicht, dass das Regelwerk für Finanzmarktregulierung konkretisiert wurde. Europa wächst enger zusammen.“ Jürgen Kluge, früher Chef von McKinsey Deutschland, findet sogar: „Was derzeit als Europa-Krise verstanden wird, ist nicht schlimm, schon gar nicht schlimmer als Krisen vorher. Krisen sind immer Auslöser von Fortschritt“. Und auch NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) ist Optimist: „Ich halte den bisher entstandenen Schaden in jeder Hinsicht für reparabel. Alles andere wäre auch eine Bankrotterklärung.“

Interviews mit 21 deutschen Politikern, Wissenschaftlern, Unternehmern, Gewerkschaften und Medien-Vertretern sind Kernstück des Projektes „Von der Euro- zur Europa-Krise?“, mit dem sich die Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik (BAPP) von November 2012 bis November 2013 befasst hat. Dazu gehören auch eine ausführliche Medienanalyse, eine Umfrage des Instituts Forsa zur Meinung der Deutschen zu Europa sowie mehrere Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in den Bonner BAPP-Räumlichkeiten.

Ausgangspunkt des Projektes waren zwei Zitate zur sogenannten „Eu-

ro-Krise“. „Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Die Krise untergräbt den Sockel, auf dem die europäische Integration gebaut ist“, so Merkels damaliger italienischer Amtskollege Mario Monti.

Kann sich eine zunächst nur finanzielle Krise zur grundsätzlichen Krise Europas ausweiten? Ist Europa wirklich insgesamt in Gefahr, wenn seine Währung in Gefahr ist? Das waren die Ausgangsfragen, mit denen das BAPP-Projekt an den Start ging.

Die Interviews wurden im März und April 2013 geführt. Alle Befragten stehen grundsätzlich zum gemeinsamen Europa und heben den Wert der europäischen Integration hervor. SPD-Chef Sigmar Gabriel spricht für alle, wenn er feststellt: „Die EU hat den Friedensnobelpreis verdient, da sie Frieden für die Menschen auf dem in Kriegsjahrhunderten verwüsteten Kontinent geschaffen hat. Die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ist wohl das dramatischste Beispiel der Geschichte dafür, dass Krieg und Konflikt sich in kurzer Zeit in Frieden und Zusammenarbeit verwandeln können.“ Einen weiteren Vorzug, etwa im Unterschied zu den USA, sieht der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff:

„Wir sind in der EU alle miteinander demokratische Rechtsstaaten, die Wettbewerb und Markt als Preisbindungsmechanismus einsetzen, gleichzeitig aber auf soziale Bindung des Eigentums und ein Streben nach sozialem Ausgleich setzen.“

Der Euro, nach dem die aktuelle Krise oft benannt wird, findet nur Unterstützer. Jürgen Großmann: „Unsere historisch niedrige Arbeitslosenquote geht zu einem guten Teil auch auf den Euro zurück.“ Eine Rückkehr zur D-Mark hält er für ausgeschlossen: „Sie können aus fünf Eiern ein Omelette machen, aber aus dem Omelette nachher nicht wieder fünf Eier.“

Klaus-Peter Müller weist darauf hin, wie sehr Deutschland vom relativ „schwachen“ Euro profitiert: „Würde er sich nur am früheren D-Mark-Raum orientieren, läge er sicher bei 1,60 zum Dollar. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre eine wirtschaftliche Katastrophe.“ Norbert Walter-Borjans sieht ein weiteres Argument gegen die Rückkehr: „Mittlerweile gibt es so viele jüngere Menschen in Europa, die ihre frühere Währung gar nicht mehr kennen.“

Wer trägt Schuld an der Währungs- und Schuldenkrise? Die Banken? Die Politiker? Hier setzen die Befragten unterschiedliche Schwerpunkte. CDU-Schatzmeister Helmut Linssen beklagt: „Die Banken haben sich zu einem Staat im Staat entwickelt, sich vielfach um die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns einen Dreck geschert.“ Werner Hoyer sieht auch die Aufsichtspflicht verletzt: „Die Politik hat nicht durchschaut, dass Finanzprodukte auf den Markt gebracht wurden, die schon von den Kundenberatern der Sparkassen nicht mehr verstanden wurden.“

Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender der Piratenpartei im nordrhein-westfälischen Landtag, beschreibt die Misere so: „Die Deregulierung von Finanzmärkten war der Ausgangspunkt bei der Entstehung sogenannter Blasen. Geldflüsse konnten sich immer mehr von der Realwirtschaft abkoppeln, Finanzprodukte kreisten nur noch um sich selbst.“

Alexander Graf Lambsdorff erkennt auch ein „Strukturproblem“ der Demokratie: „Sie funktioniert von Wahl zu Wahl und nicht in längeren Zyklen. Im Wahlkampf werden Versprechungen gemacht, deren Einhaltung zur Verschuldung beiträgt. Das hat sich der Bankensektor zunutze gemacht: Jede Bank konnte Staatsanleihen in großem Maßstab verkaufen.“

Was tun? Martin Schulz (SPD), Präsident des Europaparlaments, fordert zur Beendigung der Bankenkrise: „Wir brauchen ein Organ, das die Macht hat, die notwendigen Regeln durchzusetzen.“ Sein Parteifreund Sigmar Gabriel: „Es bedarf einer weiteren Integration: Ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik kann es

keine gemeinsame Währung geben.“ Deutschlandradio-Chef Willi Steul: „Parallel zum Euro muss ein koordiniertes europäisches Wirtschaftssystem etabliert werden.“

Über den bisherigen Euro-Rettungskurs gibt es unterschiedliche Meinungen. Journalistin Monika Piel: „Den Kurs der Kanzlerin halte ich grundsätzlich für richtig. Die Staatsverschuldung muss zurückgefahren werden, Strukturreformen sind dringend notwendig.“ Dagegen findet SPD-Minister Norbert Walter-Borjans: „Die eingeforderten Kürzungen erdrosseln die Länder. Es werden Sparbemühungen eingefordert, die fast ein Drittel des Staatshaushaltes ausmachen.“ Ganz anders sieht es wiederum CDU-Politiker Helmut Linssen: „Die Kritik an den Sparplänen halte ich für übertrieben, es spart sich ja niemand kaputt. Zunächst wird ja nur die Neuverschuldung reduziert.“

„Die Welt hat jetzt die Chance, in ein Zeitalter der Entschuldung einzutreten“, analysiert ganz generell „Handelsblatt“-Herausgeber Gabor Steingart. „Banken und Staaten sollten jetzt ihre Risikopositionen herunterfahren und die Sicherheitsstandards erhöhen.“ Bei den Banken, findet Steingart, ist dazu allerdings „ein wirklicher Kulturwandel nötig.“ Doch nicht nur dem Euro muss der Einsatz Europas gelten, findet Wolfgang Schäuble: „Es hat jetzt absolute Priorität, die Jugendarbeitslosigkeit schneller und erfolgreicher nicht nur zu bekämpfen, sondern auch zu überwinden.“ Auch Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Gewerkschaft IG BCE, bedauert: „Leider ist durch die permanente Debatte um den Euro der soziale Aspekt völlig in den Hintergrund getreten.“

Grundsätzlich fordert Michael Schmidt, Vorstandschef von BP Europa: „Die europäische Politik muss sich auf die wirklich relevanten Themen konzentrieren. Nur so können Politiker erreichen, dass die Menschen sich von Brüssel wirklich repräsentiert fühlen.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Mißfelder formuliert es anders herum: „Muss von Brüssel die Krümmung der Banane oder die Qualität der Sonnenschirme vorgegeben werden?“

Grundsätzliche Änderungswünsche an die EU haben auch Klaus Peter Müller und Joachim Paul. Der Bankchef: „Das Einstimmigkeitsprinzip ist nicht haltbar, auch das kleinste kleinste Mitgliedsland kann ein Veto einlegen.“ Der Piraten-Politiker: „Ich würde den Zustand mit einem Tisch vergleichen, der auf drei Beinen stabil stehen sollte, aber das dritte Bein fehlt. Und das ist eine europäische Verfassung.“

Sind die Vereinigten Staaten von Amerika das Vorbild für Europas Zukunft? „Die Vision ist immer da“, antwortet Elmar Brok. Aber „es geht nicht um den einen Staat, sondern um eine Vereinigung von Staaten.“ Er beschreibt, was fehlt: „Der Unterschied zu den USA ist, dass bei uns nicht von vornherein klar ist, dass der ganze Verein zusammensteht. Kalifornien und Alabama sind pleiter als Griechenland. Das Saarland und Bremen auch. Aber in beiden Systemen ist das Grundvertrauen da: Keiner geht pleite. Das fehlt auf europäischer Ebene noch – das ist der Kern der Krise.“

Doch dieses Vertrauen muss entstehen. Philip Mißfelder: „Die großen Herausforderungen der Gegenwart sind nur im europäischen Rahmen zu be-

wältigen. Energiewende, eine funktionierende Bankenaufsicht, Abbau der Staatsverschuldung. Hier müssen die einzelnen Staaten auch Kompetenz abgeben.“ Michael Schmidt sieht es ähnlich: „Wir tun so, als könne jedes Land für sich die Energiefrage lösen, in Deutschland sogar jedes Bundesland. Dabei würde doch schon jetzt ohne grenzüberschreitende Netze alles zusammenbrechen.“

Anders Monika Piel: „Wir müssen ein paar Schritte zurück machen. Ein Kerneuropa in den Mittelpunkt stellen, bestehend aus den wirtschaftlich stärksten Nationen.“ Jürgen Großmann dagegen fordert gleich eine

Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, sieht ein anderes Vorbild als die USA: „Das Verfassungsvorbild wäre für mich eher die Schweiz, mit einer relativ kleinen Zentralregierung und sehr starken, ihre Identität bewahrenden Kantonen.“

Wolfgang Schäuble erwartet eine eigene europäische Lösung: „Wir werden etwas völlig Neues schaffen, es wird sicher kein europäischer Nationalstaat werden oder Vereinigte Staaten nach dem Vorbild Amerikas.“ Allerdings: „Staatlichkeit wird nicht mehr auf eine Ebene begrenzt sein, so wie es heute noch das Völkerrecht

her.“ Englisch als Umgangssprache zwischen den Nationen kann sich zwar auch Jürgen Großmann vorstellen. Aber: „Ich möchte nicht eines Tages Schiller oder Goethe in englischer Übersetzung lesen müssen.“

Wie sehen die anderen Europäer auf Deutschland? „Bei unseren Nachbarn ist vieles noch nicht vergessen, was die Deutschen gerne zu vergessen und zu verdrängen suchen“, mahnt Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, in Erinnerung an den 2. Weltkrieg. In der Gegenwart findet sich dagegen Ex-Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) positiv aufgenommen:

„Europa bewegt sich am stärksten in Krisen voran“

Europäische Zentralregierung: „Es genügt eine gemeinsame EU-Armee.“ Und: „Ein EU-Außenminister sollte die Politik der Gemeinschaft weltweit vertreten.“

Das Beispiel USA halten die meisten Interviewpartner für unpassend. Jürgen Kluge: „Bei uns ändert sich praktisch alle 100 Kilometer die Art, Häuser zu bauen oder Wurst oder Käse herzustellen. Diese kulturelle Vielfalt könnte das große Exportmodell Europas werden.“ Auch Philipp Mißfelder betont die Identität der einzelnen Staaten: „Können Sie sich vorstellen, einer europäischen Fußball-Nationalmannschaft die Daumen zu drücken?“

vorsieht.“ So sieht es auch Martin Schulz: „Wir werden eine andere Form finden müssen: Eine politische Union mit einer klaren Aufgabenteilung zwischen den Nationalstaaten und der EU.“

Braucht Europa eine gemeinsame Sprache? Alexander Graf Lambsdorff sieht Englisch auf dem Weg dazu: „Auf funktionalem Niveau werden alle das Englische einigermaßen beherrschen.“ Gabor Steingart fordert sogar ausdrücklich: „Ich glaube, dass wir eine gemeinsame Sprache brauchen.“ Auch in den USA sei so die Gemeinsamkeit entstanden, „schließlich kamen die Menschen von überall

„Wo ich hinkomme, da werde ich stets nach den Geheimnissen unserer vergleichsweise guten wirtschaftlichen Lage gefragt. Und ich verweise stets auf den bei uns noch vorhandenen recht kräftigen industriellen Sockel, auf unseren starken Mittelstand, auf die duale Berufsausbildung und eine funktionierende Sozialpartnerschaft.“

Auch Helmut Linssen sieht Anerkennung für deutsche Leistungen: „Durch die Agenda 2020 sind wir schon zum Vorreiter in eine moderne Industriegesellschaft geworden. Wir sollten dennoch bescheiden auftreten – und den anderen unsere Erfahrungen und Maßstäbe mit Einfühlungsvermögen

schmackhaft machen.“ Und Willi Steul findet: „Keine Nation taugt als Vorbild für Europa, dafür sind sowohl Geschichte als auch administrativer Aufbau zu unterschiedlich. Zur Nachahmung empfehlen würde ich dennoch das Miteinander der deutschen Tarifpartner.“

Was sind Deutschlands Vorzüge? Auch Industrie-Vertreter Markus Kerber nennt die Sozialpartnerschaft: „Den Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei uns sollten sich andere anschauen.“ Monika Piel sieht einen anderen Pluspunkt: „Wir sind durch die deutsche Geschichte für viele Dinge sensibler als andere Staaten. Hier könnte kein Berlusconi mit einer europafeindlichen Kampagne mit breitem Erfolg auf Stimmengang gehen.“

Und was kann Deutschland von Europa lernen? Michael Schmidt findet grundsätzlich: „Wir brauchen vor allem ein mehr an Verständnis für die Kultur unserer Nachbarn. Verbunden mit der Akzeptanz für nationale Eigenheiten.“

Jürgen Kluge lobt „das skandinavische Bildungssystem, in dem die Kinder länger miteinander lernen.“ Und mit Blick gen Süden: „Wir berufen uns immer auf unseren starken Mittelstand, aber auch da könnten wir uns dennoch einiges in Norditalien anschauen.“ Sigmar Gabriel gefällt an Skandinavien „die dort praktizierte Flexicurity, welche das flexible Einstellen und Entlassen von Arbeitnehmern erlaubt, gleichzeitig jedoch auf die soziale Förderung von Arbeitslosen sowie die Intensive Vermittlung einer neuen Beschäftigung setzt.“ Gewerkschafter Michael Vassiliadis: „Ein qualifizierter indischer Mathe-

matiker darf zwar bei uns arbeiten, aber nicht seine Familie mitbringen. In vielen dieser Gesellschaftsfragen können wir von unseren Nachbarn in Skandinavien und Holland noch viel lernen.“ Laut Wolfgang Clement kann sich Deutschland etwa von Frankreich abschauen, „wie eine Familienpolitik erfolgreich sein kann, die mit dem Ziel von Chancengerechtigkeit und Teilhabe mehr in die allgemeinen Strukturen zur Förderung von Erziehung und Bildung als in die einzelne Familie investiert.“

Wolfgang Schäuble: „In vielen Dingen sind die Deutschen schwerfälliger als andere, bauen Sie hier mal einen Flughafen.“ Gabor Steingart: „Lernen können wir sicher noch einen gelasseneren Umgang mit der schwierigen Situation.“ Manfred Güllner: „In Schweden und Dänemark liegt die Wahlbeteiligung bei 85 bzw. 87 Prozent. Bei uns bleibt ja bei manchen Wahlen oft schon fast jeder zweite Wahlberechtigte zu Hause.“

Fazit der Interviewreihe: Die Befragten sehen Europas Zukunft nach der Krise durchweg positiv. Wolfgang Clement: „In zehn Jahren „werden wir mehr Europa haben. Allerdings, so hoffe ich, nur auf den Feldern auf die es ankommt.“ Markus Kerber: „Wir beschäftigen uns so intensiv wie nie zuvor mit unseren Nachbarn, kennen die Namen des griechischen Ministerpräsidenten oder wissen um regionale Konflikte in Katalonien.“ Kerbers Vorhersage: „Das führt am Ende zu einem tragfähigen europäischen Miteinander.“

Manfred Güllner: „Umfragen belegen nachhaltig, dass friedliche Nachbarschaft für die Menschen ein zentrales Qualitätskriterium für eine Europä-

ische Union ist. Darauf kann Politik aufbauen.“

Joachim Paul begründet seine Zuversicht mit der „Tatsache, dass für die Mehrzahl der jungen Menschen Europa längst selbstverständlich ist.“ Michael Vassiliadis fordert dennoch: „Wir sollten alle viel, viel stärker für den faszinierenden Gedanken eines gemeinsamen Europa werben, die Neugierte auf Europa reaktivieren.“ Das findet auch Werner Hoyer: „Auch und gerade wenn es kompliziert ist, muss man Europa erklären.“

Schlusswort Martin Schulz: „Diese Krise hat offen gelegt, dass es einen Abgrund gibt. In diesen Abgrund haben wir mehrfach geschaut. Deswegen wird die überwältigende Mehrheit der Leute sagen: Jede Re-Nationalisierung ist schlechter als ein schlechtes Europa – lasst uns lieber Europa besser machen.“

DIE EXPERTENINTERVIEWS



ELMAR BROK

DR. H.C. WOLFGANG CLEMENT

SIGMAR GABRIEL

DR. JÜRGEN GROßMANN

PROF. MANFRED GÜLLNER

WERNER HOYER

DR. MARKUS KERBER

PROF. DR. JÜRGEN KLUGE

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

DR. HELMUT LINSEN

PHILIPP MIßFELDER

KLAUS-PETER MÜLLER

DR. JOACHIM PAUL

MONIKA PIEL

DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

MICHAEL SCHMIDT

MARTIN SCHULZ

GABOR STEINGART

DR. WILLI STEUL

MICHAEL VASSILIADIS

DR. NORBERT WALTER-BORJANS



Elmar Brok

„Die Deutschen glauben, jeden Tag fahren Lastwagen mit ihrem Geld nach Griechenland“

Elmar Brok über eine europäische Vertrauenskrise und die konstitutionelle Zukunft der EU

ZUR PERSON

Der 1946 in Verl geborene **Elmar Brok** ist außenpolitischer Koordinator und Vorstandsmitglied der Europäischen Volkspartei (EVP). Brok studierte Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft in Edinburgh. Er engagierte sich in der Jungen Union sowie im Demokratischen Jugendverband Europas (DEMYC). Brok sitzt im Bundesvorstand der CDU. Er ist seit 1980 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Gilt auch für diese Krise: Sie bringt uns ein Stück nach vorn?

Die Krise kann das Projekt Europa gefährden, wenn wir sie nicht nutzen, einen höheren Integrationsgrad zu erreichen.

Um welche Sorte Krise handelt es sich?

Es handelt sich um eine Finanz- und – teilweise darauf aufbauend – Schuldenkrise. Der Ursprung war die Banken- und Finanzkrise von 2008, die zur Verschuldung der Staaten beigetragen hat. Sie mussten den Finanzsektor herauspauken – und sich dann dafür beschimpfen lassen, dass sie zu hohe Schulden haben. Die Politik hat die zu starke Liberalisierung des Finanzsektors zugelassen und es zuvor versäumt, im Sinne der sozialen Marktwirtschaft transnationale, ausreichend regulierende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ist die Balance von freiem und sozial verpflichtetem Markt jetzt erreicht?

Wir sind mit all den neuen Instrumenten – europäisches Semester, Six Pack, Two Pack, Fiskalpakt, – auf dem Weg. Das löst nicht die aktuellen Probleme, aber wenn wir die Krise überwunden haben, stehen Instrumente zur Verfügung, die vor fünf Jahren keiner für möglich gehalten hätte. Wir sind dann einigermmaßen

gegen eine Wiederholung gefeit. Insgesamt ist das Krisenmanagement gut gelaufen. Nur hat man nicht den Sprung geschafft, auch Wachstum zu generieren und damit soziale Konflikte zu lösen. An dieser gefährlichen Stelle stehen wir jetzt, da kann es noch brechen.

Erkennen Sie eine europäische Vertrauenskrise?

Diejenigen, die Gehälter und Pensionen gekürzt bekommen, machen dafür natürlich Brüssel oder die EU verantwortlich, nicht ihre eigene Regierung. Die faire Kommunikation fehlt auf beiden Seiten. Die Deutschen glauben, jeden Tag fahren Lastwagen mit ihrem Geld nach Griechenland. Dass es nur Bürgschaften sind und Länder wie Frankreich oder Italien auch erhebliche Beträge beisteuern, weiß kaum einer. Die anderen meinen, die Deutschen seien nicht solidarisch, was ebenfalls nicht richtig ist – wir haben uns mit einer Summe engagiert, die höher ist als ein Bundeshaushalt. Unter solchen Fehlwahrnehmungen leidet Europa.

Können Sie sich vorstellen, in einem integrierten Europa von einem Franzosen oder Italiener regiert zu werden?

In einem föderalen System ja, sofern die Kompetenzen entsprechend verteilt sind. Gegenwärtig haben wir

keinen europäischen Staat. Aber wir bewegen uns in die Richtung. Demnächst wird der Kommissionspräsident aus dem Ergebnis der Europawahlen hervorgehen, auf Dauer wird er Chef einer „europäischen Regierung“ sein und eine ganz andere Stellung haben als heute.

Und wenn die europäischen Bürger Martin Schulz zum Kommissionschef wählen, muss Angela Merkel darauf verzichten, einen deutschen Kommissar nach Brüssel zu schicken?

Ja.

Gibt es ein schützenswertes europäisches Modell?

Wir haben in den meisten EU-Ländern eine ganz gute Mischung aus Markt und sozialen Rahmenbedingungen, von Solidarität und Subsidiarität.

Auch im Unterschied zu den USA?

Der Unterschied zu den USA ist, dass bei uns nicht von vornherein klar ist, dass der ganze Verein zusammensteht. Kalifornien und Alabama sind „pleiter“ als Griechenland. Das Saarland und Bremen auch. Aber in beiden Systemen ist das Grundvertrauen da: Keiner geht pleite. Das fehlt auf europäischer Ebene noch – das ist der Kern der Krise.

Treibt die Krise die Menschen auseinander oder zusammen?

Das ist zwiespältig. Auf der einen Seite steht das Misstrauen: Die kosten mich Geld. Oder: Die helfen mir nicht genug. Auf der anderen Seite wächst das Bewusstsein der Bürger, dass kein Nationalstaat in diesen Zeiten allein zurecht kommt. Und die gemeinsame Währung zwingt uns, einander zu helfen – wenn auch zähneknirschend. In dem Sinne sind alle Euro-Mitglieder, auch so kleine wie Zypern, systemrelevant.

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Ja. Weil wir Institutionen geschaffen haben, mit der Verpflichtung, sich zu treffen und zu reden, weil also nicht mehr jeder wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 versucht, sich auf eigene Faust zu retten.

Was halten Sie von den Vereinigten Staaten von Europa?

Die Vision ist immer da, das haben wir als CDU ja selbst gefordert. Es geht nicht um den einen Staat, sondern um eine Vereinigung von Staaten. Unter dieser Prämisse finde ich den Begriff gut. Aber wir müssen ihn jetzt untermauern, indem wir das bisher Erreichte konsolidieren. Das geht weiter als die Krisenbewältigung. Wir haben in den vergangenen 25 Jahren Revolutionen erlebt: Binnenmarkt, Währungsunion, Erweiterung. Jetzt müssen wir das vertiefen, nicht gleich zu neuen Ufern der Gesetzgebung aufbrechen. Wir müssen mehr Wert darauf legen, nicht ständig neue Gesetze zu verabschieden, sondern dafür zu sorgen, dass die geltenden eingehalten werden. Implementierung ist entscheidend für unsere Glaubwürdigkeit als Rechtsgemeinschaft.

Ist die Parole von „Mehr Europa“ ein Holzweg?

Unsinn. Das reine Freihandelskonzept, die EFTA ist gescheitert. Das Konzept der Rechtsgemeinschaft hat gesiegt. Ein Binnenmarkt ist mehr als eine Zollunion. Ich halte aber nichts von „Finalität“, weil man eine Gemeinschaft von 30 Staaten nicht im Vorhinein definieren kann. Ich halte es mit Hallstein: Europa ist ein *creatio continua*.

Wie lautet Ihre konstitutionelle Formel für die Zukunft Europas?

Ein föderales System mit zwei Kammern, einer Staatenkammer und einer Bürgervertretung. Ich bin dagegen, dass das Europa-Parlament das alleinige Sagen hat. Ein Zentral-Parlament macht immer Zentral-Politik. Deswegen muss das ausbalanciert sein durch eine Staatenkammer.

Deutschland ist tonangebend beim Krisen-Management. Droht ein Rufschaden?

Hier liegt in der Tat ein Problem, dem wir entgegen treten müssen. Der Große muss nicht jeden Tag zeigen, dass er groß ist. Der Große kann sich leisten, nicht aufzutumpfen. Das ist vielleicht auch eine Generationenfrage. Wissen Sie, was Helmut Kohl sagte bei den Endverhandlungen des Amsterdamer Vertrags? In der letzten Nacht wird Deutschland auf Seiten der kleinen Länder stehen!



Dr. h.c. Wolfgang Clement

„Wir werden ‚mehr Europa‘
haben“

Wolfgang Clement über die
Mitgliedstaaten der EU und das
Krisenmanagement der Bundesregierung

ZUR PERSON

Dr. h.c. Wolfgang Clement, geboren 1940 in Bochum, war von 1998 bis 2002 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und von 2002 bis 2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit. Wolfgang Clement ist Buchautor und freiberuflicher Kolumnist, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte, Kuratorien und Beiräte nationaler und internationaler Unternehmen sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen. Seit Juli 2012 ist er auch Vorsitzender des Kuratoriums der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“.

Wie wird nach Ihrer Meinung Europa in zehn Jahren aussehen?

Wir werden „mehr Europa“ haben. Allerdings, so hoffe ich, ein „Mehr“ an Europa nur auf den Feldern, auf die es ankommt und für die bis dahin ein klarer Kompetenzkatalog vorhanden sein sollte. Der sollte nur solche Themen umfassen, für die die Kraft der Mitgliedstaaten nicht hinreicht und die zwingend gemeinsam beackert werden müssen.

Sind dann die heutigen Mitgliedstaaten noch alle dabei?

Ich sehe keinen Staat, der bis dahin aus der Union austreten wird. Auch Großbritannien dürfte dies nicht sein. UK braucht Europa und wir brauchen UK. Das Commonwealth ist schon lange nicht mehr, was er dereinst war. Und die USA, die manchmal wie eine britische Alternative für Europa aussehen, dürften auch kein Interesse an einem isolierten Britannien haben. In den bevorstehenden amerikanisch-europäischen Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen, das im allseitigen Interesse ist, wird sich dies erweisen.

Wird die Türkei dabei sein?

Das hoffe ich, ja! In zehn Jahren sollten jedenfalls die Präliminarien für eine Zugehörigkeit der Türkei zur EU klar sein. Und – um dies hinzuzufügen

– es sollte bis dahin auch ein geregeltes, beiderseits privilegiertes Verhältnis zwischen der EU und Russland bestehen. Das Verhältnis zu beiden Staaten ist für Europas Rolle in der Welt, wie sie sich entwickelt, von außerordentlicher Bedeutung.

Wie sollte der europäische Staatenbund künftig organisiert sein? Sind die „Vereinigten Staaten von Europa“ das angestrebte Ziel?

Ich halte mehr vom Schweizer Modell. Also von einer Union der Europäischen Staaten, die zur Sicherung von Frieden und Freiheit und zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen gemeinsam handeln, aber sich dazu strikt am Subsidiaritätsprinzip und der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten orientieren.

Was spricht im Detail für das Schweizer System?

Der Respekt vor dem Bürger als Souverän und das Selbstverständnis als eine „Willensnation“, die weder ethnisch noch sprachlich noch religiös eine Einheit ist und in der der Bund nur solche Aufgaben übernimmt, die „die Kraft der Kantone übersteigen oder einer einheitlichen Regelung bedürfen“. Ebenso steht es auch um die EU und so sollte es sich deshalb auch innerhalb der EU verhalten.

Welche Konsequenzen hätte das Einhalten dieser Prinzipien für die EU?

Es bedeutete weniger Gängelung durch die EU, mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten, nicht zuletzt für die eigenen Finanzen und die Budgethoheit. Sie könnte auch in der Währungsunion bestehen bleiben – allerdings unter der Voraussetzung, dass die gemeinsam vereinbarten Regeln der Währungsunion eingehalten werden und die Budgethoheit auch die Haftung einschließt. Mit anderen Worten: Es müsste auch eine geregelte staatliche Insolvenz möglich sein und ein geregelter Austritt aus der gemeinsamen Währung. Es gäbe keine bessere Sicherung gegen künftige staatliche Schuldenexzesse – kein europäischer Vertrag würde mehr Sicherheit vermitteln können!

Würde eine solche Insolvenz nicht automatisch die Partnerstaaten mit in den Abgrund reißen?

Nicht, wenn die Regeln einer geordneten Finanzwirtschaft gelten und die bisherige unheilige Allianz zwischen Staatsfinanzen und Kreditwirtschaft endgültig beendet ist, also vor allem auch die Kreditvergabe an die öffentlichen Hände mit entsprechendem Eigenkapital auf der Bankenseite unterlegt sein muss.

Welches sind nach Ihrer Einschätzung die Kompetenzen, die auf die europäische Ebene gehören?

Für das Geld- und Währungswesen, für Handel und Wettbewerb, für die Energieversorgung, für die Zuwanderung und einen mobilen europäischen Arbeitsmarkt sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik. Alles Weitere ist mitgliedstaatlich und intergouvernemental mit Kontrolle durch die nationalen Parlamente und gegebenenfalls im Wege einer „verstärkten Zusammenarbeit“ von Mitgliedstaaten machbar.

Sehen Sie den Euro aktuell als Bindeglied oder droht die wackelnde Gemeinschaftswährung die EU zu zerreißen?

Es ist ja nicht die Währung, die wackelt. Die ist die zweitstärkste und zweitwichtigste der Welt. Es wackelt vielmehr die Währungsunion, weil sie kein verlässliches zwischenstaatliches Fundament hat. Wenn das, wie geschildert, geschaffen wird, kann die EU stärker als zuvor aus der Staatsschuldenkrise hervorgehen.

Sind Sie mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden?

Im Prinzip ja, weil sie die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für die Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen und strukturelle Reformen zur Wiedergewinnung oder Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit allem anderen voran stellt. Darauf kommt es an. Ohne diese Haltung der Bundesregierung wären wir längst in einer europäischen Haftungsunion – und auch unsere Wettbewerbsfähigkeit und die weiterer Mitgliedstaaten wäre massiv gefährdet.

Das hat Deutschland aber in den Nachbarländern auch sehr viel Kritik eingetragen, nicht nur in Frankreich wurde zuletzt wieder das Bild des „hässlichen“ Deutschen

bemüht...

Das erlebe ich in der Lebenswirklichkeit anders. Wo ich hinkomme, innerhalb und außerhalb Europas, in politischen wie in privaten Runden, da werde ich stets nach den Geheimnissen unserer vergleichsweise guten wirtschaftlichen Lage gefragt. Und ich verweise stets auf den bei uns – noch – vorhandenen, recht kräftigen industriellen Sockel, auf unseren starken Mittelstand, auf die duale Berufsausbildung und auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft.

Sehen wir uns zu Recht als Vorbild für Europa oder kann Deutschland von seinen Nachbarn noch viel lernen?

Im Jahr 2005 nannte der britische „Economist“ uns den „kranken Mann“ Europas. Fünf Jahre später waren wir im selben Blatt der „Wachstumsmotor“ des Kontinents. Wenn wir das bleiben wollen, müssen wir noch viel reformieren und können dazu Einiges von unseren Nachbarn lernen. Von den skandinavischen Ländern vor allem, dass man mehr und besser in Wissenschaft und Forschung investieren muss und von Frankreich beispielsweise, wie eine Familienpolitik erfolgreich sein kann, die mit dem Ziel von Chancengerechtigkeit und Teilhabe mehr in die allgemeinen Strukturen zur Förderung von Erziehung und Bildung als in die einzelne Familie investiert.

Was hat Deutschland umgekehrt wirtschaftlich so stark gemacht?

Die Agenda 2010 mit den Arbeitsmarktreformen im Mittelpunkt, die unseren verrechtlichten Arbeitsmarkt wieder beweglich gemacht haben, und eine ausgesprochene, über zehn Jahre währende Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer, die dazu führte, dass es bei uns bis 2009 keinen Reallohnzuwachs gab, während die Lohnstückkosten in Südeuropa um bis zu 30 Prozent anstiegen. Jetzt stehen vor

allem Italien und Frankreich vor ähnlichen Aufgaben wie wir im Jahre 2003.

Aber wo liegt in Griechenland oder Spanien noch Wirtschaftskraft brach?

Auf etlichen Feldern, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der IT-Industrie, in den Häfen und in der Logistik, natürlich im Tourismus und in der Landwirtschaft. Vor allem aber brauchen diese Länder eine Stärkung des MINT-Sektors (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technologie) und einen Gründungsboom, also Gründungs- und Risikokapital, wesentlich weniger Bürokratie. Von europäischer Seite könnte dies – wie von Roland Berger vorgeschlagen – mit einem breiten, privat finanzierten Infrastrukturprogramm für Energie, IT, Schiene und Straße von und für alle Mitgliedstaaten, vorrangig natürlich für die südeuropäischen Staaten flankiert werden.

Was stimmt Sie zuversichtlich, dass Europa, bei aller Kritik, die beste Zeit noch vor sich hat?

Die Verantwortung, die wir Heutigen für die friedlichste, freiheitlichste, rechtsstaatlichste und wirtschaftsstärkste Region der Welt tragen, und die wir so, wie sie mit den darin vorhandenen Fähigkeiten und Möglichkeiten ist, an die weitergeben müssen, die uns nachfolgen.



Sigmar Gabriel

„Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung“

Sigmar Gabriel über Wege aus der Krise
und den Friedensnobelpreis für die
Europäische Union

ZUR PERSON

Sigmar Gabriel, geboren 1959 in Goslar, ist seit Dezember 2013 Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Der Bundesvorsitzende der SPD studierte Germanistik, Politik und Soziologie in Göttingen und wurde 1990 Abgeordneter des niedersächsischen Landtags. Von 1999 bis 2003 war er Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Seit 2005 ist Sigmar Gabriel Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2005 bis 2009 war er Bundesumweltminister.

Unter Euro-Krise verstehen die Menschen ganz unterschiedliche Dinge. Bankenkrise, Staatsschuldenkrise. Wo liegt für Sie die Krise Europas und wer sind die Hauptverantwortlichen?

Die Konservativen in Europa rund um Kanzlerin Merkel führen die Krise im Euroraum in erster Linie auf eine schlechte Haushalts- und Finanzpolitik in den betroffenen EU-Krisenstaaten zurück.

Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Richtig ist: Finanzpolitische Misswirtschaft und wirtschaftliche Strukturprobleme spielen zwar eine Rolle. Doch die zentrale Ursache der Krise ist die durch Spekulationen ausgelöste Banken- und Finanzkrise. Sie hat etliche Euro-Staaten dazu gezwungen, sich massiv zu verschulden (twin crisis). So galten Spanien und Irland vor der Finanzkrise noch als europäische Musterschüler. Diese Länder haben die Maastricht-Kriterien nämlich immer erfüllt, es aber mit der Finanzmarktaufsicht nicht so ernst genommen.

Die einseitige Analyse zieht einseitige Schlussfolgerungen nach sich: Die Konservativen setzen allein auf Rettungsschirme unter der Bedingung, dass eisern gespart wird. Damit wür-

gen sie das wirtschaftliche Wachstum ab, das notwendig wäre, um wieder auf die Beine kommen und die Schulden abzubezahlen.

Selbstverständlich brauchen wir eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Das heißt, dass Ausgabe- und Einnahmeseite fortlaufend überprüft werden müssen. Einseitig und ausschließlich auf Haushaltskürzungen zu setzen, kann aber auch in die Sackgasse führen. Das sehen wir ja gerade in Griechenland. Das Krisenmanagement der Bundesregierung hat die Krise somit noch verschlimmert.

Hat sich die Politik in zu starke Abhängigkeit vom Finanzsektor begeben?

Ja. Viele Staaten haben in der Vergangenheit ihre Wirtschaftsmodelle fast ausschließlich auf den Finanzsektor umgestellt, weil sie darin die Zukunft gesehen haben, und sich so abhängig gemacht. Der Finanzsektor war in der Situation, die Regeln diktieren zu können - eine zu laxen Regulierung war die Folge. Die Politik war darüber hinaus gezwungen, dem Finanzsektor in der jüngsten Krise mit enormen Rettungspaketen zu helfen. Deutschland hingegen wurde damals belächelt, als es seinen Fokus weiterhin auf der Realwirtschaft behalten hat. Wir ha-

ben - entgegen damaligen Trends - die deutsche Industrie gestärkt, und diese als Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg begriffen.

Selbstverständlich ist eine Interaktion von Staaten und Finanzmärkten grundsätzlich zu befürworten. So können Staaten über Finanzmärkte ihre Staatsschuld finanzieren.

Um gesehene Exzesse und Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden, fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten über eine Einführung der Finanztransaktionssteuer, eine Reduzierung der Systemrelevanz durch eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking sowie eine Regulierung des Schattenbanksektors.

In einer Forsa-Umfrage für BAPP verbinden nu3. In einer Forsa-Umfrage für BAPP verbinden nur neun Prozent der Deutschen mit Europa einen 60 Jahre währenden Frieden. Muss dieses Gut wieder mehr ins Bewusstsein?

Ja, denn dies ist die Grundidee eines vereinten Europas. In der langen Geschichte Europas gab es nur in den letzten 60 Jahren Frieden und Wohlstand - und auch das nicht überall,

wie die Beispiele Griechenland und Portugal zeigen. Niemand darf glauben, dass dies eine Selbstverständlichkeit ist. Schlimmere Alternativen sind immer denkbar.

Heute geht es in erster Linie um die Vorherrschaft der Politik vor den Finanzmärkten und um Europa insgesamt. Wir - Bürgerinnen, Bürger und Parlamente - entscheiden, wie wir zusammenleben wollen. Alles andere käme uns und unsere Kinder noch viel teurer zu stehen.

Gibt es ein europäisches Modell des Zusammenlebens? Was unterscheidet es von den USA, z.B.? Verbindet der Euro als Währung auch die Menschen?

Ja. Zu nennen ist hier in erster Linie der Europäische Sozialstaat, auf dessen Errungenschaften ich besonders stolz bin. Im Gegensatz zu den USA sind die Menschen bei uns gegen unverschuldete Widrigkeiten des Lebens abgesichert. Zudem ist der Anteil der „working poor“ an der Arbeitsbevölkerung bei uns weitaus geringer als in den Vereinigten Staaten. Für mich ist dies eine Frage danach, wie wir leben wollen.

Die Strategie Europa 2020 strebt weitere Verbesserungen auf angesprochenem Gebiet an, die eine Teilhabe der Bürger ermöglichen sollen: So soll die Beschäftigungsquote der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren auf mindestens 75% erhöht werden, der Anteil der Hochschulabsolventen auf mindestens 40%, sowie der Anteil der Schulabbrecher auf 10% gesenkt werden. Zudem wird eine Reduzierung der Bürger, die unterhalb der jeweils nationalen Armutsgrenze leben, um 25% reduziert werden.

Die Krise in der Eurozone, sowie die viel zu hohen (Jugend)-Arbeitslosenquoten, zeigt hier die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs an.

Hervorheben möchte ich auch die gemeinsamen Werte, welche wir Europäer teilen - Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte. Auch die politische Kultur ist sowohl in Deutschland als auch der Europäischen Union als Ganzes besser als ihr Ruf. Anders als beispielsweise in den Vereinigten Staaten ist das Klima bei uns nicht so vergiftet, dass eine Zusammenarbeit zwischen konkurrierenden Partnern bei wichtigen Themen nicht mehr möglich ist.

Der Euro als Währung soll die Menschen verbinden und verbindet sie auch - für viele ist es heute selbstverständlich, innerhalb des Währungsraumes kein Geld mehr wechseln zu müssen. Allerdings rücken die positiven Seiten der gemeinsamen Währung in der derzeitigen Krise in den Hintergrund. Aus diesem Grund bedarf es einer weiteren Integration: Ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik kann es keine gemeinsame Währung geben. Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung, die ökonomischen und sozialen Fortschritt in Europa organisiert.

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Die EU hat den Friedensnobelpreis verdient, da sie Frieden für die Menschen auf dem in Kriegsjahrhunderten verwüsteten Kontinent geschaffen hat. Die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ist wohl das dramatischste Beispiel der Geschichte dafür, dass Krieg und Konflikt sich in kurzer Zeit in Frieden und Zusammenarbeit verwandeln können. Nicht zu unterschätzen ist auch der Beitrag, den die Union für die Verbreitung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa und anderswo auf der Welt geleistet hat. Zudem ist der Friedensnobelpreis gerade jetzt in der Krise ein Zeichen dafür, dass wir

zusammenstehen, dass Erreichte hüten und das Geschaffene verbessern müssen. Mehr Europa ist die Lösung der Krise.

45 Prozent geben in der Forsa-Umfrage den Politikern die Schuld an der Euro-Krise. Haben sie Recht?

Den Politikern pauschal die Schuld an der Krise in der Eurozone zu geben, halte ich für ungerecht und undifferenziert. Selbstverständlich war es unzureichend, eine gemeinsame Währung ohne eine verstärkte wirtschaftliche Integration und damit einhergehender gemeinsamer Regeln einzuführen. Ursächlich hierfür sind sicherlich auch unterschiedliche politische Kulturen in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Darüber hinaus ist auch das Design des Stabilitäts- und Wachstumspakts anzuprangern, welcher über nicht ausreichende Durchgriffsrechte verfügte.

Aktuell rächt es sich in erster Linie, dass die Bundeskanzlerin lange Zeit mit oberlehrerhafter Attitude und ohne jedes Mitgefühl gegenüber den Leidtragenden der drastischen Kürzungspolitik in den Krisenstaaten aufgetreten ist. Hinzu kamen beschämende Aussagen der Mitglieder der Regierungskoalition, die verkündeten, dass jetzt „in Europa Deutsch gesprochen“ wird. All dies hat dazu beigetragen, dass die Krise in der Öffentlichkeit als Staatsschuldenkrise wahrgenommen wurde, an der die Politiker der betreffenden Länder Schuld tragen.

In Frankreich wächst bereits wieder die Furcht vor einem starken Bismarck-Deutschland. Welche Rolle haben wir in einem zukünftigen Europa?

Wir Deutschen sind uns offenbar noch nicht ausreichend im Klaren darüber, dass bei fast allen unseren Nachbarn wahrscheinlich noch für viele Genera-

tionen ein latenter Argwohn gegen die Deutschen besteht. Eine anhaltend dominante Rolle, wie wir sie jetzt in der Krise einnehmen, würde auf uns zurückschlagen und letzten Endes in einem Weniger an Europa resultieren. Zudem möchte ich betonen, dass Deutschland keinen ökonomischen Imperialismus verfolgt.

Daher muss es in unserem eigenen Interesse sein, dass alle Staaten in Europa gleichberechtigt zusammenarbeiten. Deutschland braucht Europa (vgl. Frage 9) - jedoch braucht ein starkes Europa auch ein starkes Deutschland.

Wo könnten wir noch von Wirtschafts- und Sozialsystemen unserer Nachbarn lernen?

Hier gibt es eine Reihe von Beispielen. Exemplarisch hervorheben möchte ich das skandinavische Bildungssystem ebenso wie die dort praktizierte „Flexicurity“, welche das flexible Einstellen und Entlassen von Arbeitnehmern erlaubt, gleichzeitig jedoch auf die soziale Förderung von Arbeitslosen sowie die intensive Vermittlung einer neuen Beschäftigung setzt. Ein derartiges Modell agiert als Puffer in einer Rezession, erzeugt geringere langfristige soziale Kosten, und führt zu einem schnelleren Wirtschaftsaufschwung nach einer Krise.

Darüber hinaus ist das französische System der Kinderbetreuung lobend herauszugreifen. Eine Quote von 80 Prozent berufstätiger Frauen gibt dem flexiblen System vielfältiger und umfassender Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie z.B. der Subventionierung von Unternehmenskrippen, recht.

Ist der Weg zurück zur D-Mark eine Option?

Nein. Kein Land profitiert dermaßen von der Europäischen Integration und dem Euro wie Deutschland. Deutsch-

land setzt knapp 60% seiner Waren in den Mitgliedstaaten der Währungsunion ab. Ohne den Euro hätte das Land seine Exporte wohl nie derart steigern können.

Eine Wiedereinführung der Deutschen Mark würde deutsche Exporte massiv verteuern. Die deutsche Wirtschaft würde schrumpfen, die Arbeitslosigkeit zunehmen. Zahlreiche Studien - von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der schweizerischen UBS und zuletzt von der Unternehmensberatung McKinsey - weisen nach, dass die Währung den Wohlstand in den 17 Euro-Ländern vermehrt - laut McKinsey allein im Jahr 2010 um 332 Mrd. Euro oder 3,6% des Eurozonen-BIP. Der Effekt für die deutsche Wirtschaft betrug danach 165 Mrd. Euro. Eine Rückkehr zur Deutschen Markt ist demnach sowohl ökonomisch, aber vor allem auch politisch keine Option.

Könnte ein Europa der zwei Geschwindigkeiten der Königsweg sein, um das Nord-Süd-Gefälle zu überwinden?

Wir haben bereits heute ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, darüber sollte man sich keine Illusionen machen. So haben einige Mitgliedstaaten der Union den Euro als Währung eingeführt, andere nicht. Wiederum sind einige Mitgliedstaaten dem Schengen-Raum beigetreten, während andere Staaten das Protokoll nicht ratifiziert haben. Weitere Beispiele lassen sich finden. Aus diesem Grund wird in Zukunft kein Weg daran vorbeiführen, eine stärker differenzierte Union zu gestalten.

Gibt es irgendetwas, das Sie zuversichtlich stimmt, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

Ich verstehe nicht, warum wir alles Erreichte, was bis vor ein paar Jahren noch als weltweit einzigartiges Modell galt, jetzt in der Krise aufgeben wollen.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat, wenn wir entsprechende Reformschritte unternehmen. Dass auch die Menschen daran glauben, zeigt eine jüngst veröffentlichte Umfrage, wonach 69 Prozent der Deutschen an den Euro glauben, während nur 27 Prozent wieder zur D-Mark zurückwollen. Zum Vergleich: Noch im Jahr 2012 lehnte jeder Zweite die Gemeinschaftswährung ab. Selbstverständlich ist dies zum Teil auch auf die gute Entwicklung der deutschen Wirtschaft zurückzuführen, zeigt aber auch umso mehr die Notwendigkeit einer verstärkten europäischen Integration an, welche die Mitgliedstaaten, die sich aktuell in der Krise befinden, wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückführen kann. Es ist kein Geheimnis, dass Wirtschaftswachstum/persönliches Wohlergehen eng mit der Zufriedenheit über und der Zustimmung zu politischen Projekten verknüpft sind.



Dr. Jürgen Großmann

„Mit der Einführung des Euro
wurde keine politische Union
errichtet“

Jürgen Großmann zu europäischer
Identität und den außenpolitischen
Herausforderungen Europas

ZUR PERSON

Dr. Jürgen Großmann wurde 1952 in Mülheim an der Ruhr geboren. Nach seiner Promotion arbeitete Großmann in verschiedenen Positionen bei der Klöckner-Werke AG, zuletzt als Vorstandsmitglied. 1993 wurde er Geschäftsführender Gesellschafter der Georgsmarienhütte, deren Alleingesellschafter er heute ist. Von 2007 bis 2012 war Großmann Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns RWE.

Ist die gegenwärtige Krise schlimmer als frühere, bedroht sie möglicherweise das Projekt Europa?

Die aktuelle Krise ist vielleicht nicht dramatischer als frühere – neu ist, dass diverse nationalstaatliche Konflikte fast zeitgleich den Zusammenhalt Europas angreifen. Das Krisenbewusstsein der Menschen führt zu einer Rückbesinnung auf vermeintliche nationale Stärke oder Identität. Maßgeblich tragen die nationalen Medien dazu bei, das Projekt Europa voranzutreiben oder zu bedrohen: Ihre veröffentlichte Meinung von „Kosten und Nutzen“ der Europäischen Union bestimmt maßgeblich die Stimmungslage und damit die nationalen Wahlergebnisse. Wie man ja gerade in Italien gesehen hat.

Viele Menschen setzen die Europa mit der Euro-Krise gleich...

Kurzfristig betrachtet ist der ökonomische Aspekt sicherlich dramatischer. Aber im Kern leidet Europa unter einer Sinnkrise. Seit dem Lisabon-Vertrag, der schon 13 Jahre zurückliegt, fehlt eine neue Zieldefinition. Wir kurieren an Symptomen herum, im Vordergrund stehen meist nationale Interessen, statt Europa einen übergeordneten Sinn zu geben.

Eine Forsa-Umfrage im Auftrag von

BAPP stützt Ihre These. 32 Prozent der Deutschen assoziieren mit Europa die „Euro-Krise“. Nur 19 Prozent „offene Grenzen“ und neun Prozent „dauerhaften Frieden“...

Die derzeitige Verunsicherung zeigt deutlich die Grundprobleme in Europa auf. Mit der Einführung des Euro wurde keine politische Union errichtet. Außerdem wurden die Eintrittsvoraussetzungen nicht 100 prozentig umgesetzt, und bei ersten Krisen auch die Mechanismen gebeugt. So war Deutschland ja auch ein „Defizitsünder“. Die Finanzkrise war ein Katalysator für die jetzige Vertrauenskrise, die „gefühlte Transferunion“ wird von vielen Bürgern als ungerecht empfunden.

Wie wichtig ist eine Regulierung der Banken für die künftige Stabilität Europas?

Diese Frage muss man differenziert beantworten. Einen großen Anteil an der Schuldenkrise heben sicher die Notenbanken mit ihrer Politik des billigen Geldes, das angeblich Wachstum befeuern soll. Dabei entsteht organisches Wirtschaftswachstum nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen: Innovationskraft, Produktivität, Konkurrenzfähigkeit.

Die Gier nach immer höheren Renditen hat im Finanzsektor zu hochspe-

kulativen Anlageangeboten geführt, die nicht durch Grundgeschäfte unterlegt waren. Die Banken jetzt jedoch zum alleinigen Auslöser der Eurokrise zu machen, ist mir zu simpel. Wir sollten darauf achten, bei der versuchten Regulierung das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Wie meinen Sie das?

Wir brauchen starke Banken in Europa für einen starken Mittelstand. Bestimmte Finanzprodukte wie zum Beispiel Waretermingeschäfte sind für international agierende Unternehmen wichtig, sie sind dort mit echtem Geschäft hinterlegt. Stärkere Regulierung bedeutet jetzt höhere Kosten, mehr Verwaltung und höhere Kreditkosten. Auch eine pauschale Bankenabgabe wird dazu führen, dass sich die Lage vieler Mittelstandsfinanzierer verschlechtert und es zu massiven Preiserhöhungen kommt.

Können Sie verstehen, dass sich viele deutsche die D-Mark zurückwünschen?

Verstehen ja, es wird ja vielfach die Nostalgie gepflegt, wenn z.B. immer noch Preisschilder mit D-Mark-Preisen an manchen Produkten kleben. Aber die Fakten sagen etwas anders: Laut einer McKinsey-Studie liegen die Vorteile der Gemeinschaftswäh-

rung für den gesamten Wirtschaftsraum Europa bei etwa 340 Milliarden Euro im Jahr. Gut die Hälfte davon bekommt Deutschland ab. Unsere historisch niedrige Arbeitslosenquote geht zu einem guten Teil auch auf den Euro zurück. Um die Unumkehrbarkeit noch mit einem praktischen Beispiel zu verdeutlichen: Sie können aus fünf Eiern ein Omelette machen, aber aus dem Omelette nachher nicht wieder fünf Eier!

Wie müsste nach Ihrer Meinung die EU der Zukunft aussehen? Wie die Vereinigten Staaten von Europa?

Für mich ja. Das habe ich schon bei früheren Gelegenheiten betont: I'm a Federalist! Wir brauchen eine europäische Zentralregierung unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Es genügt eine gemeinsame EU-Armee mit einem Verteidigungsminister, Kriege konventioneller Art unter den europäischen Staaten sind doch praktisch ausgeschlossen. Ein EU-Außenminister sollte die Politik der Gemeinschaft weltweit vertreten. Bildungs- und Sozialpolitik muss dagegen in der Hoheit der Nationalstaaten bleiben.

Braucht ein vereintes Europa eine gemeinsame Sprache?

Auf der Führungs- und Verwaltungsebene sicher, vielleicht nicht eine sondern zwei oder drei. Englisch bietet sich als erste Verkehrssprache an. Es kann jedenfalls nicht sein, dass bei der EU mehr als 20 Übersetzer in Vollzeit angestellt sind, um Debatten und Schriftverkehr ins Maltesische zu übersetzen. Wo doch jeder weiß, dass auf Malta alle Englisch sprechen...

Die Nationalsprachen dürfen von einer solchen „Amtssprache“ als Kulturerbe allerdings nicht beeinflusst werden. Ich bin stolz auf unsere deutsche Sprache und möchte nicht eines Tages Schiller oder Goethe in englischer Übersetzung lesen müssen.

Wie sehen Sie die Führungsrolle Deutschland in Europa?

Grundsätzlich bin ich mit dem Krisenmanagement von Frau Merkel zufrieden. Ich halte es aber mit Bundespräsident Gauck, der gesagt hat: Ich wünsche mir kein deutsches Europa, sondern ein Europäisches Deutschland.

Überschätzen wir Deutschen uns?

In einigen Bereichen ganz sicher. Wir haben noch immer eine steigende Staatsverschuldung, der Wirtschaftsaufschwung bewegt sich auf dünnem Eis. Einige europäische Nachbarn sind da wesentlich erfolgreicher. Die Schweizer präsentieren einen ausgeglichenen Staatshaushalt, am finnischen Bildungssystem sollten wir uns ein Beispiel nehmen. Um uns herum sind einige Staaten, die wissen, wie man einen Großflughafen plant, eine Elbphilharmonie baut oder das Projekt Stuttgart 21 erfolgreich umsetzt.

Wo liegen außenpolitisch die größten Herausforderungen für Europa?

Da ist zunächst die Bedrohung unserer Kultur durch aggressive Weltreligionen wie den Islam. Man muss abwarten, ob und wie sich Russland stabilisiert. Mit Sorge betrachte ich auch den von einigen Politikern in Deutschland so bejubelten arabischen Frühling. Dort kämpfen 100 Millionen Menschen um eine bessere Zukunft.

Die Blüte Westeuropas haben wir der amerikanischen Hegemonie zu verdanken, es bleibt abzuwarten, ob die Amerikaner weiterhin die Hand über uns halten. Und schließlich sind da noch Staaten wie China oder Indien, die mit unglaublicher Dynamik auf die Weltmärkte drängen. Wir müssen aufpassen, im Wettbewerb nicht gnadenlos zurückzufallen.

Bei aller Kritik – wo können wir schon stolz auf das Projekt Europa sein?

Meine drei Kinder leben einen europäischen Alltag vor, auf den ich stolz bin. Meine älteste Tochter verbringt die Ferien mit französischen Freunden. Die jüngste macht jetzt ihr TU-Auslandssemester in Finnland. Wir fuhren früher mit dem Interrailticket durch die Nachbarländer, inzwischen ist Europa wirklich zusammengewachsen. Die junge Generation berechtigt zu Optimismus!



Prof. Manfred Güllner

„Die Leute wünschen sich in
der EU vor allem schnellere
Entscheidungsprozeduren“

Manfred Güllner über die Komplexität der
Eurokrise und was man von europäischen
Nachbarn lernen kann

ZUR PERSON

Professor Manfred Güllner, geboren 1941 in Remscheid, ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa. Nach dem Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Betriebswirtschaft war er unter anderem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Köln. 1984 gründete er forsa und etablierte das Unternehmen als eines der führenden deutschen Meinungsforschungsinstitute. Seit 2004 ist Güllner Honorarprofessor für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Stellt die aktuelle Krise in Europa die Gemeinschaft der 27 Staaten in Frage?

Ich sehe keine grundsätzliche Bedrohung. Die Umfragen in Deutschland zeigen, dass die Menschen unvermindert Europa-freundlich sind. Von jeher war diese positive Haltung aber auch von einer gewissen Skepsis gegenüber dem Euro begleitet. Diese war aber in den Zeiten vor der Abschaffung der D-Mark wesentlich höher.

Erleben wir eine Krise Europas oder des Euros?

Diese Differenzierung ist für die Menschen nicht mehr möglich. Für sie ist es eine nicht mehr durchschaubare, abstrakte Krise. Weder Politiker noch Fachleute können ihnen nachvollziehbar erklären, was passiert. Bei der Bankenkrise 2008/09 erschien es leichter, die Zusammenhänge zu begreifen. Da waren Banken in Schieflage, die direkten Auswirkungen konnte jeder beobachten.

Was ist heute komplizierter?

Nehmen Sie das Beispiel Zypern. Eigentlich hat das europäische Krisenmanagement nichts mit dem Konto des deutschen Sparerers zu tun. Dann kommt in Zypern die Sonderabgabe für private Einlagen. Viele Bürger

fragen sich daraufhin, ob das auch bei uns passieren kann, ob ihr Geld aktuell noch sicher ist, ob man sich weiter auf seine Altersversorgung verlassen kann.

Es entstehen Ängste bis in den Alltag hinein. Viele Menschen sorgen sich, ob bei den Hilfszusagen für notleidende Nachbarstaaten noch Geld für klamme Kommunen in Deutschland übrig bleibt, ob künftig noch Schlaglöcher geflickt und Klassenräume gestrichen werden können.

Welchen Einfluss wird das auf die politische Willensbildung haben?

Umfragen belegen, dass sich der frühere Zusammenhang zwischen ökonomischer Situation und Einstellung zur Politik entkoppelt hat. Man gibt Politikern heute nicht mehr die Schuld an der Krise. Schon für die Bankenkrise 2008 hat man sie nicht verantwortlich gemacht. Die meisten Menschen führen die aktuelle Lage auf eine entfesselte Globalisierung zurück. Daraus ergibt sich als Konsequenz aber auch, dass positive Entwicklungen ebenfalls nicht auf die Politik zurückgeführt werden. Die Parteien profitieren nicht vom Aufschwung.

Sind die Banken verantwortlich und müssen strenger reglementiert

werden?

Die Bürger sagen ja, die Unternehmer auch. Aber es fehlt der Durchblick im Detail, die Forderung nach Regulierung ist ziemlich populistisch. Festzuhalten bleibt, dass die Banken extrem an Vertrauen verloren haben. Allerdings gibt es einen Krisengewinner: die früher als altbacken kritisierten Sparkassen. Die gelten vielen jetzt als letzter Hort der Sicherheit.

Wie denken die Menschen über das Krisenmanagement der Bundesregierung?

In der Mehrheit sind sie sehr zufrieden. Das erklärt auch die hohe Popularität von Angela Merkel. Die Kanzlerin erweckt nicht den Eindruck, als könne sie Rezepte für die nächsten 20 Jahre liefern, sondern geht pragmatisch an die Dinge heran. Sie fährt sozusagen auf Sicht. Den Menschen gibt sie aber damit das Gefühl, alles zu tun, um die negativen Folgen der Eurokrise abzumildern.

Bei unseren Nachbarn hat das konsequente Handeln eher das Bild des „hässlichen Deutschen“ mit Hitlerschnurbart und Pickelhaube provoziert...

Bei unseren Nachbarn ist vieles noch nicht vergessen, was die Deutschen gerne zu vergessen und zu verdrängen

gen suchen. Diese Ressentiments werden zu den verschiedensten Anlässen immer wieder belebt. Vielleicht schwingt dabei auch die Angst mit, dass bei uns Deutschen doch nicht alle negativen Eigenschaften ausgerottet sind.

Wären die Deutschen schon so weit, in einem vereinten Europa einen Engländer oder Franzosen als Regierungschef anzuerkennen?

Bei einer Fortentwicklung Europas wäre das möglich. Für uns war die Aussöhnung mit den Nachbarn nach dem Krieg ein wesentlicher Schritt. Deutschland ist vom Staat der Untertanen zum Land der Staatsbürger geworden. Ein vereintes Europa ist Synonym für den Friedenprozess, die europäische Solidarität haben die meisten Deutschen verinnerlicht.

Welches Modell des Zusammenlebens wäre am ehesten mehrheitsfähig?

Bestimmte Politikfelder wie Außen- oder Wirtschaftspolitik sähen die Menschen sicher unproblematisch in Europa, bei der Sozialpolitik würde es schwieriger. Die Leute wünschen sich in der EU vor allem schnellere Entscheidungsprozeduren.

Sind die „Vereinigten Staaten von Europa“ das anzustrebende Ziel?

Dagegen spricht schon die Sprachenvielfalt. In den USA teilen die Menschen eine Sprache, Einwanderer müssen sich schnell anpassen. Die Kleinteiligkeit Europas setzt sich dagegen in allen Bereichen der Gesellschaft und Kultur fort.

Hält der Euro jetzt zusammen, was zusammen gehört? Oder wird er zum Sprengsatz der Gemeinschaft?

Die aktuellen Umfragen zum Euro zeigen, dass die Mehrzahl der Menschen in Deutschland der Gemeinschaftswährung eine Zukunft gibt. Nur ganz wenige träumen von einer Rückkehr

zur D-Mark. Viele junge Leute haben das Geldtauschen an jeder Landesgrenze nie kennengelernt, sie schätzen die Freizügigkeit.

Was können wir uns noch von den europäischen Nachbarn abschauen?

Sehr viel, zum Beispiel die Wahlbeteiligung. In Skandinavien, genauer in Schweden und Dänemark, liegt sie bei 85 bzw. 87 Prozent. Bei uns bleibt ja bei manchen Wahlen oft schon fast jeder zweite Wahlberechtigte zu Hause.

Woran liegt das?

Über die Wähler bei uns wissen wir fast alles, über die Nichtwähler gibt es kaum Forschungen. Erst in den letzten Monaten haben wir zwei Studien auf den Weg gebracht. Beim dänischen System sind mir aus eigener Anschauung zwei Dinge aufgefallen. Erstens ist am Wahltag das ganze Land in positivem Aufruhr, überall wo wir als Besucher hinkamen, wurden wir gefragt: „Wisst Ihr, dass heute gewählt wird. Heute ist ein wichtiger Tag in Dänemark!“ Zweitens hat man dort freundlichere Begriffe für die politische Agenda gefunden. Das Prinzip des Förderns und Forderns in der Sozialpolitik, das bei uns abschreckend unter „Hartz IV“ firmiert, heißt in Dänemark „Flexicurity“ und beschreibt damit nett klingend die Verbindung aus Flexibilität und Sicherheit.

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa die beste Zeit noch vor sich hat?

Umfragen belegen nachhaltig, dass friedliche Nachbarschaft für die Menschen ein zentrales Qualitätskriterium für eine Europäische Union ist. Darauf kann Politik aufbauen. Wir werden aber im Kern des Staatenbundes eine Renaissance der kleinen Einheiten erleben. Es lässt sich eine starke Rückbesinnung der Menschen auf ihr unmittelbares Lebensumfeld

beobachten.

Gleichzeitig wissen die meisten, dass es einen starken Zusammenschluss wie Europa in einer schwieriger werdenden globalisierten Welt geben muss. Deshalb werden in Deutschland zum Beispiel europafeindliche Parteien wie „Alternative für Deutschland“ keinen wahlentscheidenden Einfluss erlangen.



Werner Hoyer

„Es rächt sich jetzt furchtbar,
dass wir Europa nie richtig
erklärt haben“

Werner Hoyer über nationalstaatliches
Denken und europäisches
Gemeinschaftsgefühl

ZUR PERSON

Dr. Werner Hoyer ist Präsident der Europäischen Investitionsbank. Er wurde 1951 in Wuppertal geboren und studierte zunächst Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln. Während seiner Zeit als Bundestag-
sabgeordneter von 1987 bis 2011 war er unter anderem Parlamentarischer Geschäftsführer und sicherheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Von 2009 bis 2012 war Dr. Werner Hoyer Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Krise bringt Fortschritt – gilt die europäische Bauernregel in der derzeitigen Lage?

Ich halte die Bauernregel für richtig – dass Krisen immer einen katalytischen Effekt gehabt haben und Europa dadurch vorangekommen ist. Die Geschichte der europäischen Integration ist wie eine Echternacher SpringprozeSSION: Die Anzahl der Schritte nach vorn war immer größer als die der Schritte zurück. Diesmal muss man zum ersten Mal die Befürchtung haben, dass der Vektor gedreht ist und es rückwärts geht. Das ist die große Gefahr. Wir sind am Ende der Tragfähigkeit des alten europäischen Narrativs. Das Friedensprojekt begeistert mich nach wie vor. Aber damit komme ich bei jungen Leuten nicht mehr durch. Es gibt das neue Narrativ, aber es wird nicht ausreichend, mit politischer Führungskraft verbunden, vorgetragen.

Um welche Art Krise handelt es sich?

Wir haben eine Bankenkrise, eine Staatsverschuldungskrise, teilweise auch eine Schuldenkrise der Gesellschaften, nicht nur des Staates. Wir haben in der Integration eine mangelnde Kongruenz von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung. Deswegen sind wir in einem perma-

nenten Prozess der Nachbesserung. Dabei ist manches möglich, was vor zehn Jahren undenkbar gewesen wäre. Aber wir stoßen nicht zum Kern der Sache vor: der Frage nach der politischen Union. Was man gemacht hat bei der Verstärkung des Stabilitätspaktes und beim Aufbau einer Bankenunion, ist alles richtig. Nur muss man der Sache eine demokratische Legitimation geben, die mir bislang zweifelhaft erscheint.

Wo liegt die Hauptverantwortung?

Es rächt sich jetzt furchtbar, dass wir Europa nie richtig erklärt haben. Dass die Bürgerinnen und Bürger die Mechanismen nicht richtig verstehen. Auch und gerade wenn es kompliziert ist, muss man es erklären. Im Zusammenhang mit der Währungsunion sind große Fehler gemacht worden, die jetzt auf Europa insgesamt überschwappen.

Ist Politik nur noch der Spielraum, den der Finanzsektor lässt?

Das klingt mir zu sehr nach Slogan. Wahr ist, dass es für die Märkte ein unzureichendes Regelwerk gab. Das Problem liegt aber nicht allein bei der Privatwirtschaft – in Deutschland waren es vor allem staatliche Banken, die das Unheil angerichtet haben. Die Politik hat nicht durchschaut, dass Fi-

nanzprodukte auf den Markt gebracht wurden, die schon von den Kundenberatern der Sparkassen nicht mehr verstanden wurden. Was jetzt unternommen wird, kommt zu spät, aber es ist richtig.

Reichen die Maßnahmen, um einen Rückfall zu verhindern?

Das kann ich nicht sagen. Es ist wie bei der deutschen Einheit: Das Drehbuch fehlt. Wir sind in einem Trial-and-Error-Prozess. Wenn man berücksichtigt, dass es keine Betriebsanleitung gibt, finde ich nicht schlecht, was gemacht wurde. Es stellt sich aber heraus, dass die notwendigen Prozesse in den Mitgliedstaaten auch Zeit brauchen. Das ist, auch in Deutschland, unterschätzt worden. Man muss aber die Menschen in allen betroffenen Ländern mitnehmen. Diejenigen, die teilweise enorme Opfer auf sich nehmen, und die in den Ländern, wo ein großer Teil der finanziellen Lasten getragen werden muss. Ein Hauptproblem ist die unerträglich ungleiche Lastenverteilung in den Programmländern. Die Politik sollte stärker darauf hinweisen, dass es dort viele gibt, die enorm profitiert haben und kaum an den Lasten beteiligt werden.

In welchem Maße haben wir schon eine allgemeine europäische Ver-

trauenskrise?

Der Vertrauensverlust geht sicher über den Finanzbereich weit hinaus, erfasst beispielsweise auch das Schengen-System. Das halte ich für eine große Errungenschaft, aber man darf die Folgen für die Menschen nicht aus den Augen verlieren. Wir haben in Europa viele Dinge schön geredet.

Können Sie sich vorstellen, in einem föderalen Europa von einem Franzosen, Briten oder Italiener regiert zu werden?

Ich kann mir das vorstellen. Wobei immer sichergestellt sein muss, dass alle Nationen und Regionen am Gesamtgebilde beteiligt sind. Aber die Realität, auch in den europäischen Institutionen, lässt mich an meinen Träumen oft zweifeln. Ich bin teilweise erschüttert, wie viel primitives nationalstaatliches Denken da stattfindet. Ich würde mir wünschen, dass die Amtsträger in den Institutionen nicht für Angelegenheiten ihres Heimatlandes zuständig sind.

Vor 20 Jahren hatten wir die Sorge, ob wir die kulturelle Vielfalt erhalten können. Diese Sorgen haben sich als überwindbar erwiesen – ein toller Erfolg der Abteilung Vielfalt. Bei der Abteilung Einheit hapert es.

Gibt es ein europäisches Gemeinschaftsgefühl?

In den Mitgliedstaaten feiert das Nationalbewusstsein fröhliche Urstände, eine blödsinnige Zahlmeister-Diskussion fördert das noch. Auf der anderen Seite überqueren die Menschen selbstverständlich ständig die Grenzen und fühlen sich denen auf der anderen Seite viel mehr verbunden als von ihnen getrennt. Was wir nicht hinbekommen haben, ist die überzeugende Balance zwischen Solidarität und Subsidiarität – immerhin ein Prinzip, das der europäischen Integration, der katholischen Soziallehre und dem Liberalismus gemeinsam ist. Deswegen ist die Debatte über

die „Transferunion“ so schräg: Die Europäische Union ist auf dem Transfer-Gedanken aufgebaut. Der Grundgedanke zielt seit den Römischen Verträgen auf Kohäsion – auf den Aufbau des Binnenmarkts und den Ausgleich zu großer Divergenzen. In der Diskussion der letzten anderthalb Jahrzehnte wurde der Subsidiaritätsgedanke missbraucht für einen Streit über Kompetenzen. Dabei ist es das Komplement zur Solidarität.

Verbindet der Euro die Bürger, oder trennt er?

Der Euro erleichtert dem Bürger den Grenzübertritt – nichts zuletzt deswegen wollen ja weiter viele in die Währungsunion hinein. Und auch bei den Skeptikern spüre ich nirgendwo Lust auf Rückabwicklung.

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Ja. Aber ich hätte den Präsidenten des EuGH zur Entgegennahme nach Oslo geschickt. Der Charakter der EU als Rechtsgemeinschaft ist für uns als Bürger wichtig, für die wirtschaftliche Entwicklung und für das friedliche Zusammenleben. Das wird häufig unterschätzt. Als Rechtsgemeinschaft haben wir große Fortschritte gemacht. Darauf können wir stolz sein. Der Europäische Gerichtshof wäre mein Kandidat für den Nobel- oder Karlspreis!

Was halten Sie von der Vision der Vereinigten Staaten von Europa?

Die USA sind aus der Not entstanden, begründet von Menschen, die nicht nur als Rechtssubjekte, sondern in vielerlei Beziehung gleich sein wollten. Es ging darum, eine Einheit zu bilden. Der europäische Gedanke ist: aus der Stärke der Einheit heraus die Vielfalt zu wahren.

Brauchen wir „mehr Europa“?

Im Prinzip ja, nicht zuletzt, um dem konkreten Handeln mehr Legitima-

tion zu verschaffen. Kompetenzen kann man im Einzelfall rückübertragen. Das tun wir in Deutschland auch. Aber wenn das neue europäische Narrativ weniger von der Überwindung interner Konflikte geprägt ist als von der Selbstbehauptung.

in der Globalisierung, dann brauchen wir den Mut zum Sprung. Wenn wir nicht irgendwann zu einer Situation kommen, wo eine Parlamentsmehrheit eine Regierung trägt, haben wir ein echtes Legitimationsproblem. Und solange dieses Problem nicht gelöst ist, müssen die Nationalstaaten ihre starke Rolle behalten.

Sind wir wegen des deutschen Gewichts als Wirtschaftsmacht in der Wahrnehmung der Partner auf dem Weg zum „hässlichen Deutschen“?

Viele einschlägige Vorwürfe sind ungerichtet. Aber Größe, klassische Macht, wirtschaftliche Macht, Geographie haben ihre psychologische Wirkung. Die Deutschen sind gut beraten, das nicht außer Acht zu lassen. Der Erfolg der deutschen Europa-Politik beruhte immer wesentlich darauf, dass wir unsere besten Verbündeten bei den kleinen Partnerstaaten hatten.



Dr. Markus Kerber

„Die Bankenrettung war
notwendig“

Markus Kerber über die Hauptverantwortlichen der Krise
und das Vertrauen in die europäische Idee

ZUR PERSON

Dr. Markus Kerber ist seit Juli 2011 Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI). Von 1998 bis 2009 war Kerber bei der GFT Technologies AG in Stuttgart unter anderem als Finanzvorstand und als Aufsichtsratsmitglied tätig. Im Bundesministerium des Innern leitete er von 2006 bis 2009 die Abteilung Grundsatzfragen und internationale Analysen. Von 2009 bis 2011 war er Abteilungsleiter für finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen im Bundesministerium der Finanzen in Berlin.

Ist die aktuelle Krise Europas gefährlicher für den Fortbestand der Gemeinschaft als frühere?

Die Situation hat sich in nie dagewesener Weise verschärft, seitdem durch die globale Banken- und Finanzkrise die Kapazität des Finanzmarktes zur Aufnahme von europäischen Schuldtiteln beeinträchtigt worden ist. Gleichzeitig sind wir seit Einführung des Euro in einer Währungsunion, die praktisch unumkehrbar ist. Es ist also zwingend, gemeinsame Lösungen zu finden. Darin hat die europäische Staatengemeinschaft wenig Übung.

Wer sind die Hauptverantwortlichen für die Entwicklung?

Ich weiß nicht, ob es **die** Hauptverantwortlichen wirklich gibt. Die aktuelle Wirtschafts- und Währungsunion ist ein Experiment, das in diesem Umfang noch nie da war. Sind jetzt die verantwortlich, die es auf den Weg gebracht haben? Eher nicht, sie sind mit Mechanismen gestartet, die später von ihren Nachfolgern aufgeweicht wurden, wie die Vertragstreue zum Stabilitätspakt. Nur weil die Architekten des Euro glaubten, die Konvergenz zwischen den Staaten werde sich automatisch einstellen, darf man sie nicht verurteilen.

Also sind diejenigen Schuld, die die Verträge gebrochen haben...

Ich glaube, Gerhard Schröder und Jacques Chirac zum Beispiel, waren der Meinung, es wird schon alles nicht so schlimm kommen. Verantwortung sollte man jetzt nach vorne definieren.

Das bedeutet?

Die entscheidende Zukunftsfrage ist doch: Sind die heutigen Politiker und Zentralbankchefs in der Lage, die Konstruktion des Euroraumes so auszugestalten, dass die Stabilität wieder hergestellt wird?

Hat sich die Politik zu sehr in Abhängigkeit vom Finanzmarkt begeben?

Eindeutig ja! Seit den siebziger Jahren steigt in allen westlichen Demokratien die Staatsverschuldung massiv an – das funktioniert nur über den Banken- und Kapitalmarkt. Aber dies hat den Menschen niemand gesagt. Als dann nach 2008 bestimmte Kapitalmarkt-Teilnehmer aufgehört haben, europäische Staatsschuldtitel, zum Beispiel von Griechenland, zu kaufen, wurde diese Abhängigkeit schonungslos aufgedeckt.

Vielen Bürgern drängt sich der Eindruck auf, als stünde bei der aktuellen Europakrise die Rettung der Banken im Vordergrund...

So formuliert, ist das Argument falsch.

Die Bankenrettung war notwendig, denn dabei ging es in erster Linie um die Rettung der Sparvermögen. In Zypern hat sich doch gezeigt, was im schlimmsten Fall passieren kann, wenn eine große Bank zusammenbricht. Dann sind die Einlagen von Millionen Kleinsparern vielleicht weg. Die Politik war und ist gezwungen, einerseits ihre Finanziers zu retten, damit aber auch die Vermögen der Bürger. Banken haben ein besonderes Schutzbedürfnis, wenn sie pleitegehen, sind schnell zig-tausende Menschen betroffen.

Sind Sie mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden?

Im Großen und Ganzen ja, auch wenn sich der Eindruck aufdrängt, als würde man sich erst auf dem Weg selbst die Lösungsstrategie erarbeiten. Aber bisher wurde noch kein besseres Modell von anderen Staaten vorgeschlagen, die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister haben ihre Führungsverantwortung erkannt und gestaltet. Was fehlt, ist eine deutlichere und emphatische Erklärung der Politik vor allem gegenüber den Bürgern in Deutschland.

Schwindet das Vertrauen der Bürger in die europäische Idee?

Die Menschen, nicht nur in Deutsch-

land, waren zu Beginn der Krise irritiert über die Unfähigkeit der Politiker, die Probleme zügig zu lösen. Das hat zu einem gewissen Verlust von Loyalität zur Regierung geführt. In Griechenland, Italien oder Frankreich haben die Bürger das Gefühl, ihren Politikern fehlt der Durchblick. Oder sie bringen nicht den Mut auf, früheres Scheitern einzugestehen und schmerzhaft Restrukturierungsmaßnahmen wie zum Beispiel eine Agenda 2010 in Deutschland auf den Weg zu bringen.

Für viele Bürger der südeuropäischen Krisenstaaten ist die Eurozone zum Alptraum geworden...

Aber die Alternativen außerhalb des Euroraumes sind doch auch nicht besser. Das Erkennen die Menschen immer mehr, selbst in Griechenland wird man sich der eigenen Verantwortung für die Fehlentwicklungen im Land bewusst. Es sind politische Veränderungen angestoßen worden, auf Wut und Zorn folgt jetzt die Orientierung an den wirtschaftlich erfolgreicheren Nachbarstaaten.

Müssen wir den Mitgliedsstaaten die Chance geben, den Weg zu einem vereinten Europa in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu gehen?

Ja, da bin ich eindeutig festgelegt. Wir haben doch jetzt schon faktisch ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Kern eines künftigen Europas der 28 plus x Staaten muss die Eurozone sein.

Stehen am Ende die Vereinigten Staaten von Europa nach amerikanischem Vorbild?

Das sehe ich nicht. Das Verfassungsvorbild wäre für mich eher die Schweiz, mit einer relativ kleinen Zentralregierung und sehr starken, ihre Identität bewahrenden Kantonen. Deren Rolle hätten dann in Europa die einzelnen Mitgliedstaaten mit ihren unterschiedlichen Sprachen

und Kulturen. Eine europäische Zentralregierung braucht dann schlanke Gemeinschaftsinstitutionen wie die EZB oder ESM.

Nimmt Deutschland seine Führungsrolle in Europa angemessen wahr? Vielfach werden bei unseren Nachbarn wieder alte Ressentiments wach...

Wir müssen nüchtern, ohne falsche Angst aber auch falschen Stolz oder gar Arroganz unsere Rolle annehmen. Deutschland macht auf Grund seiner Lage, Geschichte und Wirtschaftskraft rund ein Drittel der Masse Europas aus. Das heißt im Sprachgebrauch der Bankenwelt: Wir sind systemkritisch! Daher müssen wir ständig die Konsequenzen unseres politischen Handelns auf Europa bedenken. Das ist zum Beispiel bei der Energiewende nicht geschehen, und jetzt wundern wir uns über die teilweise Zurückweisung der „deutschen“ Energiewende durch unsere Nachbarn.

Wo können wir für Europa Vorbild sein?

Zum Beispiel im Bereich der Sozialpartnerschaft. Den Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei uns sollten sich andere anschauen, um künftig ihre eigenen Verteilungskonflikte wachstumsfreundlicher zu lösen.

Was können wir von unseren Nachbarn lernen?

Geduld und die Bereitschaft zur Veränderung. Erinnern wir uns: Die Agenda 2010 hat bei uns große Proteste ausgelöst, darüber stürzte eine Regierung. Wir sollten den Einsatz unserer Nachbarn zu strukturellen Veränderungen anerkennen, schließlich sind sie ja bereit, den Weg in ein gemeinsames Europa mitzugehen. Und das ist keine Selbstverständlichkeit!

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

Weil wir bisher durch die Krise gut durchgekommen sind. Wir beschäftigen uns so intensiv wie nie zuvor mit unseren Nachbarn, kennen den Namen des griechischen Ministerpräsidenten oder wissen um regionale Konflikte in Katalonien. Franzosen kritisieren uns, Italiener mischen sich in Griechenland ein. Das führt am Ende zu einem tragfähigen europäischen Miteinander. Der Norden wird etwas südlicher werden, der Süden sich den erfolgreichen Wirtschaftsstrukturen des Nordens annähern.



Prof. Dr. Jürgen Kluge

„Die kulturelle Vielfalt könnte
das große Exportmodell
Europas werden“

Jürgen Kluge über die Zukunftschancen
Europas und die Intensität der Krise

ZUR PERSON

Prof. Dr. Jürgen Kluge ist Unternehmensberater und seit September 2012 Senior Advisor der Bank of America Merrill Lynch. Er studierte Physik in Köln und Essen. Nach seiner Promotion kam er 1984 zu McKinsey & Company und leitete von 1999 bis 2006 die deutsche Organisation der Unternehmensberatung. Seit 2004 ist Kluge Honorarprofessor im Fach Maschinenbau der Technischen Universität Darmstadt. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der Schmitz Cargobull AG.

Die aktuelle Europa-Krise wird von vielen Menschen als dramatischer im Vergleich zu früheren empfunden...

Was derzeit als Europa-Krise verstanden wird, ist nicht schlimm, schon gar nicht schlimmer als Krisen vorher. Krisen sind immer Auslöser von Fortschritt, der Kapitalismus ist beispielsweise ohne Krisen gar nicht denkbar, ebenso die meisten Innovationen.

Uns ist in den letzten Jahrzehnten lediglich etwas das Gefühl dafür verloren gegangen, dass es auch mal wackeln oder runter gehen kann. Deshalb wird die aktuelle Situation viel aufgeregter wahrgenommen, als sie in Wirklichkeit ist.

Wie konnte sich die Situation in der jetzt gefühlten Form zuspitzen?

Zunächst einmal wurden durch die Globalisierung alle Sicherheitsschotts rausgezogen aus dieser Welt. Früher haben in sich geschlossene Kompartiments verhindert, dass gleich das ganze Schiff absäuft. Zweitens wurde durch die Fortschritte in der Informationstechnologie die Zeitkonstante gegen Null gedreht. Nicht allein durch den Hochfrequenzhandel an den Börsen ist jede Zeit verloren gegangen, um auf Ereignisse rechtzeitig zu reagieren. Und schließlich prasselt die Kommunikation des Geschehens völ-

lig unkontrolliert herein, so dass die Menschen das Gefühl bekommen, es müsse alles verdammt schlimm sein.

Wo hat die Krise ihren Ursprung?

Menschen und Staaten haben über ihre Verhältnisse gelebt. Schulden gemacht, um sich heute etwas kaufen zu können, was sie sich vielleicht mit angestrengtem Sparen irgendwann in Zukunft hätten leisten können. Das Ganze wurde von politischen Versprechen begleitet, wie etwa in Amerika, wo jeder Bürger sein eigenes Häuschen bekommen sollte.

Dann sind als erstes die Banken betroffen gewesen, weil Kredite nicht mehr bedient wurden. Die Menschen mit geringen Einkünften konnten einfach die Raten nicht mehr zahlen. Als die ersten Banken in die Knie gingen, wurden sie vom Staat gerettet, weil der Verlust von Spareinlagen drohte.

In der dritten Stufe hatten dann die Staaten ein Problem, mussten geliehene Gelder zur Bankenrettung einsetzen. Und damit kommt die Krise wieder unten an, wir alle werden über Jahre die öffentlichen Schulden abtotern müssen.

Muss man die Bankenwelt künftig stärker reglementieren?

Eine Krise, wie wir sie jetzt haben, wird

sich nicht wiederholen. Wir regulieren immer die letzte Krise weg, es wird aber eine neue kommen, so sicher wie das Amen in der Kirche. Es ist ein Kennzeichen von Krise, dass sie immer unerwartet kommt.

Wir denken zum Beispiel, Spekulanten mit einer Verteidigung wie der Maginot-Linie aufhalten zu können. In Wirklichkeit sitzen da draußen zehntausende kluger Köpfe, die nur nach Lücken in jedem Regelwerk suchen, um Profite zu machen. Sie sind durch die wenigen, die an der Verteidigung arbeiten, nicht aufzuhalten.

Führt die derzeitige Situation zu einem Vertrauensverlust in die europäische Idee?

Ja, auch wenn ich das als Geburtswehen in einem vielleicht hundert Jahre dauernden Prozess werten würde. Machen wir uns bewusst, dass wir in jüngerer Vergangenheit noch Kriege mit den europäischen Nachbarn geführt haben.

Ich glaube, der Vorschlag, die Grenzen wieder zu schließen und zu den Nationalstaaten zurückzukehren, würde nur geringe Zustimmung finden. Es muss gelingen, im Bewusstsein der Menschen die einzelnen Regionen, die sie überschauen können, miteinander zu verknüpfen. Eine europaweite Außen- und Wirtschaftspo-

litik macht den Nationalstaat dann irgendwann überflüssig. Da gehen nicht alle Politiker aus vollem Herzen mit, weil sie damit ja selbst irgendwann überflüssig werden könnten.

Stehen am Ende dieser Entwicklung die Vereinigten Staaten von Europa?

Europa ist anders als Amerika, deshalb muss auch unser Gesellschaftsmodell anders sein. Die USA sind viel homogener als Europa, dort können Sie tausende Kilometer mit dem Auto fahren und nichts ändert sich beim Blick aus dem Fenster. Bei uns ändert sich praktisch alle 100 Kilometer die Art Häuser zu bauen oder Wurst und Käse herzustellen.

Sehen Sie das als Fluch oder Segen?

Diese kulturelle Vielfalt könnte das große Exportmodell Europas werden. Die Welt schaut auf uns, ist neugierig, wie wir die vielen unterschiedlichen Interessen unter einen Hut bekommen. Liefere es in einigen Regionen wirtschaftlich besser, hätten wir jetzt schon eine einmalige Erfolgsgeschichte. Gegenseitig voneinander lernen muss die Maxime sein.

Verbindet der Euro uns mehr oder spaltet er Europa am Ende?

Derzeit hat die Gemeinschaftswährung eher spaltende Wirkung. Wenn sie unterschiedlich starke Wirtschaftssysteme haben, bei einer gemeinsamen Währung, driftet alles auseinander. Es sind Fehler in der Vergangenheit gemacht worden, die gilt es schrittweise zu heilen. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre für Deutschland jedenfalls schlimmer als die aktuelle Unterstützungspolitik für den Euro.

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Eindeutig ja! Es geht um Frieden, und genau das haben die Verantwortlichen hinbekommen. Heute ist das friedliche Miteinander in Europa für

die jungen Menschen selbstverständlich, zwei Generationen vorher haben die Menschen in ihrem Leben vielleicht zwei große Kriege mitgemacht. Das alles wurde geschafft bei Wohlstand, Demokratie und im Rahmen eines Rechtsstaats.

Wo sehen Sie Grenzen einer EU-Erweiterung?

Ein kluger Mensch hat einmal gesagt, Europa ist da, wo gotische Kirchen stehen. Grundsätzlich sollten wir froh sein, wenn Staaten freiwillig beitreten wollen. Früher geschah das über Eroberungen. Bei der Aufnahme in die Währungsunion sollten wir allerdings etwas aufmerksamer hinschauen, als wir das bisher getan haben.

Spielt sich Deutschland im Krisenmanagement zu sehr als Oberlehrer Europas auf?

In dieser Rolle gefallen wir Deutschen uns ganz gut, das sollten wir unbedingt ablegen. Lieber sollten wir unsere Nachbarn mal mit Vorschlägen überraschen, die man von uns nicht erwartet oder auch mal auf eine Forderung verzichten. So wie ein Judokämpfer, der nachgibt und den Schwung des anderen für sich nutzt...

Wo können wir von unseren Nachbarn lernen?

Beispielhaft finde ich das skandinavische Bildungssystem, in dem die Kinder länger miteinander lernen. Schweden hat uns darüber hinaus vorgemacht, wie man von einem Überversorgungsstaat, mit teilweise über 100 Prozent Steuerlast, wekommt. Wir berufen uns immer auf unseren starken Mittelstand, aber auch da könnten wir uns dennoch einiges in Norditalien abschauen.

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa die beste Zeit noch vor sich hat?

Dazu möchte ich eine Episode von einer Tagung in Hongkong erzählen,

an der ich gemeinsam mit einem französischen Kollegen teilnehmen durfte. Wir erklärten Europakritikern aus China oder den USA: Unterschätzt uns nicht, wir machen das schon rund 2000 Jahre. Speziell die Italiener, und die hatten in der Zeit wahrscheinlich 700 Jahre keine stabile Regierung...

Ich habe die Kollegen aufgefordert, sich im Einkaufszentrum oder auf dem Hotelparkplatz ein Bild zu machen. Die überwiegende Mehrzahl der Produkte dort stammt aus Europa, ein Apple-Store um die Ecke war der einzige amerikanische Beitrag. Wir sollten selbstbewusst genug sein, aus der Krise zu lernen und uns ein Stück neu zu erfinden.



Alexander Graf Lambsdorff

„Die Europäische Union
bleibt eines der größten
Friedensprojekte der
Geschichte“

Alexander Graf Lambsdorff über die Bindewirkung des
Euro und eine gesamteuropäische Öffentlichkeit

ZUR PERSON

Alexander Graf Lambsdorff, geboren 1966 in Köln, ist Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament und erster stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE). Nach dem Studium der Neueren Europäischen Geschichte an der Georgetown University ging er in den Auswärtigen Dienst. Seit 2004 sitzt er im Europäischen Parlament und ist unter anderem Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

Bringt die aktuelle Krise noch Fortschritt in Sachen Integration, oder verstärkt sie die Vorbehalte?

Auf paradoxe Weise tut sie beides. Six- und Two-Pack, Fiskalpakt, Verschärfung des Defizitverfahrens, Fiskalpakt – das sind alles Schritte, die eindeutig mehr Integration bringen. Für manche ist gerade das ein Problem. Nicht nur in Großbritannien, das beim Fiskalpakt nicht mitmacht, auch in meiner Partei gibt es ja Widerstände. Die Krise bringt also einen Integrationsschub, der wiederum eine Anti-Reaktion auslöst.

Ist die Einigung Europas dadurch bedroht?

Aktuell sind in den meisten Ländern die Eliten nach wie fast einhellig überzeugt, dass die Eurozone und die Europäische Union als Ganze erhalten werden müssen. Solange das so ist, sehe ich keine akute Gefahr für die Integration.

Wer trägt die Verantwortung für die Krise, welche Rolle spielt dabei der Finanzsektor?

Die Antwort hängt von der jeweiligen Ebene, auf der man die Frage stellt. Da ist zum einen ein Strukturproblem unserer Form von Demokratie. Sie funktioniert von Wahl zu Wahl und nicht in längeren Zyklen. Im

Wahlkampf werden Versprechungen gemacht, deren (Teil-)Einhaltung zur Verschuldung beiträgt. Das hat sich der Bankensektor zunutze gemacht: Jede Bank konnte risikofrei Staatsanleihen in großem Maßstab kaufen. Die Politik hat dafür die Anreize gesetzt. Der Bankensektor ist mitverantwortlich, aber nicht weil er Staatspapiere gekauft hat, sondern weil er auf seinem originären Sektor Geschäfte gemacht hat, die nicht nachhaltig waren. Eine politische Verantwortung trifft diejenigen, die Griechenland in den Euro aufgenommen und den Stabilitätspakt aufgeweicht haben.

Werden die eingeleiteten Reformen eine neuerliche Großkrise verhindern?

Es ist einiges erreicht worden. Ab 2014 haben wir die europäische Bankenaufsicht, die durch einen Abwicklungsfonds ergänzt werden muss. Die Einlagensicherung könnte nach meinem Dafürhalten weiter national gehandhabt werden. Die Regulierung riskanter Geschäfte wie etwa des Hochfrequenzhandels ist in der Pipeline. Die nächsten Jahre müssen zeigen, ob das ausreicht oder ob wir weitere Schritte gehen müssen.

Gibt es eine allgemeine europäische Vertrauenskrise?

Für die Eliten kann man das klar verneinen. Da gibt es Unzufriedenheit – über den Bankensektor, über den jeweiligen politischen Gegner, über Regierungen. Aber etwas wie beispielsweise Frankreichs Politik des leeren Stuhls in den sechziger Jahren ist nirgendwo in Sicht, keine Abwendung vom europäischen Projekt. Die Eliten verstehen auch, dass die Weltordnung des 21. Jahrhunderts eine ganz andere ist als die des 20. und dass die neuen Aufgaben nur von einem einigen Europa gemeistert werden können. In der breiteren Bevölkerung sehe ich zwar keine Vertrauenskrise, wohl aber erhebliche Verunsicherung.

Erkennen Sie ein europäisches Modell, das es zu bewahren gilt?

Ja. Das ist, was man gemeinhin „rheinischen Kapitalismus“ oder „soziale Marktwirtschaft“ nennt. Wir sind in der EU alle miteinander demokratische Rechtsstaaten, die Wettbewerb und Markt als Preisbildungsmechanismus einsetzen, gleichzeitig aber auf soziale Bindung des Eigentums und ein Streben nach sozialem Ausgleich setzen. Das ist es, was uns von anderen unterscheidet – teilweise auch von den USA, wenn ich etwa an die Rolle der Gewerkschaften denke – und sicher ein schützenswertes Modell.

Hat der Euro die Europäer einander näher gebracht oder entzweit?

In den ersten Jahren hat er sie zweifellos einander näher gebracht. Es gab beim Reisen in Europa nicht mehr die Probleme mit dem Umtausch und zugleich mehr Preis-Transparenz: Wenn ein portugiesisches Durchschnittsgehalt in Euro, nicht mehr in Escudos angegeben wird, kann ich damit etwas anfangen. Seit Ausbruch der Krise sind aber die Spannungen gestiegen. Von „entzweiten“ würde ich dennoch nicht reden. Der Euro zwingt die Entscheider dazu, sich zusammenzurufen, wird aber in der Bevölkerung als Quelle von Schwierigkeiten gesehen. Vom Annäherungsimpuls, den der Euro ursprünglich darstellte, ist zurzeit nichts zu spüren.

Hat die EU den Nobelpreis verdient?

Eindeutig ja! Man findet in der Geschichte keine Zeitspanne, in der die Europäer eine so lange Zeit in Frieden und Wohlstand gelebt haben. Auch die Friedensperiode 1815–66 ist längst überholt. Und was die Gegenwart anlangt – es gibt nirgendwo sonst auf dem Globus eine vergleichbare Gemeinschaft einst verfeindeter Staaten, die ihre Konflikte schieflich-friedlich regeln. Die Europäische Union ist und bleibt eines der größten Friedensprojekte der Geschichte.

Was halten Sie von der Vision der Vereinigten Staaten von Europa?

Sie ist nützlich, sie sollte nur nicht die Assoziation auslösen, es müsse alles genau so werden wie in den USA. Aber die Vision, die ja schon Churchill 1946 in seiner Zürcher Rede entwickelte – dass die Völker des Kontinents sich zusammenraufen und nach außen gemeinsam auftreten – ist richtig. Darauf sollten wir gemeinsam hinarbeiten. Es bleibt aber viel zu tun, besonders, was die Außen- und Sicherheitspolitik angeht.

Ist ein hinreichendes Maß an euro-

päischer Öffentlichkeit angesichts der Sprachen-Vielfalt möglich?

Zurzeit ist das noch schwierig. Aber das Englische – siehe die Rede des Bundespräsidenten – ist dabei, unsere *lingua franca* zu werden, wie einst das Griechische oder Latein. Wir werden eine gemeinsame Sprache finden, die es uns leichter macht, diese Öffentlichkeit herzustellen. Nur darf man sich keinen Illusionen hingeben: Das wird nicht dieselbe Art Öffentlichkeit sein wie im nationalen Rahmen, mit einer Sprache für alle bis zum letzten Stammtisch. Aber auf funktionalem Niveau werden alle das Englische einigermaßen beherrschen.

Wie lautet Ihre konstitutionelle Formel für das Europa, das Sie sich wünschen?

Ich fände es gut, wenn wir ein Kerneuropa im Sinne des Schäuble-Konzepts von 1994 schaffen, allerdings offen für alle Interessenten. Das wäre gar nicht so unähnlich den USA, wo die Bundesstaaten ja viel mehr Eigenbefugnisse haben, als die meisten hier glauben. Ein effektives Europa mit einem praktisch gelebten Subsidiaritätsprinzip – das wäre meine Idee von den Vereinigten Staaten von Europa.

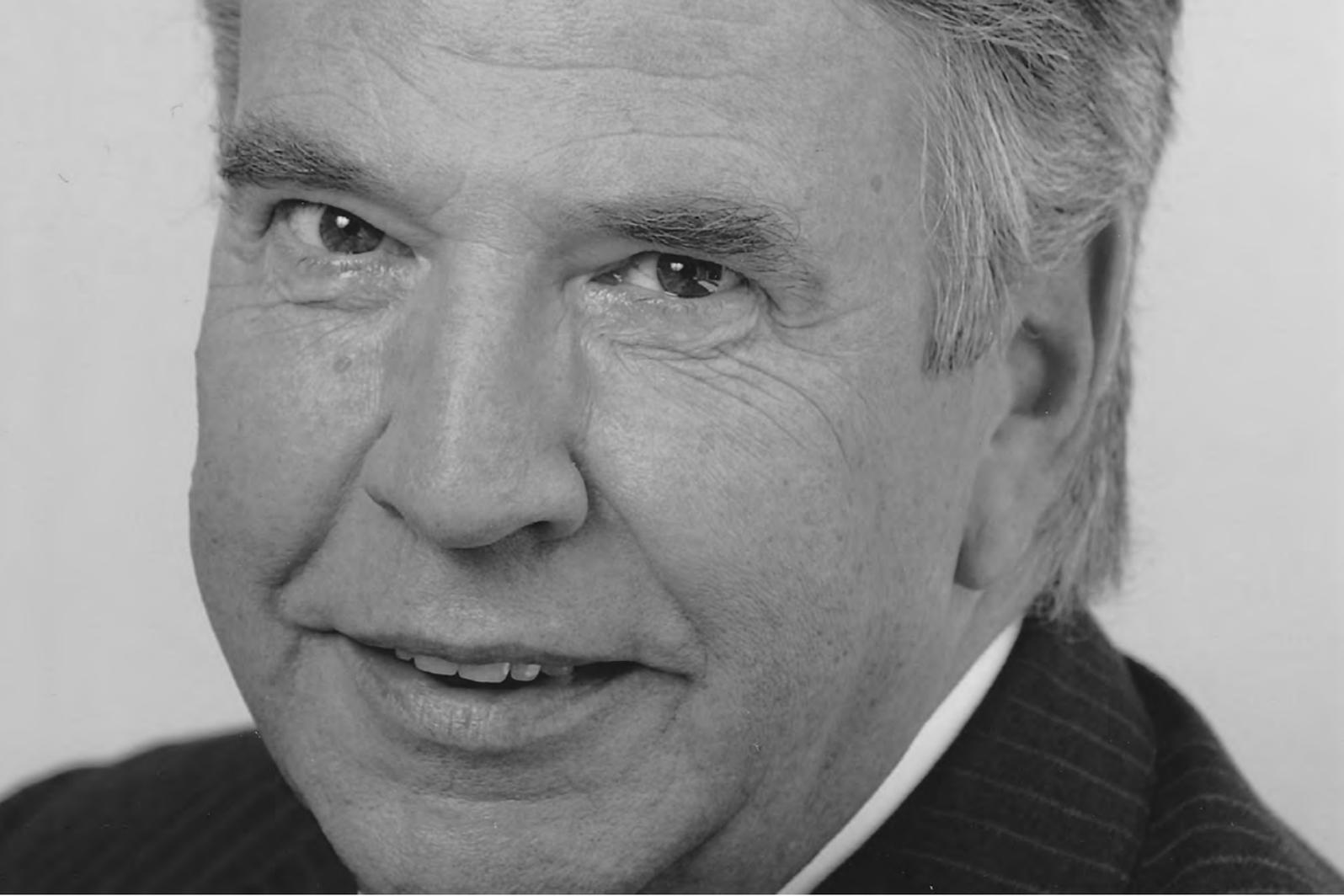
Wie begründet sind die Sorgen vor hegemonialen Tendenzen in Deutschland?

Diese Sorgen sind unberechtigt. Real und berechtigt sind Sorgen wegen der Schwäche von Partnerländern und vor allem Frankreichs, wo der sozialistische Präsident Hollande falsch macht, was man falsch machen kann. Das führt zu einer Asymmetrie entlang des Rheins, mit einem starken Deutschland und einem schwachen Frankreich. Europa funktioniert aber dann am besten, wenn die wichtigsten Staaten in guter Verfassung sind und einander auf Augenhöhe begegnen. Ein schwächelndes Frankreich, und das in Zeiten wo wir ohnehin Spannungen in der EU haben, ist Be-

sorgnis erregend.

Sehen Sie Gründe zur Zuversicht für das weitere Gedeihen des europäischen Projekts?

Mehrere! Wir sind mit unserem Binnenmarkt nach wie vor die größte Wirtschaftszone der Welt und leben auch in den ärmeren Ländern besser als jemals in der Geschichte. Wir haben eine eingebaute Widerstandskraft gegen Krisen in Europa. Die Eliten sind sich über die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und die Notwendigkeit, gemeinsam zu handeln, im Klaren. Und schließlich: Bei allem Krisengerede gibt es niemanden, der sich vorstellen könnte, irgendein Problem auf unserem Kontinent militärisch zu lösen – weltgeschichtlich ein Ausnahmefall, den wir zur Regel gemacht haben.



Dr. Helmut Linssen

„Europa ist ein schwerer Tanker,
der nicht einfach zu navigieren
ist“

Helmut Linssen über
Finanzmarktregulierung und die Zukunft
des europäischen Projekts

ZUR PERSON

Dr. Helmut Linssen, geboren 1942, ist Finanzvorstand der RAG-Stiftung. Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrates Vivawest GmbH und ist Mitglied im Aufsichtsrat der RAG Aktiengesellschaft und der RAG Deutsche Steinkohle AG. Der promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler war unter anderem Generalsekretär der NRW-CDU, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Finanzminister in Nordrhein-Westfalen von 2005 bis 2010. Linssen ist Bundesschatzmeister und Mitglied des Präsidiums der CDU.

Die bekannte Schweizer Wirtschaftsprofessorin Elisabeth Weder di Mauro sagte im Frühjahr: „Der Euro hat die Intensivstation verlassen.“ Teilen Sie die Einschätzung?

Ja, aber, um im Sprachbild zu bleiben, er liegt noch in der Klinik und braucht weiter ärztliche Hilfe. Wir werden noch lange mit den Problemen zu tun haben. Bei der Einführung wurden viele Fehler gemacht, die uns jetzt auf die Füße fallen.

Ist die aktuelle Krise Europas schlimmer als die früheren?

Ich denke schon. Im Kern handelt es sich um eine Schuldenkrise, in die die Länder über Jahre hinweg hereingerutscht sind. Sie werden ähnlich lange brauchen, um wieder heraus zu kommen. Optimisten erweckten den Eindruck, in ein oder zwei Jahren das Problem lösen zu können. Jetzt haben die meisten Menschen wohl kapiert, dass es Jahrzehnte dauern kann. Europa ist ein schwerer Tanker, der nicht einfach zu navigieren ist.

Haben die Finanzmärkte entscheidenden Anteil an der Schiefelage?

Die Krise des europäischen Staatenbundes ist sicher durch Banken Krisen und damit verbundene Finanzprobleme einzelner Länder in das Bewusstsein der Menschen gekommen. Aber

ihre Ursachen liegen tiefer. Administration und Parlament in Brüssel haben es nicht verstanden, den Europagedanken aus der Euphorie der vierziger und fünfziger Jahre in die heutige Zeit zu übersetzen. Die Errungenschaften eines vereinten Europas sind für die meisten jungen Leute selbstverständlich.

Brauchen wir mehr Regulierung des Bankenbereichs?

Die Banken haben sich zu einem Staat im Staat entwickelt, sich vielfach um die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns einen Dreck geschert. Eine Regulierung erweist sich dennoch als schwierig, weil zum Beispiel England als großer Bankenstandort vieles blockiert. Zumindest ist es schon einmal gelungen, im Bereich von OECD und EU bestimmte Geschäfte zu verbieten. Und es ist gut, dass EU-weit die Bankenunion vorangebracht und darüber nachgedacht wird, die Banker-Boni auf das doppelte des Gehalts zu deckeln.

Sehen Sie das Projekt Europa gefährdet?

Nein, aber ich sehe schwere Irritationen des Europagedankens. Die Menschen werden dennoch am Ende einsehen, dass an Europa kein Weg vorbeigeht.

In einer Forsa-Umfrage für BAPP hat sich fast ein Drittel der befragten Deutschen gegen eine EU-Mitgliedschaft ausgesprochen...

...weil aus Brüssel und von der Eurokratie überwiegend Negatives zu hören ist. Das führt zur Ablehnung eines als nicht notwendig empfundenen Zentralismus. Die Sinnhaftigkeit des europäischen Projektes wird nicht deutlich genug gemacht. Deutschland ist einer der großen Profiteure von Europa und gut beraten, weiter Solidarität zu zeigen.

Überzeugt Sie das Krisenmanagement der deutschen Regierung?

Ja. Es war absolut richtig, darauf zu bestehen, dass es Solidarität nur gegen Solidität gibt. Und nicht Schalleintönen Richtung Eurobonds zu folgen. Eine Banklizenz für eine Bankenunion oder den EWS hätte darüber hinaus ebenfalls langfristig schmerzhaft Folgen.

Das konsequente Vorgehen belebt bei unseren Nachbarn aber wieder das Bild des „hässlichen Deutschen“. Sehen wir uns zu Recht in der Vorbildrolle?

Durch die Agenda 2010 sind wir schon zum Vorreiter in eine moderne Industriegesellschaft geworden. Wir sollten dennoch bescheiden auftreten – und

den anderen unsere Erfahrungen und Maßstäbe mit Einfühlungsvermögen schmackhaft machen...

Wie lässt sich der Konsolidierungszwang mit notwendigen Wachstumsimpulsen für die schwachen Volkswirtschaften in Südeuropa in Einklang bringen?

Die Kritik an den Sparplänen halte ich für übertrieben, es spart sich ja niemand kaputt. Zunächst wird ja nur die Neuverschuldung reduziert. Wenn man jahrzehntelang wie Griechenland und Portugal über seine Verhältnisse gelebt hat, sind schmerzhaft Schritte nötig.

Die Folge ist eine explodierende Arbeitslosenquote...

Der ist aber auf lange Sicht nur durch strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt beizukommen. Die EU hat genügend Finanzmittel, um diese zu unterstützen. Konjunkturprogramme wie Autobahnbau führen nicht zu nachhaltigem Wachstum. Es sind nur Strohfeuer.

Sorgen bereitet mir vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit, denn sie führt dazu, dass die jungen Menschen an der Demokratie verzweifeln. Es muss gelingen, den deutschen Arbeitsmarkt noch mehr zu öffnen, in den Heimatländern sehe ich keine schnelle Besserung.

Könnte die Gemeinschaft nicht mit Konjunkturprogrammen den wirtschaftlich schwächeren Ländern auf die Beine helfen?

Der Ruf nach staatlicher Steuerung geht auf den englischen Ökonomen Keynes zurück. Seine Theorie besagt, der Staat müsse in schlechten Zeiten mit öffentlichem Geld den Markt beleben. Das ist ja in den Jahren nach 2009 vielfach geschehen. Aber, und hier kommt das Problem, er fordert auch, in Zeiten guter Konjunktur sparsam zu wirtschaften und Schulden

zurückzuführen. Diese Forderung ist in der praktischen Politik mannigfach gescheitert.

Hat die EU nach Ihrer Meinung den Friedensnobelpreis verdient?

Nimmt man die Entwicklung seit der legendären Rede Churchills 1946 – uneingeschränkt ja! Wer in längerfristigen Zeiträumen denkt, muss die Entscheidung begrüßen. Sie lässt sich nicht aus den letzten fünf Jahren ableiten. Ob der Preis das erhoffte Stimulans auf dem weiteren Weg zur europäischen Einigung ist, wage ich zu bezweifeln.

Wie soll die EU-Verfassung künftig aussehen – streben wir die Vereinigten Staaten von Europa an?

Wir sind aus vielen Gründen weit von der Idee der Vereinigten Staaten von Europa entfernt. Das in den 80er Jahren formulierte „Europa der Väterländer“ halte ich für ein tragfähigeres Modell. Man muss die Länder schrittweise zusammenführen, in zentralen Feldern der Politik europäische Institutionen mit entsprechender Durchschlagskraft schaffen. Zum Beispiel einen europäischen Finanzminister mit ähnlichen Durchgriffsrechten wie der Wettbewerbskommissar. Aber es macht wenig Sinn, mit Macht eine europäische Zentralregierung durchzusetzen.

Könnten Sie sich vorstellen, von einem Engländer oder Franzosen regiert zu werden?

Das wäre für mich überhaupt kein Problem – solange wir auf absehbare Zeit ein Europa der Nationalstaaten behalten und Regeln für alle verbindlich und mit Sanktionen verbunden sind. Aktuell ist die Arbeitsteilung zwischen Brüssel und den Mitgliedsstaaten nicht gut geregelt.

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

Die Menschen wissen um den Wert unserer Rechtsordnung. Freiheit, Gleichheit, Solidarität haben als gesellschaftliche Werte hier ihre Wurzeln. Dazu kommt eine hohe wirtschaftliche Kompetenz. Und nicht zu vergessen der lang anhaltende Frieden in der Region. Es muss uns nur noch mehr gelingen, die Faszination dieser Werte und Ideen zu beleben.



Philipp Mißfelder

„Die überwiegende Mehrheit in
Deutschland hat eine positive
Idee von Europa“

Philipp Mißfelder über europäische
Identität und die Folgen intransparenter
Strukturen

ZUR PERSON

Der aus Gelsenkirchen stammende **Philipp Mißfelder** ist seit 2002 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands. Er studierte Geschichte an der Technischen Universität Berlin und trat 1993 in die Junge Union ein. Seit 2005 ist Mißfelder Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2008 Mitglied des Präsidiums der CDU und seit 2009 außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Haben wir aktuell eine Euro- oder eine Europakrise?

Der Begriff Eurokrise hat sich sprachlich durchgesetzt, ist aber sachlich nicht korrekt. Die Gemeinschaftswährung ist nicht in einer fundamentalen Krise, sondern relativ stabil. In Wahrheit haben wir es mit einer Staatsschuldenkrise zu tun, leider geht dies in der Debatte etwas unter. Es ist kein währungspolitisches Thema – wir haben in den letzten Jahren schlicht über unsere Verhältnisse gelebt.

Also sind nicht die Banken sondern die Politiker schuld?

Diese Wertung ist verkürzt. Die Banken haben mindestens 50 Prozent Anteil an der angespannten Finanzsituation, weil sie mit undurchsichtigen Produkten eingeladen haben, Milliarden zu verzocken.

In einer Forsa-Umfrage für BAPP sagen 45 Prozent der Befragten Deutschen, sie sähen im Euro eher Nachteile...

Die Menschen kritisieren etwas anderes. Die überwiegende Mehrheit in Deutschland hat eine positive Idee von Europa. Aber es gibt eine extreme Ablehnung gegenüber der Verwaltung in Brüssel. Der riesige Bürokratieapparat von 4000 Beamten ist für viele ein Musterbeispiel für Verschwen-

dung. Die Strukturen sind zudem sehr intransparent.

Was meinen Sie konkret?

Welcher normale Bürger kann erklären, was der Europarat darf, welche Aufgaben die EU-Kommission und das Parlament haben? Die Menschen genießen die Reisefreiheit; auch Wirtschaft und Industrie wissen die Vorteile des europäischen Binnenmarktes zu schätzen. Aber muss von Brüssel die Krümmung der Banane oder die Qualität der Sonnenschirme vorgegeben werden?

Wo brauchen wir mehr, wo weniger Europa?

Die großen Herausforderungen der Gegenwart sind nur im europäischen Rahmen zu bewältigen. Energiewende, eine funktionierende Bankenaufsicht, Abbau der Staatsverschuldung. Hier müssen die einzelnen Staaten auch Kompetenz abgeben, zum Beispiel an einen europäischen Währungskommissar, der notfalls in nationale Haushalte eingreifen darf. Aber ich halte zum Beispiel wenig von einem europäischen Mindestlohn, dafür sind die Gegebenheiten in den einzelnen Ländern zu unterschiedlich. Auch Sozial- sowie Bildungsstandards sollten in den jeweiligen Nationalstaaten festgelegt werden.

Also keine Vereinigten Staaten von Europa?

Das bliebe immer ein Kunstprodukt, im Vergleich zu den USA fehlt zum Beispiel die gemeinsame Sprache. Zur Identität einer Nation gehört außerdem eine Flagge, ja auch eine eigene Nationalmannschaft. Können Sie sich vorstellen, einer europäischen Fußball-Nationalmannschaft die Daumen zu drücken? Aus der Identität entsteht die Solidarität innerhalb eines Volkes.

Wie könnte man die Distanz der Menschen zu den europäischen Institutionen abbauen?

Indem Strukturen gestrafft und der Präsident europaweit direkt gewählt wird. Die Kandidaten müssen sich in Köln und Barcelona auf den Marktplätzen den Menschen stellen, selbst wenn sie mit Eiern beworfen werden. Es darf sich nicht weiter der Eindruck aufdrängen, in Brüssel würde unser aller Zukunft in geheimen Nachtsitzungen entschieden.

Man hat den Eindruck, wir Deutschen schätzen immer weniger die Errungenschaften eines vereinten Europas. In der Forsa-Umfrage verknüpfen nur noch 9 Prozent der Befragten mit Europa „60 Jahre Frieden“...

Hier zeigt sich deutlich, wie sehr sich

vor allem die Jüngeren an den europäischen Alltag gewöhnt haben. In vielen Gesprächen, vor allem mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, wird mir immer wieder bewusst, dass die europäische Einigung zu Beginn eine Frage von Krieg und Frieden war. Allein aus der Geschichte heraus lohnt es sich, um ein vereintes Europa zu kämpfen.

Muss Deutschland noch mehr dafür tun?

Deutschland ist weltweit allenfalls eine Mittelmacht, militärisch sogar schwächer als einige andere europäische Nachbarn. Unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat richtig gesagt, dass wir nicht „Leadnation“ sein wollen. Die entscheidenden Impulse für Europa sind in der Vergangenheit immer aus einer Kooperation mit anderen Ländern, speziell Frankreich, entstanden. Diesen Weg sollten wir weiterverfolgen.

Wo liegt die größte Gefahr des Auseinanderbrechens von Europa?

Wir müssen einfach feststellen, dass einzelne Volkswirtschaften – nehmen wir als Beispiel Griechenland und Zypern – nicht wettbewerbsfähig sind. Im Moment erkaufen wir für sehr viel Geld Zeit, aber es fehlen Antworten auf die Frage nach Strukturverbesserungen und Produktivität. Und wir dürfen nicht verkennen, wie der Wettbewerbsdruck auf starke Volkswirtschaften wie Deutschland steigt. Zum Beispiel durch die Energieautarkie der USA, die zu einem gewaltigen Preisdruck aufgrund niedrigerer Produktionskosten führen wird.

Ist der Weg zurück in die D-Mark eine Alternative?

Nein, der wäre mit gewaltigen Wohlstandseinbußen verbunden. Die Zukunft ist eine Frage der Qualifikation und Mobilität. Im positiven Fall werden wir in zehn Jahren das Problem des Fachkräftemangels in

Deutschland durch gut ausgebildete Menschen aus Spanien oder Italien auffangen.

Könnte die wachsende Instabilität an den europäischen Grenzen die Länder enger zusammenrücken lassen?

Dafür spricht einiges. Sicherheit und Migrationsströme werden zur großen Herausforderung, die kein Nationalstaat im Alleingang bewältigen kann. Frankreich allein wird Nordafrika nicht befrieden, die Italiener können die Flüchtlingsströme im Mittelmeer nicht ohne Hilfe anderer Staaten stoppen. Im Entwurf für ein modernes Afrika liegt die große Chance für eine politische Gemeinschaftsleistung aller Europäer.



Klaus-Peter Müller

„Jeder Blumenzüchter-Verein
hat ein klareres Regelwerk“

Klaus-Peter Müller über undurchsichtige
Vorgaben und Formen europäischer
Solidarität

ZUR PERSON

Klaus-Peter Müller, geboren 1944, ist Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank AG. Müller war von 2005 bis 2009 Präsident des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) und von 2008 bis 2013 Vorsitzender der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex. Vor seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender war er von 2001 bis 2008 Vorstandssprecher der Commerzbank.

Ist die aktuelle Schieflage schlimmer als frühere Krisen Europas?

Die momentane Lage ist bedrohlicher, wenn sie nicht gut gemanagt wird. Wenn sich nicht alle Parteien mit gutem Willen an einen Tisch setzen, kann diese Krise das Projekt Europa ernsthaft gefährden. Das sage ich zum ersten Mal, seit ich bewusst über Europa nachdenke.“

Sprechen wir von einer Krise des Euro oder einer Krise Europas?

Wer nur vom Euro redet, springt erheblich zu kurz. Der Euro hält sich als Währung hervorragend, liegt ständig um die 1,30 zum Dollar. Wo soll hier die Euro-Krise sein? Wir haben es vielmehr mit einer europäischen Staatsschuldenkrise zu tun. Und die stellt ganz Europa in Frage, weil es die Politiker versäumt haben bei der viel zu hektischen Erweiterung auf 27 EU-Mitglieder verbindliche Regeln festzulegen. Jeder Blumenzüchter-Verein hat ein klareres Regelwerk.

Was beklagen Sie konkret?

Das Einstimmigkeitsprinzip ist nicht haltbar, auch das kleinste Mitgliedsland kann ein Veto einlegen. Zweitens setzt sich das Parlament nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach Proporz zusammen. Und drittens gibt es keine klar geregelten Zuständig-

keiten.

Viele Menschen erleben die aktuelle Lage dennoch als Problem der Geldwirtschaft, 79 Prozent machen laut einer forsa-Umfrage für BAPP undurchsichtige Bankgeschäfte verantwortlich...

Die Finanzkrise der Jahre 2007–2009 wurde durch die Banken ausgelöst, Rating-Agenturen eingeschlossen. Aber die aktuelle Staatsschuldenkrise ist Folge eines politischen Versagens. Hier werden Banken dafür verantwortlich gemacht, dass sie so naiv waren, auf die Mündelsicherheit europäischer Anleihen zu vertrauen. Die Regulatoren haben allen Banken suggeriert, griechische Anleihen zum Beispiel hätten null Risiko. Das haben leider auch die Banken von Zypern geglaubt.

War das der erste Schritt in die spätere Pleite?

Vermutlich. Erst haben sie jede Menge Anleihen der griechischen Nachbarn gekauft, dann kam der Schuldenchnitt von 75 Prozent mit privater Beteiligung. Das können zyprische Banken nicht durchhalten.

Ist es nicht notwendig, auch die privaten Gläubiger zu beteiligen? Sonst steht doch am Ende nur der

Steuerzahler gerade...

Früher hat in angespannten Zeiten zunächst der sogenannte Pariser Club getagt, bestehend aus den Finanzministern. Dort wurden Lösungen vorgedacht und dem Londoner Club vorgestellt, in dem die privaten Gläubiger saßen. Dann fand ein Abgleich der Interessen statt, wobei häufig der Pariser Club über Steuermittel die größere Last trug.

Die Regierungen haben in Brüssel beschlossen, den Verzicht ausschließlich auf die privaten Gläubiger zu erstrecken, das ist ein neuer, und wie die Märkte gezeigt haben, ein gefährlicher Weg.

Hat der Euro die Menschen näher zusammengebracht oder entzweit er Europa eher?

Ich bin überzeugt, die Gemeinschaftswährung hat sich positiv ausgewirkt. Der Euro ist stabil, er hat Vorzüge für Touristen und den gesamten Wirtschaftsraum. Er muss jetzt leider als Sündenbock für verfehlte Politik herhalten.

Deshalb wünscht sich fast ein Drittel der Deutschen die D-Mark zurück...

Ein völlig abwegiger Gedanke. Deutschlands gute wirtschaftliche Entwicklung resultiert nicht nur aus

der Agenda 2010. Wir profitieren nachhaltig vom aus unserer Sicht „schwachen“ Euro. Würde er sich nur am früheren D-Mark-Raum orientieren, läge er sicher bei 1,60 zum Dollar. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre eine wirtschaftliche Katastrophe, die Mark würde dann stark aufgewertet. Und unsere Produkte auf dem Weltmarkt viel zu teuer. Es hätte dramatische Folgen für die Wirtschaft, wahrscheinlich wäre Massenarbeitslosigkeit die Folge.

Wie muss ein künftiger europäischer Staatenbund organisiert sein? Sind die Vereinigten Staaten von Europa ein Modell?

Vielleicht in hundert Jahren, aktuell wäre dies eine Überforderung. Man sieht ja schon wie schwierig eine föderale Struktur mit 16 Bundesländern zusammenzuhalten ist.

Könnten Sie sich vorstellen, von einem Franzosen oder Engländer regiert zu werden?

Diese Frage stellt sich in keinem internationalen Konzern. Führung leitet sich von Qualität und nicht von Nationalität ab. Ich will aber im politischen Raum angemessen über meine europäische Regierung mitbestimmen, dazu brauchen wir andere Wahlstrukturen.

Wie bewerten Sie die Führungsrolle Deutschlands in Europa?

Ich habe immer ein Problem damit, wenn sich jemand als Vorbild andient. Man muss von außen als Vorbild angesehen und respektiert werden. Wir haben sicher in der Wirtschaftspolitik vieles richtig gemacht, aber einige unserer Nachbarn auch. Und wir sind in vielen Bereichen kein Musterlände, weil wir zum Beispiel bis heute keinen gesetzlichen Mindestlohn haben. Es darf in der sozialen Marktwirtschaft nicht sein, dass ein Mensch nach 40 Stunden Arbeit in der Woche noch als Aufstocker zum Sozialamt gehen

muss. Ein Mindestlohn würde die deutsche Wirtschaft nur an der Peripherie treffen.

Sollten wir uns zur strategischen Weiterentwicklung der EU enger mit der kerneuropäischen Avantgarde zusammenschließen?

Ich halte nicht viel von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten. Es ist besser, einen Fahrplan zum Ziel zu entwickeln und dann die einzelnen Mitglieder zu befragen. Wer traut sich heute schon zu, den Weg zu gehen? Wer später kommen will – o.k. Er hat jederzeit Beitrittsrecht, niemand wird ausgeschlossen. Wenn er bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Und sich nicht wie Griechenland den Beitritt durch gefälschte Zahlen erschleicht.

Die wirtschaftlich schwächeren Staaten beklagen fehlende Solidarität bei den starken Nachbarn...

Wer Hilfe braucht, muss sich bestimmten Regeln unterwerfen. Und hier haben einige die Solidarität der Geberländer überstrapaziert. Das Prinzip: „Hilf mir, aber ansonsten halt dich raus!“ ist nicht vermittelbar. Es ist auch ein Akt von Solidarität, wenn ich den anderen zwingen, Reformen einzuleiten, um sein Land zukunftsfest zu machen. Wenn in Griechenland weiter auf jedem Zug drei Lokführer mitfahren, von denen einer nur nach hinten schaut, dann fällt es schwer, an Reformen zu glauben.

Bei aller Kritik, was stimmt Sie zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

In jeder Krise wohnt eine Chance, wir müssen unsere Nationalismen weiter zurückdrehen. Die aktuelle Krise ist ein heilsamer Schock, der zeigt, dass man das Erreichte nicht einfach ins Risiko stellen darf.



Dr. Joachim Paul

„Die Konstruktionsfehler des
Projekts werden offenbar“

Joachim Paul über die Zukunft Europas
und Notwendigkeit einer europäischen
Bürgerverfassung

ZUR PERSON

Der 1957 in Köln geborene **Dr. Joachim Paul** studierte Physik an der Universität Bochum und promovierte anschließend an der Universität Witten/Herdecke zum Dr. rer. medic. 1998 bis 2012 arbeitete er als wissenschaftlicher Referent mit dem Schwerpunkt Neue Medien am LVR-Zentrum für Medien und Bildung. Seit 2012 sitzt Dr. Joachim Paul als Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender der Piratenpartei im nordrhein-westfälischen Landtag.

Bedroht die derzeitige Krise das Projekt Europa?

Sie ist sicherlich dramatischer als frühere. Das Europa der 28 ist nach dem Beitritt Kroatiens an einem Wendepunkt angekommen. Die Konstruktionsfehler des Projekts werden offenbar. Ich würde den Zustand mit einem Tisch vergleichen, der auf drei Beinen stabil stehen sollte, aber das dritte Bein fehlt. Und das ist eine europäische Verfassung.

Von welcher Art Krise reden wir überhaupt?

Im Kern haben wir es mit einer Staatsschuldenkrise zu tun, die eigentlich Finanzmarkt-Stabilitätskrise heißen müsste. Die Banken sind staatlich gestützt worden, Gewinne blieben privatisiert und jetzt werden immer noch Verluste auf die Bürger umgelegt.

Gehen Europas Probleme also auf fehlende Regulierung der Finanzmärkte zurück?

Auf jeden Fall, mit drei Ausrufezeichen. Die Deregulierung von Finanzmärkten war der Ausgangspunkt bei der Entstehung sogenannter Blasen. Geldflüsse konnten sich immer mehr von der Realwirtschaft abkoppeln, Finanzprodukte kreisten nur noch um sich selbst. Mit den Folgen kämpft jetzt zum Beispiel Spanien, aber auch andere Länder in Südeuropa sind bedroht. Leider fällt der Politik derzeit

kein besseres Gegenmittel ein, als an die dritte Säule der Nachhaltigkeit, das Sozialwesen, die Kettensäge anzulegen.

Die Banken verteidigen sich, sie hätten die Staatsschulden nicht verursacht, nur als Dienstleister Kredite gegeben...

Zwei Drittel der Mitspieler auf dem globalen Markt der Finanzzocker sind nur Schattenbanken, mit einer viel zu geringen Eigenkapitaldecke. Statt solider Wirtschaftsfinanzierung haben sie Investmentbanking auf Zockerniveau betrieben. Und am Ende mussten dann die „systemrelevanten“ unter ihnen mit Steuergeldern gerettet werden.

Wie kann man das System der Abhängigkeiten zwischen Staaten und Banken entflechten?

Erstens durch die weitere Aufdeckung von Steueroasen. Damit wird sich die Einnahmenseite des Staates schon spürbar verbessern. Außerdem muss man über vernünftige Schuldenschnitte vor allem für die südeuropäischen Länder nachdenken. Drittens brauchen wir mehr Bankenregulierung, zum Beispiel durch ein Trennbanken-System. Mittelstandsgeschäft und Investmentbanking gehören nicht zusammen, Hochfrequenzhandel sollte verboten werden. Die Auflagen müssen allerdings län-

derübergreifend gelten.

Sind Sie mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden?

Nein, man kann es nur als unzureichend oder sogar mangelhaft bezeichnen. Deutschland verfolgt eine einseitige Rettungspolitik mit den Optionen Lohndiktat sowie Renten- und Sozialkürzungen.

Aber müssen die Kreditgeber nicht auf Strukturveränderungen hinwirken?

Natürlich sollen die Griechen ihr Steuersystem in Ordnung bringen. Aber warum müssen sie für Kredite viel höhere Zinsen zahlen als Deutschland? Der europäische Solidaritätsgedanke ist bei der deutschen Regierung am wenigsten ausgeprägt. Wir hängen doch als Exportweltmeister wie ein Junkie an der Ausfuhr auch in die EU, wir dominieren die Warenströme. Was sollen die Griechen exportieren, wenn der meiste Feta-Käse zum Beispiel im Allgäu hergestellt wird?

Wie wirkt sich das auf ein europäisches Gemeinschaftsgefühl aus?

Für die Bürger ist es ein doppelter Schlag ins Gesicht, der für das Europagefühl sehr negative Folgen hat. Sie erleben sich einmal mehr als Verlierer, während zum Beispiel international operierende Konzerne globale

Möglichkeiten zur Maximierung des Gewinns nutzen können. Wir lehnen in diesem Zusammenhang auch die EZB und den europäischen Stabilitätsmechanismus strikt ab, weil sie nicht demokratisch legitimiert sind.

Die Piratenpartei wehrt sich auch gegen den Begriff Europapolitik, für sie ist es Innenpolitik. Wie sieht das Europa-Modell der Piraten aus?

Wir stehen für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Es muss uns gelingen, die Gemeinsamkeiten zum Beispiel zwischen Spaniern und Finnen im Sinne einer Wertegemeinschaft in den Vordergrund zu stellen. Im Kern dieser Wertegemeinschaft ohne hegemonialen Anspruch steht die Idee vom europäischen Wohlfahrtsstaat. Die haben wir allerdings im letzten Jahrzehnt kräftig mit Füßen getreten.

Wie stehen Sie zur Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“?

Amerika ist anders gewachsen und taugt nicht als Vorbild. Grundlage unseres Miteinanders ist ein Minimum an gemeinsamen Werten, die gelten in Berlin, Kiruna oder Saloniki. Diese gilt es in einer europäischen Bürgerverfassung fest zu schreiben.

Hat der Euro die Menschen eher näher gebracht oder sprengt er jetzt Europa?

Zunächst hat er die Zusammengehörigkeit gestärkt, seit der Finanzkrise dreht sich das Bild etwas. Aber es sind wohl nur ein paar rückwärtsgewandte Politiker, die mit der Rückkehr zur D-Mark auf Stimmenfang gehen. Der Euro hat Konstruktionsfehler, aber die sind zu beheben. Sinnvoll wäre eine Möglichkeit zur Wechselkurs-Anpassung wie bei der Europäischen Währungseinheit (ECU). Damit könnten Spanien oder Griechenland Benachteiligungen gegenüber Deutschland ausgleichen.

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Nein, der steht nur einzelnen Individuen zu, keiner Organisation. Wobei ich noch zustimmen würde, wenn man den Preis posthum Konrad Adenauer oder Charles de Gaulle für ihr Friedenswerk verleihen wollte.

Kann die EU alle 28 Mitgliedsstaaten im gleichen Tempo mit in die Zukunft nehmen?

Ich vergleiche die EU mit einem Zug, jedes Land stellt einen Waggon dar. Es geht also nur in einer Geschwindigkeit vorwärts. Dazu muss man für einige Mitglieder die Startbedingungen vereinfachen, bei anderen über Schuldenschnitte nachdenken. Wir brauchen ein Förderprogramm, das ja bereits unter dem Stichwort „Europäischer Marschallplan“ diskutiert wird. Als Basis muss die Finanzpolitik auf demokratische Füße gestellt werden. Nationale Regierungen und Notenbanken sollten wieder bei der Geldpolitik Europas ein Wort mit reden.

Wie viele Mitglieder kann eine EU aushalten?

Das vermag ich nicht zu beantworten. Die Schweiz und Norwegen hätte ich schon noch gerne dabei. Schwieriger dürfte es mit Russland werden, das Land ist als Block einfach zu groß.

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

Die Tatsache, dass für die Mehrzahl der jungen Menschen Europa längst selbstverständlich ist. Sie wissen nichts mehr über die schwierigen Anfänge mit EWG und Montanunion. Angesichts der rasanten Veränderungen in der Welt können wir mit dem Erreichten in Europa schon sehr zufrieden sein. Wir müssen jetzt nur die Krise als Chance begreifen, aus den gemachten Fehlern die richtigen Schlüsse ziehen.



Monika Piel

„Wir haben noch immer eine
völlige Ungleichheit der
Lebensverhältnisse“

Monika Piel über die Unvermeidlichkeit
der Eurokrise und die Beschränkung auf
einen Kernwirtschaftsraum

ZUR PERSON

Die Journalistin **Monika Piel** wurde 1951 in Bensberg geboren und studierte Betriebswirtschaft und Jura in Köln. Seit 1978 arbeitet sie für den Westdeutschen Rundfunk, unter anderem als Korrespondentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik und als Direktorin des Hörfunks. Von 2007 bis 2013 leitete Piel als Intendantin den WDR.

Sind die Finanzmärkte schuld an der derzeitigen Europakrise?

Die Finanzmärkte haben einen ganz großen Anteil an der aktuellen Lage. Es wäre aber nie dazu gekommen, wenn die Politiker von Anfang an ihre Hausaufgaben gemacht hätten, so wie es in den Maastricht-Verträgen ja eigentlich vorgegeben war: Angleichung der Lebensverhältnisse, Einhaltung der Grenzen für Staatsverschuldung etc.

Ist die Politik zu sehr abhängig von den Finanzmärkten?

Die Regierungen haben zugelassen, dass Wachstum sehr stark von den Finanzmärkten ausgegangen ist. Es wurde viel Geld eingesetzt, um über Finanzprodukte weiter Gewinne zu machen statt über die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen. Dieses Ungleichgewicht hat zu einer gewissen Abhängigkeit der Politik geführt.

Haben wir es eher mit einer Euro als einer Europakrise zu tun?

Es ist sicher beides. Der Euro wäre aber nicht so gefährdet, wenn sich die Politiker auf die Erreichung von Gemeinsamkeiten in den einzelnen Politikfeldern konzentriert hätten, z.B. Verteidigungs-, Außen- und Sozialpolitik, statt sich nur auf die gemeinsame Währung zu kaprizieren. Ich war

immer ein Anhänger der sogenannten Krönungstheorie.

...die sah vor, dass die gemeinsame Währung als „Krönung“ eingeführt werden sollte, nachdem die Lebensverhältnisse aller europäischen Staaten angeglichen sind?

Genau. Durchgesetzt hat sich aber die andere Theorie, nach der durch eine gemeinsame Währung automatisch gleiche Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern entstehen würden. Das konnte nicht gut gehen. Mich wundert nur, dass die Krise erst so spät nach den Maastricht-Verträgen ausgebrochen ist. Sie ist aus meiner Sicht unvermeidlich.

Was kritisieren Sie konkret?

Wir haben noch immer eine völlige Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Das betrifft nicht nur die finanzielle Seite, die Ungarn erleben z.B. eine politische Krise mit Beschneidung demokratischer Rechte. Es ist in den ganzen Jahren nicht gelungen, trotz Milliarden die in EU-Regionalfonds ausgeschüttet wurden, alle Mitgliedsstaaten zukunftsfest weiter zu entwickeln. Spanien sitzt auf einem Berg von unverkäuflichen Ferienwohnungen. In welchen wirtschaftlichen Bereichen will Griechenland sich auf dem Weltmarkt positionieren? Noch

mehr Olivenanbau geht nicht, andere Länder können das inzwischen auch viel preiswerter.

Sind Sie mit dem Krisenmanagement speziell der deutschen Regierung zufrieden?

Den Kurs der Kanzlerin halte ich grundsätzlich für richtig. Die Staatsverschuldung muss zurückgefahren werden, Strukturreformen sind dringend notwendig. Nur so kann nach der Krise wieder Wachstum entstehen. Leider sehen unsere Nachbarn, Franzosen oder Italiener, das anders. Dort fordert man Konjunkturprogramme, die aber am Ende nur ein Strohfeuer sind und kein langfristiges Wachstum erzeugen. Sie dienen höchstens den Politikern, die gerne wiedergewählt werden wollen.

Wie hat sich die Einstellung der Menschen zu Europa im Zuge der Krise verändert?

Viele Bürger, vor allem in den südeuropäischen Staaten, haben mit der EU-Zugehörigkeit eine goldene Zukunft verknüpft. In Portugal wurden zum Beispiel umfangreiche Sozialleistungen eingeführt, die es vorher so nicht gab. Das ist gut, ist aber ein Grund dafür, dass Sie heute in Bereichen wie Straßenbau kaum noch Portugiesen finden, sondern diese

teilweise schlecht bezahlten Arbeiten von Weißrussen oder Kasachen ausgeführt werden, trotz hoher Arbeitslosigkeit der Portugiesen. Jetzt werden überall Einschnitte notwendig und plötzlich würden viele Länder gerne wieder zur früheren völligen nationalen Unabhängigkeit zurückkehren. Die vielbeschworene Solidarität gilt offenbar nur in Schönwetter-Perioden.

Darunter leidet auch das Ansehen Deutschlands bei den europäischen Nachbarn...

Ich bin überrascht, wie groß teilweise die Wut auf Deutschland oder personifiziert die Kanzlerin zum Beispiel in Griechenland war. Da brechen noch Ressentiments und Nazi-Vergleiche auf, die ich als längst überwunden glaubte. Europa hat seine größte Krise zum Zusammenhalt noch vor sich!

Könnte Deutschland noch mehr von seinen Nachbarn lernen?

Ich glaube nicht, zumindest was die Wirtschafts- und Finanzpolitik angeht. Wir haben seit dem 2. Weltkrieg bewiesen, dass wir ein gutes Rezept zur Stabilität haben. Daraus sollte man aber nicht ableiten, dass Deutschland alle Defizite Europas ausgleichen könnte. Durch die hohe Staatsverschuldung in etlichen Mitgliedsstaaten ist Europa ein Fass ohne Boden geworden. Im Prinzip haben wir ja bereits die Gemeinschaftshaftung für alle Schulden eingeführt.

Wie müsste denn ein belastungsfähigeres Staatenbündnis organisiert sein?

Wir müssen ein paar Schritte zurück machen. Ein Kerneuropa in den Mittelpunkt stellen, bestehend aus den wirtschaftlich stärksten Nationen. Griechenland und andere Staaten sollten aus der EU oder zumindest der gemeinsamen Währung austreten. Bis die völlig ungleichen Lebensverhältnisse sich angenähert haben.

Auf lange Sicht ist das für mich der einzige Weg – aber ich bin froh, dass ich nicht in der politischen Verantwortung stehe.

Könnten Sie sich vorstellen, in einer europäischen Zentralregierung von einem Franzosen oder Italiener regiert zu werden?

Im Moment nicht, vielleicht in der Zukunft, wenn dieses Europa einen gesunden Unterbau hat. Wir neigen immer dazu, wichtige Schritte zu überspringen. Wir müssen schrittweise die Sozialpolitik angleichen, brauchen zunächst eine gemeinsame Finanzpolitik.

Glauben Sie, die Deutschen stehen trotz aller Kritik zu Europa?

Ja, wir sind durch die deutsche Geschichte für viele Dinge sensibler als andere Staaten. Hier könnte kein Berlusconi mit einer europafeindlichen Kampagne mit breitem Erfolg auf Stimmenfang gehen. Die meisten Deutschen wissen auch, dass wir als Exportland sehr stark von der Gemeinschaft profitieren.

Hat die EU nach Ihrer Meinung den Friedensnobelpreis verdient?

Wenn man die Bemühungen um Frieden seit Ende des 2. Weltkriegs betrachtet, ja. Aber dafür käme der Preis ziemlich spät. Der dauerhafte Frieden unter den europäischen Nachbarn spielt im heutigen Lebensgefühl der Menschen keine Rolle mehr.

Was stimmt Sie zuversichtlich, dass Europa vielleicht doch die beste Zeit noch vor sich hat?

Die Menschen sind schon näher zusammengerückt, es gibt keine Grenzkontrollen mehr. Wir sind offener geworden für andere Kulturen, fremdeln zum Beispiel als Deutsche nicht mehr mit spanischen Lebensgewohnheiten. Aber neben den Fortschritten im menschlichen Miteinander mache ich mir schon Sorgen um die wirtschaftli-

che Stabilität. Das Risiko der Inflation wächst, seit der Zypern-Krise fürchten nicht wenige Menschen sogar die Enteignung ihres Besitzes – ein für die Zukunft eher bedrohliches Szenario.



© Bundesministerium der Finanzen, Foto: Ilja C. Hendel

Dr. Wolfgang Schäuble

„Die Probleme sind nicht so
unüberwindlich, wie sie uns im
Alltag manchmal vorkommen“

Wolfgang Schäuble über ein tragfähiges
Ordnungsmodell für das politische Europa
und den vertrauensvollen Umgang mit
den europäischen Nachbarn

ZUR PERSON

Dr. Wolfgang Schäuble wurde 1942 in Freiburg im Breisgau geboren und studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg und Hamburg. Er ist seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Während seiner erfolgreichen politischen Laufbahn war er unter anderem Bundesinnenminister und Chef des Bundeskanzleramtes. Seit 2009 ist er Bundesfinanzminister.

Wie stark bedroht die aktuelle Krise das Projekt Europa?

Europa bewegt sich am stärksten in Krisen voran. So haben wir durch die aktuelle Eurokrise erreicht, dass das Regelwerk für die Finanzmarktregulierung konkretisiert wurde, Europa wächst enger zusammen. Die Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedsstaaten verbessert sich bereits, aber das braucht Zeit. Die Differenz in den Arbeitskosten liegt in vielen Ländern bei weitem nicht mehr so hoch wie vor drei Jahren.

Also sind Sie rundum zufrieden mit dem deutschen Krisenmanagement?

Wir haben eine Menge erreicht, aber zufrieden sein sollte man in der Politik nie. Man darf die Dinge nicht isoliert betrachten. Wir müssen uns als Folge der Finanzkrise jetzt mit einer Legitimationskrise Europas auseinandersetzen. Es hat jetzt absolute Priorität, die Jugendarbeitslosigkeit schneller und erfolgreicher nicht nur zu bekämpfen, sondern auch zu überwinden. Sonst wird der europäische Gemeinschaftsgedanke zu sehr an Legitimation verlieren.

Hat die Gemeinschaftswährung die Probleme verschärft?

Die Ursache ist nicht der Euro, auch nicht in den südeuropäischen Län-

dern. Sondern der Druck der Globalisierung, auf den viele Länder nicht rechtzeitig reagiert haben.

Wer ist verantwortlich für die Fehlentwicklung?

Es bringt nichts, sich gegenseitig eine Schuld zuzuschreiben. Der europäische Einigungsprozess ist etwas Einmaliges, aus anfangs sechs Staaten jetzt mit 28, gerade ist Kroatien beigetreten, eine Gemeinschaft zu formen. Davon 17 in einer Währungsunion souveräner Staaten. Europa ist eine große Erfolgsgeschichte, wir hätten niemals die deutsche Teilung ohne den europäischen Einigungsprozess überwunden. Oder den eisernen Vorhang eingerissen.

Diese EU-Erfolgsstory teilt sich nicht allen Menschen mit...

Die Zustimmung der Deutschen zum Euro ist nach wie vor sehr hoch. Die Menschen haben nach Jahren der Krise begriffen: „Es ist manchmal schwer, aber es ist zu unserem Besten und wir dürfen es nicht gefährden.“ In anderen Ländern ist die Akzeptanz nicht so hoch, aber man muss schon anerkennen, was Griechenland im letzten Jahr erreicht hat, auch Spanien ist auf einem sehr guten Weg.

Hat sich die Politik zu sehr in Abhängigkeit vom Finanzsektor be-

geben?

Nein. Es gab zwar enge Verbindungen zwischen Banken und Schuldenstaaten. Aber im Kern ist die Eurokrise eine Folge der Bankenkrise. Erst als im Zuge dieser Krise die Finanzmärkte nachhaken, wie steht es eigentlich mit dem Euro, ist die hohe Verschuldung einiger Länder aufgefallen. Obwohl man ja festhalten muss, dass die betroffenen Euro-Länder nicht annähernd so hoch verschuldet sind wie beispielsweise Japan oder auch die USA.

Unter dem Stichwort Bankenunion wird das Finanzsystem künftig nach einheitlichen Regeln so von europäischen Institutionen beaufsichtigt, dass große Banken nicht wieder Risiken wie in den Jahren 2008/09 anhäufen können.

Wie könnte denn ein tragfähiges Ordnungsmodell für das politische Europa aussehen?

Wir werden etwas völlig Neues schaffen, es wird sicher kein europäischer Nationalstaat werden oder „Vereinigte Staaten“ nach dem Beispiel Amerikas. Das alte Regelungsmonopol der Einzelstaaten wird ergänzt durch ein europäisches Parlament. Für Deutschland ist das nicht ganz so schwierig, wir sind föderale Strukturen gewohnt. Es darf jedoch auf

keinen Fall passieren, dass es keine nationalen Eigenheiten mehr gibt, denn der Reichtum Europas liegt in der Vielfalt.

Wie soll dieses „völlig Neue“ aussehen?

Staatlichkeit wird nicht mehr auf eine Ebene begrenzt sein, so wie es heute noch das Völkerrecht vorsieht. Wir haben jetzt souveräne Staaten mit einem Regelungsmonopol nach außen, gleichzeitig ein Interventionsverbot, niemand darf sich in die inneren Angelegenheiten des anderen einmischen. Das passt nur noch begrenzt ins 21. Jahrhundert. Nehmen Sie zum Beispiel die Umweltverantwortung. Sie ist eine globale Herausforderung, da sollte sich niemand auf das Interventionsverbot berufen können und sagen dürfen: Das Problem interessiert mich nicht. Wir sind gemeinsam verantwortlich und brauchen deshalb eine neue Form von Governance.

Den Menschen drängt sich die EU-Verwaltung in Brüssel wie ein Oberlehrer auf, der alles regeln will bis hin zur Krümmung der Gurke...

Im Ernst, es liegt auch hier ein langer Prozess vor uns, aber wir haben auch schon sehr viel erreicht. Die Europäische Kommission versteht sich als Motor der Einigung und Hüter der Verträge und leistet gute Arbeit. Im Bemühen, die großen gesellschaftlichen Themen europaweit zu regeln geht es manchmal ein Stück weit über das erforderliche Maß hinaus. Im Alltag empfinden die Menschen dann das beschriebene Übermaß an Bürokratisierung aus Brüssel.

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Ja, die europäische Einigung ist in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das größte Friedenswerk. Länder, die sich Jahrhunderte lang bekriegten, haben gelernt, um unterschiedliche Interessen zu streiten, ohne Gewalt

anzuwenden.

Deutschlands dominierende Rolle hat in einigen Nachbarstaaten wieder das Bild des „hässlichen Deutschen“ erzeugt. Verletzt Sie das?

Wenn man in manche deutschen Boulevard-Blätter schaut, könnte man sich als Südeuropäer oder Pole auch gelegentlich verletzt fühlen. Deutschland hat eine besondere Verantwortung, wir liegen in der Mitte Europas, haben die meisten direkten Nachbarn. Wirtschaftlich sind wir sehr gut aufgestellt, haben aber auch eine besonders belastete Geschichte. Uns fällt eine führende Rolle zu, wir sollten aber nicht glauben, Europa dominieren zu können. Unser Ziel ist immer eng und vertrauensvoll mit unseren Nachbarstaaten zusammen zu arbeiten.

Was zeichnet uns aus und wo können wir von den europäischen Nachbarn lernen?

„Unser duales Ausbildungssystem ist sicher beispielhaft. Wir haben im Gegensatz zu vielen anderen Ländern kein Problem mit der Jugend-Arbeitslosigkeit. Und sehr erfolgreiche, kleine und mittlere Unternehmen. In vielen Dingen sind die Deutschen jedoch schwerfälliger als andere, bauen Sie hier mal einen Flughafen. In unserem Hang zum Perfektionismus können wir schon sehr kompliziert sein!

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa beste Tage noch kommen?

Das bisher Erreichte macht mich sehr zuversichtlich. Die Probleme sind nicht so unüberwindlich, wie sie uns im Alltag manchmal vorkommen. Die Welt braucht Europa. Wir verstehen uns besser als alle anderen auf Nachhaltigkeit. Die europäischen Staaten haben gelernt, sich durch mühsame Prozesse immer wieder anzunähern, statt in Gewalt zurückzufallen. Wir haben gesellschaftliche Bedrohungen wie Fundamentalismus in der

Geschichte hinter uns gelassen. Und wir wissen um die Bedeutung sozialer Kohärenz, dass die Kluft zwischen denen, die immer Glück hatten im Leben und den Menschen, die weniger Glück hatten, nicht zu groß werden darf.



Michael Schmidt

„Wir blenden mit großer
Nonchalance die Realität aus“

Michael Schmidt über mangelnde
Ehrlichkeit in Europa und die Ursachen
der Krise

ZUR PERSON

Michael Schmidt ist Vorstandsvorsitzender der BP Europa SE. Er war zunächst als Controller und General Manager in verschiedenen Bereichen der BASF tätig. 1998 wechselte er zur Veba Oel AG und übernahm dort ein Jahr später die kaufmännische Leitung der Raffinerie Gelsenkirchen. 2005 wurde er für den Bereich Personal in den Vorstand der Deutschen BP AG berufen. Nach Gründung der BP Europa SE im Jahr 2010 blieb Michael Schmidt Personalvorstand und Geschäftsführer einiger Tochtergesellschaften. Seit dem 1. Mai 2012 ist er Vorstandsvorsitzender des Unternehmens.

Krisenzeiten führen oft dazu, dass die Menschen enger zusammenrücken. Liegt in der aktuellen Situation eine Chance für Europa?

Ich glaube nicht. Die Krise hat die einzelnen Länder sehr unterschiedlich getroffen, es treten jetzt ganz viele Partikularinteressen zu Tage. Einen Druck oder ein ausgeprägtes Bedürfnis zum Zusammenwachsen sehe ich vielleicht noch bei der Politik und den Eliten, aber nicht in der Mehrheit der Bevölkerung Europas.

Bei einer Forsa-Umfrage für BAPP verbinden 30 Prozent der befragten Deutschen mit dem Engagement für Europa eher Nachteile...

Vielleicht nehmen diese Menschen vieles einfach als selbstverständlich hin. Sie machen sich keine Gedanken über Hintergründe, die sie wohl auch nicht einschätzen können. Wer glaubt, Frieden und Miteinander in Europa sind normal, da könne nichts passieren, der ist gnadenlos auf dem Holzweg.

Wo sehen Sie die Hauptursache für die aktuellen Probleme in Europa?

Wir blenden mit großer Nonchalance die Realität aus: Wir leben seit langem über unsere Verhältnisse! Sowohl als Staat wie auch privat. Eigentlich muss jedem klar sein, dass das nicht länger gut gehen kann.

Tragen die Banken Mitschuld an der Entwicklung?

Wir haben im Bankbereich sicherlich den Hund von der Kette gelassen und wundern uns später, dass er beißt. Aber zuallererst haben wir eine Schuldenkrise. Die auch Deutschland einschließt. Im Wahljahr wird jetzt wieder ein Füllhorn staatlicher Leistungen ausgeschüttet, ohne zu fragen, wer das hinterher bezahlt.

In der Debatte um Konsolidierung der Staatsfinanzen vor allem unserer europäischen Nachbarn dreht sich alles um die Frage: Wie viel Sparen würgt die Wirtschaft ab?

Nehmen wir das oft zitierte Beispiel Griechenland. Ohne ein Notprogramm sind die Schulden nicht einzudämmen. Aber durch die Sparpolitik des Staates wird ein struktureller Fehler deutlich: Die Regierung hat Jahrzehnte lang alle möglichen Aktivitäten in der Wirtschaft subventioniert. Ohne Subvention wird deutlich, wie ineffizient die meisten Unternehmen arbeiten. Das trifft die Menschen mit voller Wucht, man kann das auch nicht Häppchenweise verabreichen.

Wenn Deutschland mit Hilfe und guten Ratschlägen kommt, wird bei unseren Nachbarn schnell wieder das Bild des bösen Deutschen aus der Bismarck- oder gar Hitlerzeit

bemüht...

Ein verständliches Ablenkungsmanöver. Wenn Sie als Staat zugeben müssen, dass Sie Hilfe von außen brauchen und diese dann an Bedingungen geknüpft wird, fühlen Sie sich bevormundet. Innenpolitisch werden dann Bilder bemüht, die nicht der Realität entsprechen. Hier liegt übrigens ein Grundübel im europäischen Miteinander: mangelnde Ehrlichkeit!

Was meinen Sie damit konkret?

Es gibt eine Vielzahl von Beispielen. Wir tun so, als könne jedes Land für sich die Energiefrage lösen, in Deutschland sogar jedes Bundesland. Dabei würde doch schon jetzt ohne grenzüberschreitende Netze alles zusammenbrechen. Wir bauen hochsubventionierte Solaranlagen hier auf, statt dort wo die meiste Sonne scheint. Gleiches gilt für Windanlagen in der bayerischen Tiefebene...

Wo brauchen wir mehr, wo weniger Europa?

Wir brauchen vor allem ein mehr an Verständnis für die Kultur unserer Nachbarn. Verbunden mit der Akzeptanz für nationale Eigenheiten. Weniger reicht beim Bemühen, selbst dem Krümmungsgrad der Banane einen europäischen Standard zu verpassen.

Gibt es auf dem Weg zum vereinten Europa schon Dinge, auf die wir stolz sein können?

Es ist uns noch nie so gut gegangen, wir hatten noch nie über einen so langen Zeitraum Frieden und stabile Verhältnisse. Aber weil Europa nicht mit einer Stimme redet, droht es weltweit in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Wir müssen weg von der Kritik an Kleinigkeiten und an einem gemeinsamen Gesellschaftsentwurf arbeiten.

Was macht Ihnen am meisten Sorgen?

Zum Beispiel der Wahlausgang in Italien. Von draußen wirkt das Ergebnis absurd, weil eine Regierung abgestraft wurde, die sich ernsthaft um Reformen bemüht hat. Wenn das der Lackmus-Test für die Bereitschaft zur Konsolidierung war, muss ich sagen: Die Menschen in Europa wollen nicht ernsthaft sparen. Auch wir Deutschen sind ja nicht bereit, Einschnitte hinzunehmen, selbst wenn sie für eine gesunde Wirtschaft förderlich sind. Die SPD wurde entsprechend für die Agenda 2010 abgestraft.

Was würden Sie sich für ein künftiges gemeinsames Europa wünschen?

Ein tragfähiges gemeinsames Gesellschaftsmodell. Das anerkennt, dass Menschen verschieden sind. Darauf weist die Politik leider nur bei der Diversity-Debatte hin. Ansonsten wird zu oft Chancengerechtigkeit mit Ergebnisgleichheit verwechselt. Leistung muss sich lohnen, der letzte Versuch, allen das Gleiche zu versprechen ist mit der DDR gescheitert.

Wir brauchen ein anderes Grundverständnis von „Staat“. Quer durch Europa herrscht die Meinung vor, der Staat könne alles richten weil er über grenzenlose finanzielle Ressourcen verfügt. Aber das Geld muss jeder einzelne von uns durch Steuern aufbringen. Ich fände den Verlauf ei-

ner Debatte um Hartz-IV-Leistungen spannend, wenn künftig je zehn Steuerzahlern ein Hartz-IV-Empfänger zur Versorgung zugewiesen würde...

Und schließlich muss sich europäische Politik auf die wirklich relevanten Themen konzentrieren. Nur so können Politiker erreichen, dass die Menschen sich von Brüssel wirklich repräsentiert fühlen.



Martin Schulz

„Wir haben es nicht mit
einer Währungskrise zu tun,
sondern mit überforderten
Institutionen“

Martin Schulz über die Machtlosigkeit
europäischer Institutionen und
Kompetenzen einer europäischen
Regierung

ZUR PERSON

Martin Schulz wurde 1955 in Hehrath geboren. Er sitzt seit 1994 im Europäischen Parlament und arbeitete in diversen Ausschüssen, etwa dem Menschenrechtsausschuss, dem Innen- und dem Justizausschuss. Nach der Europawahl 2004 wurde Schulz zum Fraktionschef der europäischen Sozialdemokraten gewählt. Seit 2009 ist er zusätzlich auch Europabeauftragter der SPD. Martin Schulz ist seit Januar 2012 Präsident des Europäischen Parlaments.

Wird auch diese Krise die Europäische Union voranbringen, oder bedroht sie das Projekt als Ganzes?

Beides ist möglich. Die Krise kann ein Beschleuniger der Integration werden. Wenn insbesondere die Eurozone kein effektiveres politisches Management bekommt und die Regierungen nur ihre nationalen Interessen vertreten, kann die Krise aber auch zentrifugale Kräfte freisetzen, die das Projekt scheitern lassen.

Welcher Art ist die Krise?

Der Euro ist eine stabile Währung. Aber das politische System passt nicht zur Währung. Die USA haben eine Währung und eine Regierung. Die Europäer haben eine Währung und 17 Regierungen. Ausgerechnet Premier Cameron hat darauf hingewiesen, dass die Eurozone nicht die notwendige institutionelle Ausrüstung hat. Die Situation wird verschärft, weil der Europäische Rat als neues Organ des Lissabon-Vertrages alle wichtigen Entscheidungen an sich gezogen und dabei das Einstimmigkeitsprinzip durch die Hintertür wieder eingeführt hat. Und jedes Mal gibt es einen, der ein Veto einlegt.

Nach unserer Forsa-Umfrage sieht die große Mehrheit der Bürger den Kern des Problems bei den Banken...

Die Leute bejahen Europa und seine einheitliche Währung. Sie haben aber kein Vertrauen, dass es mit den bestehenden Strukturen vernünftig gemanagt wird. Wir haben es nicht mit einer Währungskrise zu tun, sondern mit überforderten Institutionen. Wir brauchen ein Organ, das die Macht hat, die notwendigen Regeln durchzusetzen. Dass die Leute darin eine Bankenkrise sehen, kann ich nachvollziehen. Es hat mit einem Gefühl zu tun, dessen Dramatik mir eine junge Akademikerin in Madrid mit den folgenden Worten vermittelt hat: „Sie haben 700 Milliarden Euro, um die Banken zu retten – wie viel haben Sie eigentlich für mich kleines Licht?“ Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen der Schuldenkrise und den Banken. In Irland wurde der weitaus größte Teil des exorbitanten Defizits durch die staatliche Rettung der Banken verursacht. Die Menschen haben mit der Kritik an „den Banken“ die Abhängigkeit der Staaten von einem Finanzsystem im Auge, das mächtiger ist als die Staaten selbst.

Können die eingeleiteten Maßnahmen eine Wiederholung des Absturzes ausschließen?

Nein, das glaube ich nicht. Der Wille, bestimmte Fehlentwicklungen zu korrigieren, ist da, die Durchsetzungsfähigkeit häufig nicht. Machen

wir uns keine Illusionen: Das Casino läuft weiter. Die EU hat große Probleme, Regeln an den Finanzmärkten – Limits für Boni, Hochfrequenzhandel, Spekulation, Steuerflucht – auf internationaler Ebene durchzusetzen. Obwohl sie es als größter Markt der Welt könnte. Aber es gibt Mitgliedstaaten, die wollen das nicht. Bei der Finanztransaktionssteuer machen 16 EU-Staaten nicht mit!

Ist aus der Finanzkrise eine europäische Vertrauenskrise geworden?

Absolut. Die Idee von Europa – dass Staaten und Völker zusammenarbeiten, um sich gegenseitig zu stützen und zu stärken – ist unbestritten. Aber immer weniger Menschen verbinden diese Idee mit der EU, so wie sie heute ist. Sie wird wahrgenommen als ein permanentes Ärgernis, das sich überall einmischt und auf der anderen Seite bei ihren eigentlichen Aufgaben so inkompetent ist, dass sie jedes Vertrauen verspielt hat. Dieser doppelte Vertrauensverlust ist dramatisch – und wird ergänzt durch einen Vertrauensverlust auf nationaler Ebene. Ich verweise auf einen Vorfall, der in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen wurde. In Portugal hielt Premier Passos Coelho im Februar eine Rede im Parlament. Da fingen die Leute auf der Tribüne spontan an, das Lied „Grandola, vila morena“ zu

singen, mit dem 1974 das Signal zur Nelken-Revolution gegeben wurde. Das heißt: Die Menschen haben das Gefühl, es ist so weit wie 1974!

Gibt es ein „europäisches Modell“, das bewahrenswert wäre auch gegenüber den USA?

Die Garantie der individuellen Menschenrechte in einer Grundrechte-Charta, die von einer gegenseitig sich kontrollierenden und stützenden Staatengemeinschaft definiert und durchgesetzt wird – das ist allemal ein verteidigungswürdiges Modell.

Eint der Euro die Europäer, oder bringt er sie auseinander?

Der Euro treibt sie nicht auseinander, sondern das falsche Management. Merkel erzählt den Deutschen: Ich schütze eure Interessen gegen die unbilligen Ansprüche anderer. Samaras erzählt seinen Leuten: Wir leben unter einem deutschen Protektorat.

Sind die Vereinigten Staaten von Europa ein brauchbarer Leitbegriff?

Ich weiß nach fast 20 Jahren im Europa-Parlament, wie stark nationale Identität ist, dass Völker diese Identität nicht aufgeben wollen. Deswegen werden die Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie kommen, aus Deutschland nicht ein europäisches Bundesland machen. Wir werden eine andere Form finden müssen: Eine politische Union mit einer klaren Aufgabenteilung zwischen den Nationalstaaten und der EU. Es gibt in der Brüsseler Kommission zwei Denkschulen. Die eine gibt nicht Ruhe, bis sie den letzten Kommunalfriedhof privatisiert hat. Die andere verlangt eine einheitliche europäische Beerdigungsordnung. Das geht den Leuten auf den Nerv! Nur dort, wo nationale Organe an ihre Grenzen stoßen – Klimawandel, Währungspolitik, Migrationsfragen, organisierte Kriminalität, Handel, Außengrenzensicherung, Landwirtschaft – brauchen wir eine

europäische Regierung. Darauf muss sie sich konzentrieren.

Wo ist der Unterschied zu den USA?

Die sind ein einheitlichere Föderalstaat mit entsprechenden Strukturen. Die EU wird kein einheitlicher Föderalstaat sein, und deswegen wird sie auch andere Regierungsstrukturen haben. Die Nationalstaaten werden einen abschließenden Souveränitätsverzicht üben, aber nicht in Form einer Verfassung, sondern in Form multilateraler, rechtsverbindlicher Verträge, die reversibel sind. Die kulturelle Vielfalt ist nicht der Sperrriegel der Integration. Der Sperrriegel ist die Angst der Menschen in einem Kontinent, in dem der Nationalstaat erfunden worden ist: Dass Europa die nationale Identität auflöst. Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir den Leuten sagen: Wir garantieren eure nationale Identität, wir brauchen sie. Europa muss die nationale Identität stärken – aber eine europäische hinzufügen.

Es gibt wachsende Vorbehalte gegen die dominierende Rolle Deutschlands. Zu Recht?

Die Menschen in den Partnerländern machen nicht Deutschland in toto für seine Regierung verantwortlich. Die Kritik gilt nicht Deutschland, sondern seiner Regierung, und Frau Merkel, die als Regierungschefin Europas wahrgenommen wird. Zum großen Teil zu Unrecht – um den Tisch des Europäischen Rates sitzen 27 Staats- und Regierungschefs. Wenn nicht genügend Männer sagen: Wir machen nicht mit, kann ich nicht Frau Merkel vorwerfen, dass sie sich durchsetzt.

Sind die Deutschen in Versuchung, einen Führungsanspruch zu übertreiben?

Ich halte es mit Helmut Schmidt, der gesagt hat. Deutschland ist das Relais des Kontinents, zwischen Nord und Süd und Ost und West. Und da

gilt für die heutige Generation, was für viele vor ihr gegolten hat: Wann immer das Zentrum stark und die Peripherie schwach war, musste sich das Zentrum entscheiden, ob es die Stärke nutzt, um die Peripherie stärker zu machen, oder ob es die Stärke nutzt, der Peripherie seinen Willen aufzuzwingen. Letzteres hat stets im Desaster geendet. Das ist eine der brilliantesten historischen Analysen zur Rolle Deutschlands. Wir müssen uns also entscheiden. Mein Eindruck ist: Die Deutschen entscheiden sich für die Stärkung der Peripherie – erzählen aber zuhause was anders. Das sollten wir sein lassen.

Warum hat Europa seine beste Zeit noch vor sich?

Diese Krise hat offen gelegt, dass es einen Abgrund gibt. In diesen Abgrund haben wir mehrfach geschaut. Deswegen wird die überwältigende Mehrheit der Leute sagen: Jede Re-Nationalisierung ist schlechter als ein schlechtes Europa – lasst uns lieber Europa besser machen!



Gabor Steingart

„Ich will den EU-Präsidenten
nicht bewundern, ich will ihn
abwählen können“

Gabor Steingart über das Fehlen
demokratischer Kontrollfunktionen der EU
und die Notwendigkeit einer europäisch-
einheitlichen Sprache

ZUR PERSON

Gabor Steingart, 51, ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Handelsblatt und Herausgeber des Handelsblatts. Zuvor war er drei Jahre Chefredakteur von Deutschlands größter Wirtschafts- und Finanzzeitung. Beim Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL leitete er das Ressort Wirtschaft und später das Hauptstadtbüro. Steingart zählt zudem zu einem der profiliertesten Sachbuchautoren in Deutschland.

Ist die aktuelle Krise dramatischer als frühere und bedroht am Ende das Projekt Europa?

Wir hatten schon viele Krisen in Europa, die größten mündeten in zwei Weltkriege. Gemessen an dieser europäischen Krisenvergangenheit ist die aktuelle Situation weniger als halb so schlimm. Dennoch dürfen wir die Inkubationszeit des aktuellen Krisenvirus nicht unterschätzen. Es ist nicht völlig auszuschließen, dass das Projekt Europa von innerer Auszehrung bedroht ist. Wir müssen unsere europäischen Antikörper aktivieren.

Von welcher Art Krise sprechen wir? Geht es eher um den Euro, Staatsverschuldung oder die europäischen Institutionen?

Wir haben es primär mit einer Staatsschuldenkrise zu tun. Viele Staaten sind ebenso überschuldet wie die amerikanischen Hausbesitzer. Einige Banken stecken in Liquiditätsschwierigkeiten. Dies sind Folgen einer Politik der Verschuldung, des Dazukaufens von Wohlstand, was in den 70er Jahren begonnen hat und sich in den 90er Jahren rasant beschleunigte. Wir sind jetzt an einem Wendepunkt angekommen, weil die Geldgeber auf den Kapitalmärkten ihre Spendierhosen ausgezogen haben. Aus Gier wurde Furcht und aus

Furcht entstand die aktuelle Refinanzierungskrise für Südeuropa.

Was bedeutet das konkret?

Die Welt hat jetzt die Chance, in ein Zeitalter der Entschuldung einzutreten. Diese Chance ist auch dann eine echte Chance, wenn sie uns durch die Kapitalmärkte aufgenötigt wird. Banken und Staaten sollten jetzt ihre Risikopositionen herunterfahren und die Sicherheitsstandards erhöhen.

Sind dafür die richtigen Weichen gestellt?

In Europa versucht man, den Weg der kollektiven Entschuldung zu beschreiten, unter Schmerzen. Einige Länder außerhalb Europas aber gehen jetzt erst so richtig in die Vollen. Die Geldbereitstellung zum Nulltarif, so wie in den USA oder Japan vorexerziert wird, versucht die Krise dadurch zu dämpfen, aber in Wahrheit wird sie dadurch erst so richtig gefeuert. Der bequeme Weg wird sich am Ende als der schmerzhaftere erweisen.

Wer ist für den wachsenden Schuldenberg verantwortlich?

Eine unheilige Allianz aus Regierungspolitikern und Banken, die überall im Westen auf abflachende Wachstumskurven nicht mit mehr Anstrengung oder größerer Bescheidenheit

reagierte, sondern mit Maßlosigkeit. Politik und Finanzindustrie gingen ein Koppelgeschäft ein: Der eine bekam billigen Kredit, im Gegenzug wurde das Bankensystem liberalisiert, ja entfesselt. Elementare Finanzierungsregeln hat man suspendiert. Eigenkapitalregeln wurden gelockert, das Verschneiden von Wertpapieren erlaubt, Hedgefonds in Deutschland zugelassen. Angeschoben von Politikern und Bankern, die glaubten, eine Win-win-Situation geschaffen zu haben: Gewinne für die Banken, Wahlerfolge für die Politiker.

Müssen Banken also in Zukunft strenger kontrolliert werden?

Mehr als das, es ist ein wirklicher Kulturwandel nötig. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Ann-Kristin Achleitner hat die Banker der Neuzeit als „verformte Generation“ bezeichnet. Die Banken haben in der Tat Produkte mit eingebauter Sollbruchstelle auf den Markt gebracht, es war klar, dass sie explodieren, nur das wann und wo und bei wem war noch offen.

Sind Sie mit dem Euro-Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden?

Kann man ja nicht. Auch Europa setzt mit seinen Rettungsschirmen und dem Kauf von Staatsanleihen

durch die Notenbank auf eine Politik der wundersamen Geldvermehrung. Der anstrebte Gleichklang von Wachstum und Sparsamkeit funktioniert bisher nicht, zumindest nicht in Südeuropa. Die Massenarbeitslosigkeit dort ist das Damoklesschwert, das über Europa hängt.

Führt die Entwicklung in eine gesamteuropäische Vertrauenskrise?

Solange der Wohlstand hält, bleibt auch Vertrauen in die Idee. Aber da wo alles wegbricht, der Job, die Rente, die Zukunftsperspektive, hat das logischerweise Auswirkungen auf die Vision von Europa. Wenn Europa von Millionen übersetzt wird mit Verlust von Arbeitsplätzen und sozialem Abstieg, werden sich die Menschen zurückziehen. Niemand marschiert sehenden Auges dem eigenen Untergang entgegen und niemand sollte das vom anderen erwarten. Wir wollen ja ein Europa der Freiheits-, und der Wohlstandsfreunde und nicht ein Europa der Lemminge.

Wie könnte ein künftiges Modell für europäisches Zusammenleben aussehen?

Erstens sollten wir uns auf einen Ordnungsrahmen verständigen, der weit über Finanzregeln hinausgeht. Eine Vision, die sich im Fiskalischen erschöpft, ist per definitionem keine Vision mehr. Zweitens brauchen wir eine demokratische Basis für diese vor unseren Augen entstehenden Vereinigten Staaten von Europa. Demokratiedefizit ist eine verharmlosende Beschreibung für das Fehlen von demokratischen Kontrollfunktionen in der EU. Ich will den EU-Präsidenten nicht bewundern, ich will ihn abwählen können.

Wo brauchen wir mehr und wo weniger Europa?

Wir können auf sehr viel europäische Bürokratie verzichten, die lähmt, kostet Wohlstand und Akzeptanz. Zu-

gleich ist ein europäisches Denken und Fühlen unerlässlich, wobei das nicht bedeutet, den Nationalstaat zu verraten. Die New Yorker fühlen sich in erster Linie als New Yorker, sind aber wenn es darauf ankommt mit gleicher Inbrunst auch Amerikaner. Dagegen muss der Zweiklang von Italiener-Sein und Europäer-Sein erst noch geübt werden.

Wie wichtig wäre eine gemeinsame Sprache für ein vereintes Europa?

Ich glaube, dass wir eine gemeinsame Sprache brauchen, wenn wir die Fata Morgana, die Vereinigten Staaten von Europa, tatsächlich erreichen wollen. Das große einigende Projekt in Amerika war die Sprache, wie Samuel Huntington nachgewiesen hat. Man darf nicht vergessen, dass dies kein Selbstläufer in den Gründerjahren der USA war, die Menschen kamen schließlich von überall her.

Können Sie die Kritik unserer Nachbarn am „hässlichen“ deutschen Europakurs nachvollziehen?

Sie ist unvermeidbar. Jeder Unternehmer, der Stellen abbaut, wird als Kapitalist gezeißelt. Selbst wenn er wirtschaftliche und damit am Ende oft auch soziale Gründe für sein Handeln benennen kann. Gleichwohl ist die Kritik teilweise berechtigt. Unsere fast schon Brüningische Politik, mit der wir Volkswirtschaften in Südeuropa nach unten sparen, produziert Verlierer wie am Fließband. Dabei haben gerade wir Deutschen mit den Elementen von stimulierender Wirtschaftspolitik – Stichwort Marshallplan oder Aufbau Ost – gute Erfahrungen gemacht.

Wo ist Deutschland Vorbild für Europa, was können wir von andern noch lernen?

Frau Merkel trifft bei unseren europäischen Nachbarn den richtigen Ton. Sie tritt nicht als Besserwisserin auf, wenn sie andere Staaten besucht, neigt als Person nicht zur Großmanns-

sucht. Da haben wir in Europa schon andere erlebt. Lernen können wir sicher noch einen gelasseneren Umgang mit der schwierigen Situation. In Wahrheit gehen Italiener und Spanier doch sehr ruhig zum Beispiel mit den hohen Arbeitslosenzahlen um. Wir können gerade von ihnen lernen, dass Familie ein wichtiger gesellschaftlicher Zufluchtsort ist, der Stabilität organisiert.

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

Angesichts der großen Blöcke, die derzeit in der Welt der Geopolitik geformt werden, ist Europa immer noch klein. Deshalb halte ich die Vereinigten Staaten des Westens für die historisch angemessene Antwort auf die Selbstertüchtigung in Asien, Lateinamerika und Russland. Wir sind ja schon auf dem Weg dorthin wie man an den Verhandlungen über die transatlantische Freihandelszone und damit einen westlichen Binnenmarkt erkennen kann. In der Nato sind wir ebenfalls schon beieinander, auch die Währungen Dollar und Euro leben in enger Nachbarschaft. Es gibt also gute Gründe, aus der Wertegemeinschaft Europa/USA auch einen Staatenbund neuen Typs zu formen.



Dr. Willi Steul

„Hört endlich auf, ständig in
Hysterie zu verfallen!“

Willi Steul über die kulturelle Vielfalt
Europas und die Notwendigkeit positiver
Visionen

ZUR PERSON

Dr. Willi Steul, geboren 1951 in Niederbrechen bei Limburg, ist seit 2009 Intendant des Deutschlandradios. Während seiner journalistischen Laufbahn arbeitete er unter anderem als Politikredakteur beim SWF und als Sonderkorrespondent der ARD für Afghanistan. Von 1998 bis 2009 war Steul Landessenderdirektor Baden-Württemberg und stellvertretender Intendant des SWR in Stuttgart.

Bedroht die aktuelle Krise das Projekt Europa?

Sie kann das Projekt Europa gefährden, weil sie weit über frühere Krisen hinausgeht. Sie spitzt sich auf die Grundsatzfrage zu: Ist das europäische Projekt mit der gemeinsamen Währung überhaupt wünschenswert. Dabei schwingt in Deutschland ganz stark die Einstellung mit, wir sollen zahlen und buckeln, während unsere südlichen Nachbarn in der Hängematte liegen. Es ist den Politikern offensichtlich nicht gelungen, ihr Handeln vernünftig zu erklären. Sonst wäre die Abhängigkeit unserer Wirtschaft von Exporten nach Europa und der Profit an herrschenden ökonomischen Strukturen mehr im öffentlichen Bewusstsein.

Haben wir es also eher mit einem politischen als einem wirtschaftlichen Problem zu tun?

Politik tendiert zum Verdrängen. Sie hat hartnäckig die Notwendigkeit verdrängt, auf dem Weg zu einer gemeinsamen Währung die nötigen Institutionen und Steuerungsinstrumente zu schaffen. Parallel zum Euro muss ein koordiniertes europäisches Wirtschaftssystem etabliert werden, so wie es in den Maastricht-Verträgen gefordert wurde. Diese Hausaufgaben wurden nicht gemacht. Das ist die eu-

ropäische Lebenslüge, an der wir jetzt nicht mehr vorbeikommen.

Sind die Staaten Europas zu sehr von der Finanzwirtschaft abhängig geworden?

Der Finanzsektor hat sich immer weiter von der Realwirtschaft entfernt, hier sind erhebliche Korrekturen notwendig. Es fehlen fast vollständig die politischen Voraussetzungen, damit Geld wieder der Förderung der Wirtschaft dient und nicht virtuell mit dem Ziel der Vermehrung um sich selbst kreist.

Wie bewerten Sie das deutsche Krisenmanagement in Europa?

In den ersten eineinhalb Jahren war es mir zu einseitig. Es wurde ständig der Eindruck erweckt, als seien Krisenstaaten wie Griechenland oder Spanien ihr Unheil selber Schuld. Das hat sich etwas gewandelt. Dennoch kommen aus meiner Sicht, zum Beispiel beim griechischen Volk, die falschen Signale an.

Warum?

Man hat erst einmal das Sozialsystem bis auf den Knochen hinuntergeschnitten. Die Arbeitslosenzahlen bei den Jugendlichen liegen um fünfzig Prozent. Reformen gehen in vollem Umfang an die Substanz der

kleinen Leute. Dabei wäre wichtiger, ein tragfähiges Steuersystem einzuführen, hart gegen Korruption vorzugehen und die Privatisierung voran zu treiben.

Geht das Vertrauen in die europäische Idee verloren?

Ich gehe jede Wette ein, bei Neuwahlen würden jetzt in Griechenland die Linksextremen und die nationalistische Partei der „Morgenröte“ Stimmen gewinnen, die übrigen Parteien in die Knie gehen. In ganz Europa schwindet die Solidarität, selbst bei uns halten in einer Forsa Umfrage fast 50 Prozent der Menschen den Weg in den Euro für falsch.

Trennt der Euro die Menschen mehr als er verbindet?

Ganz klar bringt die Eurokrise die Menschen in Europa auseinander. Jetzt tritt die Fehleinschätzung zu Tage, es gäbe so etwas wie eine europäische Identität. Menschen haben Erfahrungen und Prägungen immer aus dem Nahbereich, dem eigenen Lebensbereich. Selbst wenn ihnen diese kulturellen Wurzeln nicht bewusst sind, haben sie andere Reflexe im Handeln, andere Assoziationen beim selben Wort. Sie geben ihre Eigenständigkeit auf, wo es sinnvoll erscheint. Wenn aber der freiwillige

Zusammenschluss zu Europa jetzt dauerhaft als Belastung empfunden wird, beginnt das Ganze zu zerfallen.

Könnten Sie sich vorstellen, am Endpunkt einer Europapolitik von einem Franzosen oder Engländer regiert zu werden?

Selbstverständlich. Ich bin selbst Franzose und Deutscher, habe in Frankreich gewählt. Zwar nicht Hollande, aber er ist dennoch mein Präsident. Solange eine europäische Regierung direkt von mir mit bestimmt werden kann, hätte ich mit einem Staatschef anderer Nationalität überhaupt kein Problem.“

Wären die Vereinigten Staaten die finale Idee von Europa?

Das würde heißen, wir wählen ein gemeinsames Parlament und eine gemeinsame Regierung. Sicher wünschenswert, aber nicht realisierbar. Da stehen schon die Sprachbarrieren im Weg. Die gemeinsame Sprache ist eine Grundvoraussetzung für das Gemeinwesen USA.

Als Ethnologe besteht aber für mich gerade in der kulturellen Vielfalt Europas Reichtum. Es ist doch wunderbar, dass es schon in Baden-Württemberg wahrnehmbare Unterschiede zwischen den verschiedenen Stämmen der Badener und Schwaben gibt.“

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Ja. Es war eine gute Entscheidung, das Wirken der EU auf dem Weg zum Frieden auszuzeichnen. In den letzten 400 Jahren stand Europa doch für einen Kontinent, der sich permanent in Kriegen selbst zerfleischt hat.

Wo braucht es nach Ihrer Einschätzung mehr, wo weniger Europa?

Mehr in den großen politischen Linien Sozial- und Wirtschaftspolitik, Finanz- sowie Außenpolitik. Hier brauchen wir im globalen Wettbewerb stärkeres

Miteinander, demokratisch abgesichert. Damit der berühmte Spruch des früheren US-Außenministers Henri Kissinger an Bedeutung verliert: „Wo soll ich denn anrufen, wenn’s um die Außenpolitik Europas geht.

Dafür sollte die Brüsseler Bürokratie ihre Regelungswut aufgeben und sich nicht mit der Krümmung von Bananen oder der Länge von Kälberstricken auseinandersetzen. Selbst wenn sie damit der deutschen Mentalität, Dinge für alle Zeiten zu regeln, entspricht...

Kann Deutschland dauerhaft das Vorbild für Europa sein?

Keine Nation taugt als Vorbild für Europa, dafür sind sowohl Geschichte als auch administrativer Aufbau zu unterschiedlich. Zur Nachahmung empfehlen würde ich dennoch das Miteinander der deutschen Tarifpartner. Arbeitgeber und Gewerkschaften tragen ihre Streitigkeiten im Bewusstsein aus, eine gemeinsame Lösung finden zu wollen. In Frankreich erreichen die Konfrontationen häufig eine Qualität, als sei das Zeitalter des Klassenkampfes noch nicht überwunden. Umgekehrt würde ich Deutschland ein Stück französischen Selbstbewusstseins zum Vorbild geben. Ein Land mit unsrer Wirtschaftskraft und zentralen Lage in Europa kann nicht so tun als sei es, Stichwort Mali, außenpolitisch ein Eunuch.

Muss eine europäische Avantgarde beim Einigungsprozess vorangehen?

Es wird nicht funktionieren, das Tempo des Einigungsprozesses nur von der Wirtschaftskraft bestimmen zu lassen. Wenn Griechenland nicht mehr mitkommt, dann als nächstes Spanien und Portugal und irgendwann vielleicht Frankreich, dann zerbröseln Europa. Ratsam scheint mir jedoch, künftig beim Beitritt zum Euro etwas genauer hinzuschauen.

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

Versöhnung und Frieden als europäische Kerngedanken sind bei den jungen Leuten angekommen. Wer hätte vor 50 Jahren geglaubt, dass Europa einmal als gemeinsame Politik und gemeinsamer Lebensraum Alltag wird? Es fehlt jedoch die positive Vision, das Bewusstsein, wie gut es uns geht. Wir haben Probleme, aber kein Elend. Wir haben eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit herausragendem Mittelstand. Hört endlich auf, ständig in Hysterie zu verfallen!



Michael Vassiliadis

„Wenn einer fällt, fallen alle“

Michael Vassiliadis über einen europäischen Gemeinschaftsgedanken und bedrohliche Zentrifugalkräfte in Europa

ZUR PERSON

Michael Vassiliadis, geboren 1964 in Essen, ist seit 2009 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE). Er ist Mitglied in mehreren Beratungsgremien der Bundesregierung und in zahlreichen namhaften Unternehmen im Aufsichtsrat vertreten. Von 1994 bis 1997 war er Geschäftsführer der IG-Chemie in Leverkusen. 1997 ging er als Vorstandsekretär und Leiter der Abteilung Vorsitzender/Personal zur IG BCE.

Haben wir nach Ihrer Einschätzung eher eine Krise des Euro oder eine Krise Europas zu bewältigen?

Akut steht sicher die Finanzkrise im Vordergrund. Grundsätzlich geht es dem Euro aber gar nicht schlecht im Vergleich zu anderen Weltwährungen. Europa hat großen Modernisierungsbedarf, in erster Linie in der Finanzarchitektur. Aber auch abseits dieses Sektors kann ich nur Vertragsmanagement erkennen, keine Inspiration im Sinne einer großen europäischen Idee.

Wer ist verantwortlich für diesen Zustand?

Unentschiedene nationale Führungspersönlichkeiten. Es waren immer die starken Länder, die die Idee von Europa weiterentwickelten. Aber weder von Deutschland noch aus Italien oder Frankreich sind Impulse zu spüren.

Welche Rolle spielen die Banken bei der Fehlentwicklung des Euro?

Die Bankenregulierung ist sicher ein wichtiger und drängender Schritt. Dauerhaft erfordert eine Gemeinschaftswährung aber eine europäische Wirtschaftsregierung, die eine Richtung für künftige Wirtschaftspolitik vorgibt.

Wächst Europa durch die aktuelle Situation eher zusammen oder droht es zu zerfallen.

Aus Sicht der Politik glaube ich, setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein Land nicht aus dem Wirtschaftsverbund ausbrechen kann. Die Vernunft nährt die Erkenntnis: Wenn einer fällt, fallen alle. Das ist ja auch das eigentliche Motiv für die Griechenlandhilfe. Leider ist durch die permanente Debatte um den Euro der soziale Aspekt völlig in den Hintergrund geraten.

Wie kommt das bei den Menschen an?

Abseits des Krisenmanagements verbinden die Menschen mit Europa eher Positives. Die Älteren erinnern sich noch an Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der EU, die unvorstellbare Ressourcen aufgezehrt haben. Sowohl an Geld als auch an Menschenleben. Die jüngeren Menschen genießen Freiheit und Freizügigkeit, entdecken die kulturellen Gemeinsamkeiten mit den Nachbarn.

In einer Forsa-Umfrage für BAPP verknüpft aber knapp ein Drittel der Befragten mit Euro eher Negatives...

Das ist in erster Linie Folge einer Politik, die nicht mehr erlebbar ist

leider selten vernünftig erklärt wird. Statt hier den Gemeinschaftsgedanken zu konkretisieren werden durch die europäischen Institutionen die Dinge immer undurchschaubarer. Plötzlich erleben die Bürger Europa als Bedrohung, besinnen sich zurück auf regionale Identität. Es entstehen Zentrifugalkräfte, die Europa zerreißen könnten.

Woran scheitern die Vereinigten Staaten von Europa?

Wir haben verglichen mit Amerika eine deutlich andere Konfiguration. Es beginnt schon damit, dass eine wirkliche europäische Regierung fehlt. Eine die sprachfähig ist und eine Vision auf den Weg bringen kann. Die EU-Kommission z.B. ist keine Regierung, sie wird auch nicht von den Menschen gewählt. Und kann trotzdem bis in die nationalen Rechte Einfluss nehmen. Das ist ein großes Problem, wir müssen die Gewaltenteilung im EU-Rahmen vervollständigen. Und am Ende werden die nationalen Regierungen nicht nur Verwaltungs- sondern auch Regierungsrechte abtreten müssen.

Wie bewerten Sie Deutschlands Rolle als Krisenmanager?

Wir zahlen und reden nicht darüber. Das halte ich für einen Fehler. Wir müssen klar machen, dass wir mit der

finanziellen Unterstützung unseren Nachbarn auch eine Zukunftsperspektive bieten können und wollen. Dann lassen sich Verträge leichter verhandeln.

Nicht wenige Menschen in Deutschland würden lieber heute als morgen zur D-Mark zurückkehren...

Das ist biedermeierliche Verträumtheit und verkennen der Realität. Seit 1990 hat sich nicht nur der deutsche Alltag durch die Wiedervereinigung, sondern die ganze Welt in rasantem Tempo verändert. Wie will sich da ein 80-Millionen-Völkchen behaupten, das noch dazu immer älter wird? Wir sollten auch nicht dem Eindruck verfallen, wir seien so weit vorne, dass es keinen Fortschrittsbedarf gibt. In manchen Bereichen sind unsere Strukturen mittelalterlich im Vergleich zu manchen Nachbarn.

Was meinen Sie konkret?

Wir beklagen zum Beispiel den Fachkräftemangel, verfügen aber gleichzeitig über die am besten ausgebildete Frauengeneration aller Zeiten. Aber statt die wirklich zu aktivieren führen wir eine seltsame Debatte über Quoten in Vorständen und Aufsichtsräten. Selbst wenn in 150 Aufsichtsräten der deutschen Wirtschaft ausreichend Frauen sitzen würden, wäre das Thema keinen Schritt weiter.

Oder nehmen Sie unseren Umgang mit Migranten. Ein qualifizierter indischer Mathematiker darf zwar bei uns arbeiten, aber nicht seine Familie mitbringen. In vielen dieser Gesellschaftsfragen können wir von unseren Nachbarn in Skandinavien oder Holland noch viel lernen.

Worauf können wir als Europäer heute schon stolz sein?

Faktisch ist die Geschichte der europäischen Einigung eine Erfolgsgeschichte. Sie wird nur verzerrt durch gegenwärtige Krise. Es ist ein Fehler,

wenn wir uns dauernd nur über den ökonomischen Aspekt unterhalten. Die Europapolitik kommt viel zu technokratisch rüber, wirkt damit auf die Menschen bedrohlich. Wir sollten alle viel, viel stärker für den faszinierenden Gedanken eines gemeinsamen Europa werben, die Neugierde auf Europa reaktivieren.



Dr. Norbert Walter-Borjans

„Jede Krise birgt zunächst
einmal auch Chancen“

Norbert Walter-Borjans über die Folgen
der Krise und einen nostalgischen
Glauben an nationale Währungen

ZUR PERSON

Dr. Nobert Walter-Borjans ist Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Er begann seine berufliche Laufbahn als Produktmanager bei Henkel. Danach war er unter anderem Regierungssprecher des NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau, Staatssekretär im Wirtschafts- und Finanzministerium des Saarlands und freiberuflicher Wirtschafts- und Kommunikationsberater. Vor seiner Ernennung zum Finanzminister war Walter-Borjans Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernent und Stadtkämmerer der Stadt Köln.

Gefährdet die aktuelle Krise das europäische Miteinander nachhaltig?

Jede Krise birgt zunächst einmal auch Chancen, getreu der englischen Redensart „never waste a good crisis“. Ich halte den bisher entstanden Schaden in jeder Hinsicht für reparabel. Alles andere wäre auch eine Bankrotterklärung.

Man darf aber die Gefühle der Menschen nicht unterschätzen, die die Mitgliedschaft in der EU als Grund für ihre schwierige Lage empfinden, zum Beispiel für eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent. Die Sorgen und Nöte sind schwerwiegend, da braucht es mehr als Durchhalteparolen nach dem Motto „das kriegen wir wieder hin.“

Wodurch wurde die Krise in erster Linie ausgelöst?

Die Globalisierung hat dazu geführt, dass Werte verloren gegangen sind. Früher haben Unternehmer wie Krupp, Thyssen oder Henkel eine Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeiter empfunden, sie sorgten und bauten für sie.

In der globalisierten Welt gibt es nur noch einen übergeordneten Wert: die Rendite. Verknüpft mit der Frage: Wie bekomme ich die maximiert? Hier liegt ein Ausgangspunkt. Das hat besonders Banken und die Finanz-

branche angetrieben.

Sind Banken Hauptverursacher der Krise?

Nicht allein. In einigen Ländern fehlte der verantwortliche Umgang mit Staatsschulden. Es wurde nicht so genau genommen mit Krediten, die es für niedrige Zinsen gab oder bei Projekten und der Frage nach deren Finanzierung.

Hat sich die Politik zu sehr in Abhängigkeit vom Finanzsektor begeben?

Im Ergebnis ja. Man hat den Banken zu viele Freiheiten gelassen, immer ausgehend von der Einschätzung, dass dieser Finanzsektor systemrelevant sei. Bei einer Pleite würden viele Menschen mitgerissen, deshalb seien wir gezwungen, ihnen trotz selbstverschuldeter Fehler zu helfen. Weil das so ist, muss man künftig viel genauer hinsehen, wie Banken ihre Geschäfte gestalten.

Sind Sie mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden?

Nein, das reicht mir nicht aus. Am Anfang war es zu zaghaft. Man ist sozusagen mit einem kleinen Schirm in den Regen gegangen und wenn man doch noch nass wurde, hat man einen größeren genommen. Damit verlieren

die Menschen schon grundsätzlich das Vertrauen in die Wirkung eines Schirms.

Der zweite Punkt ist: Durch die zaghafte Politik stieg die Skepsis im eigenen Land. Und dann wurde die Europapolitik auf einmal nach der Frage ausgerichtet: Was kommt am besten beim eigenen Wähler an? So stärkt zum Beispiel die harte Haltung von Angela Merkel, die in anderen Ländern zu Hasstiraden führt, in erster Linie ihre Position hier. Sie nutzt die Griechenland-Krise so, wie Maggie Thatcher einst die Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln. Immer wenn es in der Innenpolitik Probleme gab, zeigte sie nach außen die Muskeln und daheim waren alle begeistert...

Aber muss man nicht klare Forderungen zur Strukturveränderung an die Kredite knüpfen?

Die eingeforderten Kürzungen erdrosseln die Länder. Es werden Sparbemühungen eingefordert, die fast ein Drittel eines Staatshaushaltes ausmachen. Das wäre auch bei uns nicht umsetzbar und führt nur zu einer Abkehr von der europäischen Gemeinschaft. Was soll ein junger Mensch in Portugal reizvoll an der EU finden, wenn er ohne Arbeit zu Hause rumsitzt und als Perspektive nur das Auswandern nach Norden bleibt?

Hat der Euro die Menschen näher zueinander gebracht?

Ganz sicher. Mittlerweile gibt es so viele jüngere Menschen in Europa, die ihre frühere Währung gar nicht mehr kennen. Für sie ist der Euro das Zahlungsmittel, sie möchten nicht an jeder Grenze wieder tauschen. Die Debatte um die Rückkehr zu D-Mark oder Drachme wird von älteren Menschen geführt, im nostalgischen Glauben, damit würde alles besser. Für die Jüngeren ist der Euro mehr als ein Zahlungsmittel, er ist ein Stück europäischer Identität.

Hat die EU den Friedensnobelpreis verdient?

Auf jeden Fall. Die Leistung eines Adenauer oder de Gaulle, einen Schlussstrich zu ziehen, war zu deren Zeit eine enorme Überwindung. Ich denke ganz persönlich an Zeiten des Schüleraustauschs in den sechziger Jahren in Frankreich zurück, da lag der Krieg gerade mal 20 Jahre hinter den Menschen. Für uns war das lange vor unserer Zeit und damit Ewigkeiten entfernt, aber für die Älteren war das wie gestern. Das habe ich erst viel später richtig begriffen.

Als 1957 mit den Römischen Verträgen die EWG ins Leben gerufen wurde, waren in Europa noch viele Wunden offen. Aber es ist einigen großen Staatsmännern gelungen, ihre Bevölkerung zu überzeugen, dass Frieden nur durch Verzicht auf Maximalforderungen erreichbar ist – wie in den Siebzigern Willy Brandt mit der Anerkennung der Westgrenze Polens. Das war wirkliche Friedenpolitik. Das Gegenbeispiel sehen wir im Konflikt zwischen Israel und Palästina und an vielen anderen Orten.

Wo brauchen wir mehr, wo weniger Europa?

Ich finde es schwierig, den Menschen die Kompetenzen eines europäischen Parlaments und die Dominanz einer europäischen Verwaltung zu vermit-

eln. Sie können zu Recht erwarten, dass man diese „europäische Regierung“ auch abwählen kann. Ich frage mich ja selbst als Mitglied einer Landesregierung, womit sind eigentlich manche Auflagen legitimiert, die man in Brüssel befohlen werden?

Welche Politikfelder gehören in europäische Hand, was muss bei den Nationalstaaten bleiben?

Europaweit müssen die Grundlagen für den wirtschaftlichen Wettbewerb geregelt werden. Das beginnt mit der Besteuerung, umfasst aber auch Sozialstandards. Wobei das nicht bedeutet, dass alles gleich geregelt sein muss. Portugal beispielsweise hat aufgrund seiner geographischen Lage mehr Probleme, Wirtschaftsunternehmen anzusiedeln als Staaten im Zentrum Europas. Dort sind steuerliche Anreize denkbar, wie sie bei uns früher zum Beispiel das Zonenrandgebiet auch bekam. Wenn das aber jedes Land selbst entscheidet, endet das im ruinösen Steuerdumping. Deshalb geht das alle etwas an und gehört auf die europäische Ebene.

Auf die nationale Ebene gehört, was die charakteristische Vielfalt Europas erhält, ohne anderen zu schaden. Ich sähe zum Beispiel nicht ein, wenn Europa unsere Sparkassen oder Genossenschaftsbanken zerschlagen wollte, nur weil es die im Rest Europas nicht mehr gibt. Man kann mit Vereinheitlichung auch Unheil anrichten.

Schaffen alle EU-Staaten das Entwicklungstempo oder brauchen wir ein Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Man sollte regionale Eigenheiten, Stärken und Schwächen berücksichtigen, aber ich würde daraus nicht Erste und Zweite Liga machen. Damit erreichen wir nur eine Abstufung und wieder den Eindruck, dass es ein

besseres und ein schlechteres Europa gibt. Wir haben ja mit Blick auf die unterschiedlichen Ausgangspositionen, etwa von Baden-Württemberg oder auch NRW auf der einen und Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg auf der anderen Seite, auch kein Deutschland der zwei Geschwindigkeiten...

Differenzierungsbedarf sehe ich aber bei der gemeinsamen Währung, zu der nicht alle Staaten auf einmal beitreten können, weil ihnen dafür Voraussetzungen in Wirtschaft und Verwaltung fehlen. Da wäre ein zu schneller Beitritt für alle kein Vorteil.

Was macht Sie zuversichtlich, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat?

Die Eingangsfrage! Ich halte uns für fähig, die aktuelle Krise als Chance zu begreifen. Wir werden grundlegende Fortschritte in Europa erreichen. Das erfordert tiefgreifende Reformen, aber auch das notwendige Fingerspitzengefühl bei denen, die schon ein Stück weiter sind. Auf uns allein gestellt hätten wir in Deutschland ganz sicher nicht die beste Zeit vor uns. Das geht nur mit Europa.“

Impressum

VON DER EURO- ZUR EUROPAKRISE?

EIN FORSCHUNGSPROJEKT
DER BONNER AKADEMIE

wird herausgegeben von Bodo Hombach,

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP),
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

www.facebook.com/bapp.bonn

Redaktion

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.), Philip Ackermann, Felix Nöller, Sonja Sauter, Hannes Wiethölter

Layout und Satz

stadtstranddesign - Franziska Harms, Tobias Kallmeyer

Druck

bonnprint.com GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP) unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



**BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK**

